

ISSN 1866-0843

AUFTRAG



HEFT 280 – DEZEMBER 2010

50. JAHRGANG



- Brahimi Report
plus zehn
- Islam in
Deutschland
- AMI-Konferenz
in Berlin
- Afghanistan zwischen
Krieg und Frieden
- Woche der
Begegnung
- Bundeskanzlerin
Merkel und die
Bundeswehr

GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN

www.katholische-soldaten.de

EDITORIAL 3

SEITE DES BUNDESVORSITZENDEN 4

SICHERHEIT UND FRIEDENSETHIK

VN-Friedenssicherung auf dem Prüfstand
von Klaus Liebetanz 5

Strategischer Durchbruch bei der Robustheit
von VN-Friedensoperationen

Interview mit Gen a.D. K.Naumann
von Klaus Liebetanz 7

Afghanistan zwischen Krieg und Frieden
von Andreas M.Rauch 9

Geänderte Afghanistan Strategie aus Sicht
des Auswärtigen Amtes
von Bertram Bastian 13

Töten macht – immer – moralisch schuldig
von Bertram Bastian 14

GESELLSCHAFT NAH UND FERN

Brauchen wir eine neue Solidarität
(Fachtagung des Cartell-Verbandes)
von Bertram Bastian 16

Islam in Deutschland
von Bertram Bastian 18

BILD DES SOLDATEN

Apostolat Militaire International
Jahreshauptversammlung in Berlin
von Bertram Bastian 22

Berliner Erklärung 2010
verabschiedet von der Jahreshauptversammlung
in Berlin-Steglitz 23

Orientierung Weltreligionen
von Bertram Bastian 28

RELIGION UND GESELLSCHAFT

Endlich! Leben und Überleben
Salzburger Hochschulwochen 2010
von Bertram Bastian 30

BLICK IN DIE GESCHICHTE

50 Jahre Bundeswehr: Angela Merkel – Die erste
Bundeskanzlerin und die Bundeswehr
von Dieter Kilian 33

KIRCHE UNTER SOLDATEN

50. WOCHE DER BEGEGNUNG

Den Wandel gestalten – Glauben weitertragen
von Bertram Bastian 44

PRIMIZ ALOIS SCHMIDT

„Was er euch sagt, das tut“
von Brigitte und Hans-Jürgen Mathias 46

55. GESAMTKONFERENZ

Glaubensverkündigung in der Postsäkularen
von Bertram Bastian 48

AUS BEREICHEN, STANDORTEN UND GKS

GKS-KREIS MÜNCHEN

Tapetenwechsel für ein Wochenende 50

GKS-KREIS WILLDFLECKEN

Vater-Kind-Camp 2010 50

GKS-KREIS MAINZ

Feldgottesdienst im „Kloster“ 51

GKS-KREIS LINGEN

Statt Kirchenabriss – Kulturforum 51

GKS-KREIS BONN

FWE im Klauenhof 52

MILITÄRPFARRAMT BONN

Patrozinium im Bonner Münster 53

GKS-BEREICH WEST

Familie – Fernbeziehung bewältigen! 54

GKS-BEREICH SÜD

Katholische Militärseelsorge nach
der Strukturreform? 55

SEMINAR 3. LEBENSPHASE NÜRNBERG

Die Pensionierung 56

SEMINAR 3. LEBENSPHASE CLOPPENBURG

Rad des Lebens: Erinnern – Erleben – Erwarten 57

KURZ BERICHTET: 15, 21, 29, 43, 49, 58

BUCHBESPRECHUNGEN: 59

IMPRESSUM: 60

Redaktionsschluss für
AUFTRAG 291

Freitag, 28. 01. 2011

TITELBILD: Die Hagia Sophia war die Krönungskirche für die byzantinischen Kaiser, nach der Eroberung durch Sultan Mehmed II zur Moschee umgebaut und auf Anregung von Atatürk nach der Entscheidung des türkischen Ministerrates in ein Museum umgewandelt. Droht eine ähnliche Entwicklung auch in Westeuropa? (Bild: Hubert Berners)

editorial:



Liebe Leserschaft,

in der Diskussion über die Integration kam plötzlich Schärfe, als ein bekannter Politiker, der in der Bundesbank seinen Ruhestandsposten gefunden hatte, ein Buch schrieb und veröffentlichte. Ohne die Position des Politikers nachgelesen zu haben, wurden Urteile gefällt, auch vernichtende Urteile. Dies ist ein Kennzeichen unserer Zeit, die sehr oberflächlich geworden ist. Man nimmt Schlagzeilen und verkürzte Wiedergaben als Inhalte auf, ohne zu reflektieren, dass jede Zusammenfassung auch eine „Weglassung“ bedeutet. Es ist viel Hektik in eine Frage eingebracht worden, die sorgfältig diskutiert werden muss. Sie ist vielfältig genug, um die gesellschaftliche Zukunft zu beeinflussen: die Frage, ob Deutschland ein Einwanderungsland sei. Sie wird leider genauso unscharf geführt wie vieles in der öffentlichen Meinung. Die selbsternannten Gralshüter der Einwanderung haben, in Regierungsverantwortung stehend, nur ein Zuwanderungsgesetz verabschiedet, betonen aber, dass die Republik ein Einwanderungsland sei. Wussten diese Politikerinnen und Politiker etwa nicht, was sie taten?

In Berlin fand die Hauptversammlung der internationalen Vereinigung der Katholischen Soldatenverbände statt. Das Apostolat

Militaire International (AMI) verabschiedete zum Schluss die sogenannte Berliner Erklärung (in der Originalversion im Heft veröffentlicht), bei der Pressekonferenz war leider nur die Katholische Nachrichtenagentur vertreten. Andere Presseorgane schreiben über das Militär lieber, ohne etwas davon zu verstehen, mag man meinen. Auch hier das freundliche Desinteresse, die gewollte, nicht in die Tiefe gehende Information. Was keine Schlagzeilen bringt, wird verdrängt. Gerade deshalb ist und bleibt es wichtig, dass es Printmedien gibt, die Hintergründe aufzeigen, aus Bereichen schreiben, die der „großen Aufmerksamkeit“ entgehen, weil sie keine auflagensteigernden Schlagzeilen liefern.

Ich wünsche Ihnen bei der Lektüre des vorliegenden AUFTRAG interessante Artikel, viele Neuigkeiten mit Hintergrundinformationen. Aber auch dieses: Nutzen Sie die vor Ihnen liegende Weihnachtszeit und den Jahreswechsel, um zur Ruhe zu kommen, vielleicht ein gutes Buch zu lesen, mit den Kindern zu spielen.

Mit herzlichen Grüßen
aus der Bundesstadt Bonn

Dr. J. Janssen

Unser Auftrag

Kein Geringerer als Bundespräsident Christian Wulff hat mit seiner vieldiskutierten Rede zur Feier des zwanzigsten Jahrestages der Deutschen Wiedervereinigung das Thema Religion und staatliche Gemeinschaft auf die Agenda gehoben. Auch wenn man über manche These streiten könnte, so ist doch für zumindest begrenzte Zeit das mediale Interesse auf das Fundament des Gemeinwesens und nicht nur auf das interkulturelle Zusammenleben an der Oberfläche gelenkt worden. Sicher ist der Islam heute ein Teil der alltäglichen, sichtbaren Wirklichkeit in unseren Städten, zur wertebestimmenden Basis wird er damit jedoch nicht. Unsere Werteordnung, zu der ebenfalls die Religionsfreiheit gehört, basiert auf zutiefst christlicher Grundlage – nicht nur nach meiner Auffassung. So stellte Bundespräsident Wulff in seiner Eröffnungsrede auf der Synode der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) fest, dass wir die Orientierung durch die christliche Botschaft bräuchten und es eben die Christen seien, die in vielerlei Weise für den Zusammenhalt in der Gesellschaft sorgen.

Wenn wir nach der ethischen Begründung für den Einsatz von Soldaten fragen, dann liegen die Wurzeln für unsere Antwort im christlichen Glauben begründet. Diesen Zusammenhang gerade für „unsere Themen“ unzweifelhaft zu machen, betrachte ich als eine dauerhafte Aufgabe der GKS. Und auch wenn das Thema nicht lange präsent sein wird, so kann uns doch die Zeit der medialen Präsenz helfen. Wichtig ist mir, dass wir unsere eigene Auffassung stets deutlich darstellen. Andere Sichtweisen anzuerkennen und nicht zu diffamieren, ist ein Ge-

bot der Toleranz. Auch dafür stehen wir ein, nicht zuletzt die laufenden Auslandseinsätze haben uns dies in der Praxis gelehrt.

Das Dezemberheft im Jahr ist Gelegenheit für eine kleine Jahresbilanz. Nach meiner Bewertung war 2010 für die GKS ein herausforderndes,



aber auch erfolgreiches Jahr. Durch drei große Veranstaltungen zeigten wir überregionale Außenwirkung: Die Beteiligung am zweiten Ökumenischen Kirchentag in München gemeinsam mit der Gemeinschaft evangelischer Soldatinnen und Soldaten (GES), die 50. Woche der Begegnung in Bensberg mit dem Katholikenrat und die Unterstützung der Konferenz des Apostolat Militaire International (AMI) in Berlin als gastgebender Mitgliedsverband waren Ereignisse, die einerseits viel Kraft gekostet haben, andererseits aber auch die Vitalität der GKS unter Beweis gestellt haben! Das sind Beispiele auf Bundesebene. Die vie-

len Aktivitäten in der Fläche dürfen nicht unerwähnt bleiben. Für alle Arbeit, egal auf welcher Ebene diese geleistet wurde, möchte ich mit einem von Herzen kommenden „Vergelt's Gott“ danken! Für das nächste Jahr möchte ich zu ebenso aktiver Mitarbeit auffordern, der Auftrag ist klar – siehe oben.

Zunächst aber wünsche ich allen ein gesegnetes Weihnachtsfest und einen guten Start ins Neue Jahr.

*Rüdiger Attermeyer
Bundesvorsitzender*

VN-Friedenssicherung auf dem Prüfstand

Licht und Schatten von Friedensmissionen

VON KLAUS LIEBETANZ¹

Am 6. September 2010 fand die Veranstaltung der „Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN)“ zum Thema „Brahimi plus 10“ in der bayerischen Vertretung beim Bund in Berlin statt. Zu den Sachverständigen, die über die Wirksamkeit von Instrumenten der VN-Friedenssicherung diskutierten, gehörten u.a. Dr. Wolfgang Weisbrod-Weber vom Department of Peacekeeping Operations (DPKO), Prof. Dr. Winrich Kühne, ehemaliger Leiter des Zentrums für internationale Friedenseinsätze (ZIF) und General a.D. Dr. h.c. Klaus Naumann, ehemaliger Generalinspekteur, Vorsitzender des NATO-Militärausschusses und Mitglied der Brahimi-Kommission. Sie stellten erkennbare Erfolge des Brahimi-Reports fest und verwiesen auf noch ungeklärte Fragen, die den Abschluss von VN-Friedensmissionen behindern. Dies soll im Folgenden dargelegt werden.

Zur Vorgeschichte: „Agenda for Peace“ – Eine Handlungs- anweisung für den Frieden

In der Erklärung des Sicherheitsrats vom 31. Januar 1992 wurde der Generalsekretär der Vereinten Nationen Boutros-Ghali beauftragt, bis zum 1. Juli 1992 eine entsprechende Empfehlung auszuarbeiten. Dabei sollte er prüfen, inwieweit die Fähigkeiten und Kapazitäten der Vereinten Nationen im Rahmen der VN-Charta zur vorbeugenden Diplomatie zur Friedensschaffung (peace-making) und zur Friedenssicherung (peace-keeping) gestärkt und effizienter gestaltet werden könnten. Am 17. Juni 1992 legte Boutros-Ghali – nach gründlicher Rücksprache mit den Vertretern der wichtigsten Staaten und verschiedenen großen internationalen Organisationen – der Generalversammlung die „Agenda für den Frieden“ (Agenda for Peace, AfP) vor. Deutlich zu erkennen ist der deutsche Beitrag, wo es um die vertrauensbildenden Maßnahmen zweier verfeindeter Staaten geht. Wer die Agenda sorgfältig liest, wird feststellen, dass fast jeder Satz auf Erfahrungen der jüngsten, teilweise schmerzlichen Vergangenheit zurückzuführen ist. Auch heute noch hat die „Agenda für den Frieden“ nichts an ihrer Aktualität verloren.

Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgezeit (post-conflict peace-building)

Boutros-Ghali hat die „Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgezeit“ (Post conflict peace-building) als neuen Begriff in die AfP aufgenommen und in den Ziffern 55 bis 59 beschrieben. Sie hat sich im Laufe der Zeit als eine erfolgreiche Form der Konfliktprävention erwiesen (Mittelamerika, Hinterindien, Balkan etc.) und stellt in der Regel eine Zusammenarbeit von militärischer Stabilisierung und zivilem Wiederaufbau (humanitäre Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit, Aufbau staatlicher Einrichtungen, wie rechtstaatliche Polizei und ein entsprechendes Gerichtswesen etc) dar. Der „Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgezeit“ muss ein in sich schlüssiges Gesamtkonzept (comprehensive approach) zu Grunde liegen, das den zivilen Mitteln mindestens den gleichen Nachdruck verleiht wie den militärischen Mitteln.

Was ist und welche Rolle spielt der Brahimi-Report

Im Jahr 2000 hat sich eine hochrangige Kommission unter Leitung des ehemaligen algerischen Außenministers Lakhdar Brahimi mit der Auswertung von Friedensmissionen im Rahmen der AfP im Auftrag des VN-Generalsekretärs beschäftigt. In diesem Brahimi-Report wurde festgestellt, dass bei einigen VN-Friedensmissionen die Blauhelmtropfen unzureichend mandatiert und ausgerüstet waren (z. B. in der VN-

Schutzzone Srebrenica). Dieser Bericht gibt also keine Empfehlung, Blauhelme besser durch Polizisten oder gar Friedensfachkräfte zu ersetzen, wie es Teile der Friedensbewegung fordern. Des Weiteren wurde in diesem bemerkenswerten Bericht darauf hingewiesen, dass bei einigen VN-Friedensmissionen die Mittel für den zivilen Wiederaufbau im Verhältnis zu den Militärausgaben zu schwach und deshalb diese Missionen nicht nachhaltig waren und darum scheiterten.

10 Jahre Brahimi-Report – erkennbare Fortschritte

Durchbruch bei der Robustheit von VN-Friedensmissionen

Nach Auffassung von Winrich Kühne besteht die strategische Bedeutung des Brahimi-Reports darin, dass ein Durchbruch bei der Robustheit von Friedensoperationen erzielt wurde. In Ruanda und Srebrenica standen die unterbewaffneten und schwach mandatierten Blauhelme auf verlorenem Posten. Klaus Naumann räumte ein, dass es im Bereich der Vereinten Nationen erhebliche Widerstände gegen robuste Friedenseinsätze gab, vor allen bei traditionellen Truppenstellern, wie Bangladesch, Pakistan, Indien, Nigeria und den Fidschiinseln, welche mit Hilfe des VN-System ihre überdimensionierten Streitkräfte finanzieren.

¹ KMaj a.D. Klaus Liebetanz ist Prüfer für weltweite Projekte der deutsche Humanitären Hilfe, langjähriges Mitglied der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung und Mitglied im Sachausschuss Sicherheit und Frieden

Professionalisierung des DPKO-Sekretariats

Zurzeit des Brahimi-Reports im Jahr 2000 waren im Department of Peacekeeping Operations (DPKO) lediglich 32 Offiziere für die Planung und Beratung von 27.000 Friedenssicherungssoldaten zuständig. Heute sind es über 200 Mitarbeiter, die mit einer verbesserten Ausstattung die weltweiten VN-Friedensmissionen einsetzen und überwachen. Der Fortschritt im Personalzuwachs des DPKO wird allerdings durch die enorme Ausdehnung der Friedensoperationen relativiert. Mittlerweile hat sich die Zahl des in VN-Friedensmissionen eingesetzten Personals auf 124.000 Personen verdreifacht: 88.000 Blauhelmsoldaten, 13.000 Polizisten, 5.800 internationale Zivilkräfte, 14.000 lokale Zivilkräfte und 2.400 VN-Freiwillige.

Erweiterung des Aufgabenspektrums

Das Aufgabenspektrum von Friedenseinsätzen hat sich im letzten Jahrzehnt stetig erweitert. Der Sicherheitsrat trug den Missionen immer ehrgeizigere Ziele auf. Zum Standardprogramm gehören heute der Aufbau und die Reform von staatlichen Institutionen in Kernbereichen wie Sicherheit (Militär/Polizei) und Justiz sowie die Förderung wirtschaftlicher Entwicklung und sozialer Dienste. Hinzu kommen die Wahrung der Menschenrechte und der Schutz von Zivilisten sowie die Unterstützung der politischen Verständigung und demokratischen Entwicklung in schwierigen Situationen.

Ausweitung des VN-Polizeieinsatzes

Die letzte Dekade hat gezeigt, dass die Anzahl der Polizisten in VN-Missionen ständig gewachsen ist. Polizisten übernehmen Aufgaben, die bei der Ablösung von Unrechtsregimen von Soldaten weniger professionell ausgeführt werden können, wie z.B. die Klärung ziviler Straftaten, Betreiben der Gefängnisverwaltung und forensische Dienste (Gerichtsmedizin), welche bei der Aufarbeitung der Schuldfrage von entscheidender Bedeutung sein können. Klaus Naumann sprach von robusten Polizeieinheiten, im VN-Jargon von „Cons-

tabulary forces“, wie sie bei unseren NATO-Partnern in Form von Gendarmerieeinheiten, der Guardia Civil und den Carabinieri vorhanden sind, die auch in der Lage sein können, zivilen Aufruhr (riots) angemessen unter Kontrolle zu halten.

10 Jahre Brahimi-Report – Ungelöste politische Fragen

Die einen stellen das Geld und die anderen das Blut

„Es kann nicht sein, dass einige das Blut beisteuern und andere das Geld. Das sind nicht die UN, die wir wollen“, sagte Lakhdar Brahimi nach der Präsentation des Berichts. An dieser Situation hat sich im letzten Jahrzehnt nichts geändert. Jene, die über Missionen entscheiden (Sicherheitsrat) und sie finanzieren (finanzkräftige Mitgliedsstaaten) haben kaum Schnittmengen mit jenen, die Truppen zu Friedenseinsätzen beisteuern. Die größten vier Truppensteller sind Bangladesch, Pakistan, Indien und Nigeria. Die größten vier Geber sind die USA, Japan, Großbritannien und Deutschland. Die Entscheidung fallen im Sicherheitsrat die fünf Vetomächte China, Frankreich, Großbritannien, Russland und die USA. Was das uniformierte Personal angeht, machen sich die Friedenseinsätze stark von Südasien und Afrika abhängig. Dies muss mit Blick auf die Truppen kein Problem sein, sind doch viele der Kräfte gut ausgebildet und bisweilen einsatzfreudiger als westliche Truppen. Es könnte dann zu einem Problem werden, wenn aufstrebende Mächte wie Indien beschließen, weniger Truppen zu entsenden. Es gibt in Indien durchaus Stimmen, die in Frage stellen, ob eine aufstrebende Macht weiterhin in einem solchen Ausmaß Soldaten für die UN bereitstellen sollte (Vgl. Thorsten Benner, vom Global Public, Policy Institute (BPPI), der an der Tagung teilnahm).

Dort, wo die NATO im Auftrag der Vereinten Nationen Soldaten stellt, wie z.B. auf dem Balkan oder in Afghanistan lassen auch westliche Soldaten ihr Leben. So haben die USA bereits 3.000 tote Soldaten zu beklagen.

Das sind Zahlen, wie sie in afrikanischen Kontingenten bei Friedensmissionen nicht annähernd erreicht werden.

Unzureichende zivile Unterstützung

Der Brahimi-Report hat wesentlich zur besseren Vernetzung des DPKO und den anderen zivilen VN-Organisationen beigetragen. Das reicht aber nicht aus. Viele Friedensmissionen, vor allem in Afrika, leiden unter einer mangelhaften Finanzierung für die nachhaltige zivile Friedenskonsolidierung (Aufbau der Wirtschaft und des Rechtssystems). Auch Ost-Timor konnte durch die Vereinten Nationen erst in einem zweiten Anlauf mit massiver ziviler Hilfe befriedet werden. Es genügt nicht allein, Wahlen zu unterstützen und abzusichern, wie man es in der DR Kongo gesehen. Nach Winfried Kühne ist es häufig zwingend erforderlich, länger in der betroffenen Region zu bleiben. Das DPKO muss noch intensiver mit der neuen Peace-Building Kommission zusammenarbeiten.

Zunehmend Blauhelme nicht in Nachkonfliktsituationen

Zunehmend wurden in letzter Zeit Blauhelmsoldaten in Lagen eingesetzt, die noch keine Nachkonfliktsituationen sind. Dies trifft auf die VN-Missionen in Tschad, Sudan, Kongo und für Somalia zu. Blauhelme agieren dann in einer Grauzone. Es wird die falsche Erwartung geweckt, man sei in der Lage, zivile Personen zu schützen. Hier müssen sich die Mitglieder des VN-Sicherheitsrats mehr engagieren und für ein robustes Mandat und ausreichende Ausrüstung und Ausstattung (u.a. Hubschrauber) zur Verfügung stellen. Dies gilt besonders für die Lage im Ostkongo, wo andauernde schwere systematische Menschenrechtsverletzungen gegen die Zivilbevölkerung, besonders gegen Frauen und Kinder als Kriegswaffe eingesetzt werden.

„Responsibility to Protect“ noch nicht voll wirksam

Nach Auffassung von General Klaus Naumann, der 2001/2002 auch Mitglied der „International Commission on Intervention and State Sovereignty (ICISS)“ war, auf der erst-

mals der Begriff „Responsibility to Protect“ (R2P) geprägt wurde, wird die R2P (Schutzverantwortung vor Völkermord, Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und ethnische Säuberungen) erst voraussichtlich in zwanzig Jahren Gegenstand des Völkerrechts. Die „Responsibility to Protect“ wurde zwar auf dem VN-Weltgipfel von 2005 feierlich erstmals in ein Dokument der Vereinten Nationen aufgenommen, gilt aber nicht uneingeschränkt, weil der Sicherheitsrat nach wie vor das letzte Wort in Sachen Gewaltanwendung hat. Das heißt im Klartext, die wirtschaftlichen Interessen einer Vetomacht siegen im Zweifelsfall über die Menschenrechte.

Neue Bedrohungen

Klaus Naumann verwies in seiner Stellungnahme auf die Bedrohung durch internationale, nichtstaatliche Akteure, die sich, wie al-Quaida an keinerlei Regeln halten. Diese Bedrohung stelle neue Anforderungen

an die internationale Gemeinschaft. Ferner verwies der General, der auch Mitglied der „International Commission of Nuclear non Proliferation and Disarmament“ ist, auf die Gefahr der Führbarkeit von Atomkriegen, wenn es nicht gelänge, die Zahl der Atomwaffenbesitzer möglichst klein zu halten.

Schlussbetrachtungen

Die „Gemeinschaft Katholischer Soldaten“ (GKS) hat sich mit ihrer „Erklärung zu Friedenseinsätzen deutscher Kräfte“ bereits seit 2004 bei zuständigen Abgeordneten des Deutschen Bundestages für ein ziel führendes, ressortübergreifendes Gesamtkonzept für die Friedenskonsolidierung in Afghanistan eingesetzt und schließlich Erfolg gehabt. Mit der Regierungserklärung vom 28.01.2010 hat Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel erstmals ein in sich schlüssiges, ausgewogenes Gesamtkonzept für den deutschen Afghanistaneinsatz vorgelegt.

Die Initiative einzelner Mitglieder der GKS zur Verbesserung der unerträglichen Menschenrechtslage im Ost-Kongo hat dazu geführt, dass Bundestagsabgeordnete der CDU/CSU und der FDP-Bundestagsfraktion gemeinsam einen Antrag an die Bundesregierung stellen mit dem Ziel, eigene Maßnahmen und Initiativen im europäischen Rahmen zu ergreifen, die geeignet sind, die andauernden schweren systematischen Menschenrechtsverletzungen im Ost-Kongo besonders gegen Frauen und Kinder zu verhindern oder doch wenigstens zu mindern.

Die fortschreitende Entwicklung der Vereinten Nationen zum Frieden spricht für die Auffassung des 2. Vatikanischen Konzils in der Konzilschrift „Gaudium et spes“ („Die Kirche in der Welt von heute“), dass diese von Gott erschaffene Welt nicht in der Katastrophe sondern in ihrer positiven Bestimmung endet. „Das Paradies liegt nicht hinter uns sondern vor uns“ (Pierre Teilhard de Chardin). □

Brahimi plus zehn

Strategischer Durchbruch bei der Robustheit von VN-Friedensoperationen

Interview mit General a.D. Dr. h.c. Klaus Naumann

Anlässlich der Veranstaltung der „Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN)“ zum Thema „Brahimi plus 10“ in der bayerischen Vertretung beim Bund in Berlin am 6. September 2010 hat Major a.D. Klaus Liebetanz für den AUFTRAG das folgende Interview mit General a.D. Dr. h.c. Klaus Naumann, dem ehemaligen Generalinspekteur, Vorsitzenden des NATO-Militärausschusses und Mitglied der Brahimi-Kommission geführt.

AUFTRAG: Herr General, Sie wurden im Jahr 2000 vom damaligen Generalsekretär der Vereinten Nationen, Kofi Annan, in ein hochrangiges Expertengremium von acht Personen unter Leitung des ehemaligen algerischen Außenministers Lakhdar Brahimi berufen, um die im Jahr 1992 von Boutros-Ghali der VN-Vollversammlung vorgelegte „Agenda for Peace“ auf ihre Realitätstauglichkeit zu überprüfen. Was waren die

wesentlichen Erkenntnisse dieser Untersuchung?

General Naumann: Die wesentliche Erkenntnis war, dass die Auflösung der Blöcke nach dem Kalten Krieg alte gefesselte Konflikte neu entfesselt hatte und demzufolge die in der erstarrten bipolaren Welt übliche Form des Blauhelm Einsatzes nach Kapitel VI der VN-Charta nicht mehr zeitgemäß war. Wir haben deshalb als Regelfall das robuste Mandat für VN-

Missionen gefordert, das in der Regel einen Beschluss des Sicherheitsrates nach Kapitel VII voraussetzt. Wir hatten festzustellen, dass die Organisation des VN Hauptquartiers den Realitäten nicht entsprach und haben insbesondere eine Stärkung der Abteilung für Friedensoperationen gefordert. Auch verlangten die komplexen Lagen im früheren Jugoslawien und im Gebiet der Großen Seen in Afrika deutliche Veränderungen. Deshalb haben wir mehr und bessere

Zusammenarbeit vor Ort zwischen den VN, den eingesetzten VN-Truppen und den NGO (non-gouvernemental organizations – Nicht-Regierungs-Organisationen) vorgeschlagen und angeregt, über robuste Polizeikräfte nach dem Vorbild der französischen Gendarmerie nachzudenken.

AUFTRAG: Welche Empfehlungen des Brahimi-Reports haben sich aus Ihrer Sicht in den letzten zehn Jahren bewährt? Können Sie Beispiele nennen.

General Naumann: Bewährt haben sich die Verstärkung der Abteilung für Friedensoperationen und das mittlerweile nahezu ständig erteilte robuste Mandat.

AUFTRAG: Welche Forderungen des Brahimi-Reports wurden bislang noch zu wenig berücksichtigt?

General Naumann: Die angeregte Schaffung einer schnellen VN-Eingreiftruppe blieb leider auf der Strecke und die nach einer Intervention so notwendigen Kräfte für alle Polizeifunktionen und den Justiz-Vollzugsdienst gibt es leider auch noch nicht.

AUFTRAG: Welche neue Herausforderungen der weltweiten Sicherheitslage müssten in einen neuen Brahimi-Report aufgenommen werden?

General Naumann: Die Welt hat sich in den letzten zehn Jahren dramatisch verändert, leider nicht zum Besseren. Neue Akteure haben die Szene betreten, oftmals nichtstaatliche Akteure, die über alle Gewaltmittel eines Staates verfügen und diese skrupellos einsetzen. Es fand vielerorts eine Radikalisierung des politischen Handelns statt, die zu neuen Formen der Gewalt geführt hat und weiterhin führen wird, der deutlichste Ausdruck ist der seit 2001 weltweit ausgeübte Terrorismus. Vergessen Sie bitte nicht, Brahimi ist ein Bericht, der sich vorwiegend mit den Folgen von Konflikten zwischen Staaten oder innerstaatlicher Konflikte befasst. Die Zukunft könnte Konflikte bringen, in denen nichtstaatliche Akteure versuchen

sich zerfallender Staaten zu bemächtigen. Es kann durchaus sein, dass diese neuen Dimensionen erhebliche rechtliche Probleme aufwerfen. Eine baldige Prüfung all dieser Fragen ist sicher geboten.

AUFTRAG: Sie hatten bei der Veranstaltung der „Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN)“ am 6. September 2010 in der bayerischen Vertretung beim Bund in Berlin zum Thema „Brahimi plus 10“ u.a. ausgeführt, dass die Bundesregierung in Regionen von strategischer Bedeutung für Deutschland Schwerpunkte setzen muss, weil sich Deutschland nicht mit allen Problemen der Welt in gleicher Intensität befassen kann. Sie benannten als solche Regionen mit Relevanz für Deutschland den Bereich des erweiterten Nahen Ostens und Afrika. Wie begründen Sie diese Präferenz?

General Naumann: Der erweiterte Nahe Osten ist mit dem ungelösten Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern, mit der offenen Frage des iranischen Atomprogramms schon jetzt ein Pulverfass vor Europas Türen. Wenn man außerdem bedenkt, dass in dieser Region die größten Reserven der Welt an Gas und Öl liegen, dann wird deutlich welches enorme Interesse Europa an guten und friedlichen Beziehungen zu den Staaten dieser Region haben muss. Hinzu kommt, es ist eine Region, aus der heraus viele junge Menschen nach Europa drängen werden, weil sie zuhause keine Chance auf Zukunft haben. Das gilt auch für weite Teile Afrikas, insbesondere die Staaten am Südufer des Mittelmeers. Sollten dann als Folge des wahrscheinlichen Klimawandels große Migrationswellen an Europas Küsten branden, dann haben wir in unserem Europa mit seiner älter und immer weiter abnehmenden Bevölkerung ein Problem. Aus diesen Gründen meine ich, der Erweiterte Nahe Osten und Afrika sollten Schwerpunkte deutscher und europäischer Sicherheitspolitik sein.

AUFTRAG: Wie beurteilen Sie die auffällige personelle Zurückhaltung Deutschlands bei VN-Frie-

densmissionen in der DR Kongo? Deutschland zahlt jährlich 81 Mio. Euro für die VN-Mission MONUSCO und hat weder einen Diplomaten noch einen Soldaten in dieser großen Friedensmission, um auf die Effizienz unserer Mittel Einfluss zu nehmen. Auch bei EUPOL KONGO stellt Deutschland keinen deutschen Polizisten als Ausbilder. Wäre die Bundesregierung nicht schon aus Gründen der „Responsibility to Protect“ verpflichtet, sich mehr zu engagieren, um die schweren systematischen Menschenrechtsverletzungen (wie massenweise brutale Vergewaltigen als Kriegswaffe) zu verhindern oder wenigstens zu mindern?

General Naumann: Diese Frage kann man als Außenstehender nicht beantworten, da man den Aussagen der Regierung vertrauen muss, wenn gesagt wird, Deutschland sei an die Grenzen seiner Belastbarkeit gegangen. Aus moralischen Gründen zu fordern ist ebenso leicht wie billig, aber die personellen und finanziellen Ressourcen sind nun einmal begrenzt. Im Übrigen wird durch den Föderalismus Deutschlands Handlungsfähigkeit auch nicht gerade gestärkt, denn die überwiegende Mehrzahl der Polizeibeamten sind im Landes- und nicht im Bundesdienst.

AUFTRAG: Sie haben bei der o.a. DGVN-Veranstaltung bemängelt, dass einige deutsche Politiker den Begriff „Vernetzte Sicherheit“ wie eine Monstranz vor sich hertragen. Was haben Sie damit gemeint, dieser Begriff müsste mit Inhalt gefüllt werden?

General Naumann: Das einfachste und deutlichste Beispiel ist das Fehlen eines nationalen Sicherheitsberaters der Bundeskanzlerin wie ihn Frankreich bereits hat und wie ihn Großbritannien gerade eingeführt hat. Ob Deutschland, das in all diesen Fragen ohnehin schon den Mühlstein seiner föderalen Struktur um den Hals hat, mit den engen Zuständigkeitsgrenzen seiner Fachministerien gut aufgestellt ist, den Herausforderungen der Zukunft zu begegnen, darf man bezweifeln. In Krisen muss schnell

gehandelt werden und es wird immer Handeln im internationalen Rahmen sein, langwierige Abstimmungsprozesse sind da ein Hemmnis.

AUFTRAG: *Herr General, zum Schluss des Interviews noch eine persönliche Frage an Sie. Welche Bedeutung hat Ihr christlicher Glaube für Ihr außergewöhnliches, nachberufliches Engagement in verschiedenen nationalen und internationalen Kommissionen?*

General Naumann: Ich habe von meinen ersten sechs Lebensjahren abgesehen, Jahren des Krieges, im Leben überwiegend Glück gehabt. Ich glaube, dass ich für so manche glückliche Fügung unserem Gott zu danken habe. Was liegt da näher, als – auch aus Dankbarkeit heraus – zumindest den Versuch zu machen, einen Beitrag zu leisten, dass den nachfolgenden Generationen Leid und von Menschen gemachte Katastrophen erspart bleiben? Im Übr-

gen verpflichtet uns unser christlicher Glaube zum Schutz des Lebens. Da ich unser Scheitern im früheren Jugoslawien und in Ruanda ansehen musste, aber nicht verhindern konnte, wollte ich zumindest die gewonnenen Erfahrungen weitergeben, um Wiederholungen möglichst zu verhindern.

AUFTRAG: *Herr General, wir danken Ihnen für das Gespräch.*

Afghanistan zwischen Krieg und Frieden

ISAF-Mandats-Verlängerung aus Sicht der Katholischen Kirche

VON ANDREAS M. RAUCH¹

Der Deutschen Bundestag entscheidet im Februar 2011 über eine Erneuerung oder eine Beendigung des bestehenden ISAF-Mandates. Politiker wollen wiedergewählt werden. Umso mehr spielen bei dieser Entscheidung wichtige gesellschaftliche Gruppen wie die christlichen Kirchen eine Rolle, die die öffentliche Meinung maßgebend mit bestimmen. Nachdem Gerhard Arnold bereits im AUFTRAG Nr. 277 vom März 2010 die evangelische Sichtweise zu Afghanistan dargelegt hat, geht es nunmehr um eine Darstellung der katholischen Position vor dem Hintergrund sozialwissenschaftlicher Sachinformationen und sozialetischer Bewertungen.

Neun Problemebenen des Afghanistan-Konflikts

„Gehet hin in Frieden“ spricht ein Priester zu Ende jeder Heiligen Messe. Gemeint ist damit der Auftrag an jeden Christen, sich in seinem ganz persönlichen Umfeld für Frieden und eine gerechte Ordnung in der Gesellschaft einzusetzen. In den Fürbitten wird regelmäßig der Blick über den persönlichen Wirkungsradius hinaus geworfen, wenn für Ge-

rechtigkeit und Frieden in der Welt (Pax mundi) gebetet wird.

Seit den Tagen der christlichen Urgemeinde sind Christen um Frieden bemüht, und zwar ganz Sinne des Gebotes Jesu, sich in den Dienst am Nächsten zu stellen und Nächstenliebe (caritas) zu üben. Papst Benedikt XVI. hat in seiner Enzyklika „Deus caritas est“ ganz unmissverständlich formuliert: „Die in der Gottesliebe verankerte Nächstenliebe ist zunächst ein Auftrag an jeden einzelnen Gläubigen...“ (Deus caritas est, Nr. 20). Bei Konstantin dem Großen und in größerem Maße noch bei Kaiser Theodosius wurde die Förderung des Friedens seitdem nach innen und außen auch zu einem staatspolitischen Auftrag im ganzen Imperium Romanum.

Mangelnde Friedensbereitschaft

Was hat das mit Afghanistan zu tun? Der Verweis auf das Bemühen um Frieden nach innen und außen als Wert per se etwa in der christlichen Spätantike zeigt auf, dass Friedensbemühungen mit einer Bereitschaft zum Frieden und zum Kompromiss, also dem Zurückstellen von Interessen, einher gehen müssen, und eben daran mangelt es bei nahezu allen politischen Akteuren in Afghanistan. Das Christentum konnte in der römischen Spätantike zu einer geistigen Klam-

mer werden und zu einem politischen Konsens beitragen in einer Zeit, in der ansonsten dieses von politischen und wirtschaftlichen Problemen geschüttelte Weltreich eher auseinanderdriftete. Gerade dieser mit einem wirklichen Willen zum Frieden einhergehende politische Bewusstseinsprozess fehlt in Afghanistan – zumindest außerhalb der Region um Kabul.

Mit dem Papst als „Brückenbauer“ (Pontifex maximus) vermochte die römisch-katholische Kirche in der europäischen Geschichte eine der vielen politischen Lücken und das Wertevakuum, welches der Untergang des Imperium Romanum hinterließ, zu füllen. Auch späterhin versuchte die Kirche zu einem Mehr an Frieden in der Welt beizutragen. Im Laufe der Kirchengeschichte haben zahlreiche Päpste und Apostolische Nuntien bis in das 20. Jahrhundert hinein als Friedensvermittler segensreich gewirkt. Doch eben diesen Anspruch auf die Vermittlung von Liebe und Frieden stellen die Protagonisten in Afghanistan leider nicht an sich selbst. Vielmehr gilt die Anwendung von Waffengewalt zur Durchsetzung von Interessen, gilt der Krieg weiterhin als ein legitimes Mittel der Politik. Damit ist eine erste Ebene des Afghanistan-Konfliktes angeführt: die mangelnde Bereitschaft wichtiger politischer Akteure in Afghanistan zum Frieden.

¹ Prof (eh) Dr. Andreas M. Rauch ist Gymnasiallehrer im kirchlichen Dienst und Lehrbeauftragter an der Universität Köln

Hohes Gewaltpotential in Afghanistans Geschichte

Diese Gewaltbereitschaft ist eng in der Geschichte Afghanistans verwurzelt, was uns zu einer zweiten Ebene des Afghanistan-Konflikts führt. Afghanistan weist eine besonders grausame Geschichte auf, die durchzogen ist von einer raschen Abfolge von Revolten und Gegenrevolten, Vertreibungen und Ermordungen von Herrschern, so auch im 20. Jahrhundert: 1919 wird König Habibullah ermordet. Sein Sohn Amanullah, ein reformorientierter König, folgt ihm auf den Thron, von dem er aber 1929 von Kalakani gestürzt wird, um dann selbst nach neun Monaten aus dem Amt gejagt zu werden. Der ihm nachfolgende Nadir Khan wird 1933 ermordet und sein Sohn Zahir Shah erbt den Thron, bis 1973 sein Cousin Prinz Mohammad Daoud die Monarchie abschafft und Zahir Shah ins Exil nach Europa gehen muss. 1978 wird Daoud umgebracht und Taraki wird Präsident. Doch schon 1979 wird Taraki ermordet und Hafizullah Amin übernimmt die Präsidentschaft. Amin wird hingerichtet und von Karmal ersetzt, der wiederum 1986 vor Najibullah aus dem Afghanistan fliehen muss.

Multi-ethnische Konfliktlage

Hinzu tritt die multi-ethnische Konfliktlage als die dritte Ebene, die den Afghanistan-Konflikt wie einen roten Faden durchläuft. So setzt sich die Bevölkerung Afghanistans heute aus verschiedenen ethnischen Gruppen zusammen, die teilweise zerstreut und wenig homogen in Afghanistan siedeln, sodass etwa die Aufteilung des Landes nach ethnischen Gesichtspunkten nahezu unmöglich wäre. Fast alle Afghanen sind inzwischen Muslime, zumeist sunnitischen Glaubens. Vier Volksgruppen sind von besonderer Bedeutung: Die Paschtunen, hauptsächlich im Süden Afghanistans angesiedelt sowie im Osten des Landes; mit rund 9 Millionen Menschen bilden sie die größte Volksgruppe Afghanistans. Etwa 6 Millionen Afghanen sind Tadschiken und ihr Hauptsiedlungsraum liegt im Norden und umfasst das Gebiet südlich von Herat bis nach Kabul. Hier haben auch rund 1,4 Millionen Usbeken ihr Zuhause. Weitere rund 4,5 Millionen Afghanen

sind Hazara, also Menschen mongolischer Herkunft und zumeist Bauern schiitischen Glaubens. Aufgrund dieser multi-ethnischen Konfliktlage erwies sich Afghanistan schon seit Darius dem Großen und Alexander dem Großen im fünften und dritten Jahrhundert vor Christus bis in die Gegenwart als unregierbar. Selbst die totalitäre Herrschaft der Taliban zu Ende des 20. und zu Beginn des 21. Jahrhunderts vermochte es nur etwa zu 90 Prozent, Afghanistan zu beherrschen.

Fehlende Staatlichkeit

Damit einher geht eine vierte Konfliktebene, nämlich die fehlende Staatlichkeit von Afghanistan. Die Identität der Afghanen geht ausschließlich über die Zugehörigkeit zur jeweiligen Volksgruppe und diese ethnische Identität verhindert die Ausbildung einer nationalen Identität. Ohnehin sind Afghanen Begriffe wie Staat oder Nation im Grunde fremd. Allen Volksgruppen in Afghanistan ist ein gewisser Stolz, ein aufrechter Gang gemeinsam, unter anderem, weil sie in den vergangenen zwei tausend Jahren nicht von fremden Mächten erobert und besetzt wurden und zu keinem Zeitpunkt den Status einer Kolonie inne hatten. Die erbittert geführten anglo-afghanischen Kriege legen hier von ein beredetes Zeugnis ab. Umso schwieriger ist es, Volksgruppen und Stammesführer zu überzeugen, sich in einem gemeinsamen Staat zu formieren und Herrschaft in einzelnen Regionen zugunsten Kabuls aufzugeben. Insoweit muss Afghanistan de facto als „failed state“ bezeichnet werden, da es weder Gemeinsamkeiten hinsichtlich eines Staatsgebietes, eines Staatsvolkes und einer gemeinsam anerkannten Staatsgewalt gibt. Indem jeder Provinzfürst seine eigene kleine Armee unterhält und einsetzt, wird jede Form von Staatlichkeit und das damit anzuerkennende Gewaltmonopol des Staates unterlaufen. Zugleich ist aber Afghanistan kein „failed state“ wie etwa Somalia, wo Sheik Sharif Sheik Amed seit März 2009 in einer Burgfestung verschanzt tagtäglich um sein Überleben kämpfen muss. So ist die Region um Kabul sowie einzelne Landesteile durchaus von einer Zentralgewalt zugänglich und auch die Wiederaufbauteams (Re-construc-

tion-teams) können größtenteils ihre zivile Wiederaufbau-Arbeit leisten. Aber der Afghanistan-Konflikt wird erst dann politisch gelöst werden können, wenn die einzelnen Volksstämme zusammenarbeiten. Das hat der alte König, Zahir Shah, zu Recht erkannt, als er 2002 nach Kabul zurückkehrte. Es ist vor allem den Bemühungen von Zahir Shah zu verdanken, dass die Loya Dschirga, die große Ratsversammlung von allen Volksgruppen in Afghanistan, als Institution wiederbelebt werden konnte und den Weg zur Konstituierung eines afghanischen Parlaments am 19.12. 2005 geebnet hat, welches bis heute arbeitet.

Mangel an Bildung

Als weiteres Problem auf einer fünften Konfliktebene kommt der Mangel an Bildung in diesem Land zum tragen. Die Quote der Analphabeten in Afghanistan liegt bei rund siebenzig Prozent. Es fehlen rund 100.000 Lehrerinnen und Lehrer; neue Schulen müssten gebaut oder zumindest renoviert werden. Selbst in Afrika und anderen Teilen Asiens wie z.B. im Nachbarland Pakistan ließen sich bessere Zahlen erzielen. Die intellektuelle Elite Afghanistans wanderte bereits 1973 und in den Folgejahren in den Westen aus, nur wenige sind seit 2002 wieder nach Afghanistan zurückgekehrt. Wenn aber eine Bevölkerung weder schreiben noch lesen kann und somit beispielsweise sich auch nicht mit den Schriften des Koran kritisch auseinandersetzen kann, ist ein Nährboden für jede Form von Extremismus und Terrorismus, also für ideologische Verführung geschaffen, da es die Menschen nicht besser wissen, nicht besser wissen können.

Wirtschaftliche Schwierigkeiten

Auf einer sechsten, wirtschaftlichen Ebene lässt sich anführen, dass das Hochgebirge des Hindukusch mit seiner zerklüfteten Gebirgswelt den Aufbau einer funktionierenden Infrastruktur (Straßen, Wasser- und Abwasserversorgung, Strom- und Telefonnetz) erschwert: rund ein halbes Jahr von Oktober bis März sind große Teile des Landes durch Schnee und Eis von der Außenwelt abgeschnitten. Das fördert jedoch die Vereinzelung der Menschen, eine Stärkung

der vor Ort herrschenden Ethnie und behindert den Aufbau zentraler Ordnungsstrukturen massiv. Aufgrund dieser weitgehend fehlenden Ordnungsstrukturen gehört Afghanistan zu den ärmsten Ländern der Welt. Zudem können nur rund 10-15 Prozent des Bodens für Ackerbau und Viehzucht genutzt werden. Wälder sind praktisch nicht mehr vorhanden, zum einen wegen der Höhenlage, zum anderen, weil frühere Generationen Bäume abholzten, um ihre Öfen zu füllen, aber nicht Wiederaufforstung betrieben, sodass zahlreiche Landstriche Afghanistans verkarstet und verodet sind.

Weltweiter Drogenhandel und großflächige Verminung Afghanistans

Da die Afghanen weitgehend Subsistenzwirtschaft betreiben, die aber oftmals nicht das eigene Überleben sichert, werden wir mit einer siebten Ebene des Afghanistan-Konflikts konfrontiert: dem Drogenanbau und Drogenhandel. So ist Afghanistan mit einem Weltmarktanteil von rund 90 Prozent zum weltweit größten Produzenten von Schlafmohn geworden, aus dem Opium hergestellt wird. Etwa jeder siebte Bewohner Afghanistans ist am Anbau von Mohn beteiligt, selbst einige Abgeordnete des afghanischen Parlaments. Für den Drogenanbau sind regelmäßig nur kleine Ackerflächen notwendig. Gerade in den vielen unzugänglichen Bergregionen Afghanistans stellt sich eine Überwachung oder gar Eindämmung des Drogenanbaus als eine kaum zu bewältigende Herausforderung dar. Zwischen 2006 und 2008 soll die Anbaufläche für Schlafmohn sogar um 15 Prozent gewachsen sein.

Wenn nun vielfach in der Wissenschaft diskutiert wird, wie eine Abschaffung des Drogenanbaus erreicht und der Aufbau überlebensfähiger, volkswirtschaftlicher Strukturen erreicht werden kann, so wird vielfach eine achte Ebene des Afghanistan-Konflikts übersehen: die großflächige Verminung des Landes, die vor allem aus der Zeit der sowjetrussischen Besetzung Afghanistans stammt, und die Afghanistan neben Mozambique und Bosnien-Herzegowina zu den am stärksten verminnten Gebieten der Welt macht. Es gibt zwar schon seit Beginn der neunziger Jahre erste Entminungs-

projekte, doch gehen diese so langsam voran, dass es noch weit über hundert Jahre beim jetzigen Tempo dauern würde, bis Afghanistan frei von Minen wäre.

Nährboden des internationalen Terrorismus

Wenn aber ein Großteil der Afghanen aufgrund von Drogenanbau ohnehin in die Illegalität abgerutscht ist, begünstigt das ein Klima des Verbrechens, in dem es zu einer weiteren, neunten Konfliktebene kommt, die vor allem für die USA im Kontext des 11. September von entscheidender Wichtigkeit: Drogenanbau und Drogenhandel bilden nicht nur die wirtschaftliche Basis vieler Teile der afghanischen Bevölkerung, sondern auch die wirtschaftliche Grundlage für die zahlreichen „War-Lords“ in Afghanistan. Mit der Drogenproblematik gehen Waffenhandel im großen Stile und Untergrundkämpfe einher, die schließlich zur Ausbildung von Sprengstoffexperten und potentiellen Attentätern in so genannten Terrorcamps führen. Und damit wird Afghanistan zu einem Dreh- und Angelpunkt des internationalen Terrorismus, in dessen Umfeld fundamentalistische Islamisten aktiv sind, sich Bin Laden, Al Kaida und andere Terrorgruppen bis hin zu den Grund- und Menschenrechte verachtenden Taliban angesiedelt haben. Bei einer Lösung des Afghanistan-Konfliktes gilt es zu schauen, wie diesen gefährlichen Gruppierungen der Nährboden entzogen werden kann.

Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001, die für die USA einer Kriegserklärung gleichkamen, verabschiedete am 20. Dezember 2001 der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen die Resolution 1386, in der die Einrichtung einer internationalen Sicherheitsbestandstruppe für Afghanistan beschlossen wurde. Seither ist die internationale Gemeinschaft über das ISAF-Mandat in Afghanistan engagiert. Zeitweise waren bis zu 150.000 Soldaten in Afghanistan stationiert. Doch die politischen und militärischen Erfolge blieben ohne nachhaltige Wirkung. Es waren schon 2001 die Deutschen, die von Anbeginn auf der Petersberger Konferenz bei Bonn sagten, dass militärische Maßnahmen von zivilen Unterstützungsaktivitäten begleitet

werden müssen. Doch neben dem Umstand, dass ein ziviles Konzept in der Praxis nicht von allen Protagonisten unterstützt wird, sind auch die Schritte im zivilen Wiederaufbau eher dürftig.

Zunahme von Kampfhandlungen und Sprengstoffanschlägen

Gerade im Jahr 2009 können wir zudem eine massive Verstärkung militärischer Aktivitäten der Taliban und anderer fundamentalistischer Gruppierungen in Afghanistan feststellen. Zu einem Zeitpunkt, in dem in den westlichen Staaten der öffentliche Druck wächst, dass internationale Engagement in Afghanistan zu beenden, scheint seit 2009 vielerorts in Afghanistan eine echte Kriegssituation zu bestehen und die Situation insgesamt aus dem Ruder zu laufen. Bester Beleg hierfür sind die im Internet veröffentlichten Protokolle der Task Force 373, die deutlich machen, dass Krieg in Afghanistan herrscht und dieser Krieg gegen die Taliban, Al Kaida und andere Gruppierungen wie etwa die Terrorgruppe Islamische Bewegung Usbekistans noch längst nicht gewonnen ist. Vielmehr zeigen die Zahlen hinsichtlich Sprengstoffanschlägen und Kampfhandlungen, dass kein Frieden in Afghanistan in Sicht ist. So gab es im Norden Afghanistans, wo die Deutschen stationiert sind, 2009 94 Sprengstoffanschläge und 472 Kampfhandlungen, im Osten, wo die USA vor allem operieren 1095 Sprengstoffanschläge und 4868 Kampfhandlungen und im Süden, wo die Niederländer jetzt abziehen, 1895 Sprengstoffanschläge und 5755 Kampfhandlungen. (siehe Spiegel 30/2010, S. 73) Hinzu kommen rund 400 getötete Soldaten im ISAF-Einsatz seit 2002, davon 44 deutsche Soldaten. Mit jedem getöteten deutschen Soldaten sinkt in der deutschen Bevölkerung die Zustimmung zu ISAF. In den vergangenen drei Jahren sind zudem rund 1.500 Polizisten zu Tode gekommen, was demoralisierend hinsichtlich des Aufbaus ziviler Strukturen wirkt.

Westliche Regierungen unter politischem Druck

Ursächlich sind für den Rückzug westlicher Streitkräfte sind auch die Folgen der internationalen Finanz-

und Wirtschaftskrise 2008/2009. Die USA und viele europäische Staaten haben große finanzielle Belastungen auf sich genommen, um einen Zusammenbruch von Banken oder gar ganzer Volkswirtschaften zu verhindern. Dies fordert nunmehr seinen Tribut. Öffentliche Mittel müssen auch in anderen Gebieten als in der Terrorbekämpfung eingesetzt werden, zumindest in einem reduzierten Umfang. 2010 sind es zunächst die Niederländer, die beginnen, ihre Truppen aus Afghanistan abzuziehen. Das ist sicherheitspolitisch gesehen besonders unglücklich, da hier die größten Widerstände von Taliban und Al Kaida zu verzeichnen sind. Ohnehin sind die USA im Süden und im Norden Afghanistan tätig, um den Niederländern und Deutschen bei besonders schwierigen Einsätzen zu helfen. Doch auch die USA wollen 2011 damit beginnen, ihre Truppenpräsenz in Afghanistan abzubauen. Entsprechend wächst auch der öffentliche Druck auf die Bundesregierung und die Bundeswehr. Und die Frage stellt sich: Wie sieht es mit einer Verlängerung des ISAF-Mandates im Deutschen Bundestag aus Sicht der Kirchen in einer sozialetischen Bewertung aus?

Katholische Kirche: Zurückhaltung bei Bewertung des Afghanistans-Konflikts

Vor dem Hintergrund und der Vielschichtigkeit des Afghanistan-Konflikts sind die Äußerungen der Katholischen Kirche zurückhaltender und vorsichtiger – so Bischof Overbeck – als die der Evangelischen Kirche, da „der Versuchung allzu einfacher Lösungsvorschläge zu widerstehen“ ist – so Erzbischof Robert Zollitsch. Aber auch der Umstand, dass Afghanistan ein vom Islam geprägtes Land ist – nur in der italienischen Botschaft in Kabul gibt es eine katholische Kapelle – legt der Katholischen Kirche Zurückhaltung auf. So geht es der Kirche vor allem um Christen, die als Soldaten oder Zivilpersonen in Afghanistan unter Einsatz ihres Lebens aktiv sind. Soldaten im Auslandseinsatz werden von Militärggeistlichen seelsorglich begleitet. Dabei greifen noch Bestimmungen, die eigentlich auf einen Einsatz von (Heeres-) Soldaten im Inland in der Zeit vor dem Ende des Ost-West-

Konflikts 1989 ausgelegt sind und einen Schlüssel von 1500 Soldaten für einen Militärseelsorger vorsehen. In Gesprächen mit dem Bundesministerium der Verteidigung hat das Katholische Militärbischofsamt schon in der Vergangenheit immer wieder auf eine Unterbesetzung der Militärseelsorge im In- und Ausland hingewiesen.

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz macht deutlich, dass die Kirche hinsichtlich des Afghanistan-Engagements der Bundesregierung eine bittere Bilanz zieht, da in weiten Teilen Afghanistans kriegsähnliche Zustände herrschen. Die Katholische Kirche sei dem Konzept des „gerechten Friedens“ verpflichtet, welches im Mittelpunkt ihrer Friedensethik steht und der Einsatz kriegerischer Mittel sei immer ein Übel und eine „Niederlage der Menschheit“ (Papst Johannes Paul II).

Seit der großen Friedensdebatte der achtziger Jahre vor dem Hintergrund des damaligen NATO-Doppelbeschluss im Kontext des Ost-West-Konflikts hat die Kirche ihre gewaltkritische Friedensethik fortentwickelt, in der die biblische Friedensvision und ihre Forderung nach der Überwindung von Gewalt im Sinne der Bergpredigt Jesu in einer realistischen Weise politisch zur Geltung gebracht werden. Die Titel der von der Deutschen Bischofskonferenz veröffentlichten Schriften lauten programmatisch: „Gerechtigkeit schafft Frieden“ (1989) sowie „Gerechter Friede“ (2000). Die letztere Schrift setzt sich vor allem mit der weltpolitischen Lage nach dem Ende des Ost-West-Konflikts auseinander.

Ein sozialetisch legitimer Kampf gegen die Taliban

Der Vorsitzende der Deutschen Kommission Iustitia et Pax, Bischof Ackermann, sprach sich für Verhandlungen mit den gemäßigten Taliban aus. Den Angriff auf die Taliban seit 2002 sieht Bischof Ackermann sozialetisch gerechtfertigt: „Es gibt in eng begrenzten Fällen ein ‚Recht auf Krieg‘. Das sehe ich in diesem Fall schon als gegeben an.“ Die Taliban seien nicht nur für die eigene Bevölkerung, sondern auch für andere Länder zur Bedrohung geworden. Allerdings müsse die Gewaltanwendung „so prä-

zise wie irgend möglich“ auf den militärischen Gegner beschränken.

Fuldas Bischof Algermissen, Präsident der deutschen Sektion von Pax Christi, macht in einem Interview deutlich, dass der in den Petersberger Gesprächen 2001 vereinbarte Prozess in die Sachgasse kriegerischer Eskalation geführt hat. (Steffen Zimmermann: „Der Einsatz ist gescheitert“, in: katholisch.de, aufgerufen am 30.7.2010) Ein ethisches Kernproblem jedes bewaffneten Einsatzes liegt eben darin, dass er eine Eigendynamik freisetzen und deshalb leicht in einem Übermaß an Gewalteinsatz enden kann – und gerade das ist nach Algermissen in Afghanistan passiert. Zudem kritisiert der Bischof, dass finanzielle Zusagen zum zivilen Aufbau Afghanistans, so wie das auf dem Petersberg vereinbart wurde, nicht eingehalten worden seien. Einige Staaten hätten Gelder zum zivilen Aufbau Afghanistans nicht vollständig ausgezahlt. Wie Klaus Liebetanz in seinem Beitrag „Was will Deutschland am Hindukusch?“ in AUFTRAG Nr. 277 vom März 2010 ausführt, gibt es bei der Koordinierung des zivilen Aufbaus in Afghanistan auf deutscher Seite Schwierigkeiten, die sich auch auf europäischer und internationaler Ebene finden. Zudem stelle sich die Balance zwischen finanziellen Mitteln für den zivilen Wiederaufbau und den Militäreinsatz als nicht ausgewogen dar, so Algermissen.

Zollitsch: Keine Fortführung des Afghanistan-Einsatzes wie bisher

Erzbischof Zollitsch führt aus, dass der Afghanistan-Einsatz in der bisherigen Form nicht fortgeführt werden könne. Gleichwohl ist die katholische Kirche in Deutschland nicht für ein sofortiges Ende des ISAF-Einsatzes und einen Abzug der Soldaten im Februar 2011. Der Sozialetiker Thomas Hoppe: „Politisch würde der Abzug als Scheitern bisheriger Stabilisierungsbemühungen gewertet. Auch für die Menschen im Land, die jahrelang mit großem Engagement solche Projekte mitgetragen haben, wären die Folgen schwerwiegend. Nach einem Abzug droht ein Wiederaufleben der Kämpfe von rivalisierenden Gruppierungen. Mit ähnlich verheerenden Folgen wie nach dem Rückzug der So-

wjets. Wer heute eine rasch umzusetzende „Exit-Strategie“ fordert, muss darlegen, wie er solche Entwicklungen verhindern will.“

„Nichts ist gut in Afghanistan“ – mit diesen Worten löste die evangelische Bischöfin Margot Käßmann zu Neujahr 2010 eine heftige Diskussion um Afghanistan aus. Doch bereits das „Evangelische Wort zu Krieg und Frieden in Afghanistan“ vom 25. Januar 2010 modifiziert und entschärft, da mit einer rasch umzusetzenden „Exit-Strategie“ der begonnene zivile

Wiederaufbau in Afghanistan gefährdet sei. Ohne gefestigte zivile Strukturen in Afghanistan bliebe ein Nährboden für den internationalen Terrorismus bestehen, was zu verhindern sei, weil eben davon Menschen in vielen Ländern der Welt betroffen wären.

Weihbischof Jaschke macht deutlich, dass der Westen sich gegen die Taliban wehre, weil sie menschenverachtende Gewalt ausüben würden. „Für Christen ist wichtig, dass die militärische Gewalt durch die UNO und durch unser Parlament legitimiert ist.

Sie dient dem Schutz der Schwachen und dem Schutz ihrer Rechte und sie hat eine humane Ordnung zum Ziel.“ Wenn die von den Kirchenleuten angesprochenen Punkte, vor allem hinsichtlich des zivilen Wiederaufbaus Afghanistans, verstärkt Berücksichtigung finden würden, stünden die Kirchen einer einjährigen Verlängerung des ISAF-Mandates im Deutschen Bundestag nicht entgegen. Die Kirche erinnert in diesem Zusammenhang die Politik an ihre Verantwortung für die Menschen in Afghanistan.

Politikergespräch

Geänderte Afghanistanstrategie aus Sicht des Auswärtigen Amtes

Am Donnerstag, den 28.10.2010 fand in Berlin ein weiteres Politikergespräch statt. Das Katholische Militärbischofsamt (KMBA) hatte – gemeinsam mit der Gemeinschaft Katholischer Soldaten – zu einem Gespräch mit dem Staatsminister im

gebunden sei. Zum Ausgleich waren der Leiter des Arbeitsstabes Afghanistan Dr. Philipp Ackermann, der Leiter des Grundsatzreferates Herbert Beck, der stellvertretende Büroleiter Steffen Koch und die Referentin für NATO Irmgard Fellner ge-

PRT¹ Kunduz leitete, machte den vernetzten Ansatz der Deutschen Sicherheitspolitik in diesem Interessenkreis (Afghanistan und Pakistan) deutlich. Einig waren sich alle, dass eine Übergabe der Verantwortung an die Afghanen nur auf der Grundlage der verab-

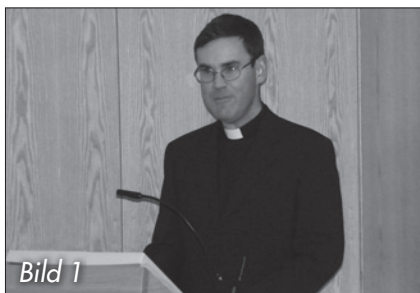


Bild 1

Auswärtigen Amt Dr. Werner Hoyer (FDP) eingeladen. Das Gespräch fand nicht wie üblich im KMBA sondern im Auswärtigen Amt (AA) statt. In Vertretung des Militärgeneralvikars begrüßte der Leitende Militärdekan Wolfgang Schilk (Bild 1) die Gäste und die Vertreterin und Vertreter des AA.

Staatsminister Hoyer hatte den eingeladenen Gästen durch seinen Wissenschaftlichen Mitarbeiter Julian Jacob mitteilen lassen, dass er in den Debatten um die Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke und der Verabschiedung des Sparpaketes im Plenum des Bundestages



Bild 2

kommen, um die Fragen der Gäste zu beantworten. Zu aller Überraschung war gerade zu Beginn des Abends eine Pause im Bundestag und der Staatsminister konnte trotz des Termindruckes durch die namentlichen Abstimmungen im Parlament sein Eingangsreferat halten (Bild 2), bevor die Fragen gestellt wurden.

Während der Diskussion betonten die Vertreter des AA, wie gut die internationale Reputation der Bundeswehr sei, die vom „Brunnenbohrer-Image“ in Afghanistan weg gekommen sei und bekundeten hohen Respekt für den Einsatz der Soldaten. Dr. Ackermann, der drei Jahre das



Bild 3

schiedeten afghanischen Verfassung geschehen würde. Da das afghanische Volk sehr wissbegierig sei, sehe die Zukunft für Afghanistan gut aus, wenn die Internationale Staatengemeinschaft das Volk in Afghanistan weiter begleiten würde aber auch in die Pflicht nähme. Da die Zeit begrenzt war, musste die interessante und kompetent geführte Diskussion zum Bedauern der Teilnehmer (Bild 3) letztendlich „beendet“ werden. Beim anschließenden Empfang im KMBA wurde noch lange dieser gelungene Abend nachbereitet.

(Text und Fotos: BB)

1 PRT = provincial reconstruction team (regionales Wiederaufbauteam)

„Töten macht – immer – moralisch schuldig“

Während der Feierlichkeiten zum Weltfriedenstag 2010 im Collegium Josephinum Bonn tätigte General Karl-Heinz Lather¹ diese Aussage. Für den Sachausschuss Sicherheit und Frieden war dies der Anlass, sich mit der Problematik zu befassen. Am Freitag, den 5. November diskutierte der Sachausschuss mit Unterstützung durch einen evangelischen und katholischen Theologen die Aussage.

Von evangelischer Seite hielt Dirk Voos² das Impulsreferat, welches von Lothar Bendel³ erwidert wurde. Zu Beginn seiner Ausführungen stellte Dekan Voos den Zusammenhang mit General Lathers Rede her, in dem er die entsprechende Stelle zitierte: „Moderne Entwürfe von Militärethik legitimieren den Soldaten grundsätzlich zum Töten als Notwehr oder Notwehrhilfe zum Schutz des eigenen und fremden Lebens sowie zum Schutz der legitimen Rechtsordnung, in der Regel der internationalen Rechtsordnung.“⁴ Der Referent ergänzte noch, dass diese militärische Gewalt nur die „ultima ratio“ sein könne, die nach den Worten des Generals trotzdem „immer“ schuldig mache. Der Rat der Evangelische Kirche in Deutschland habe dies vorsichtiger formuliert, indem er in der Denkschrift „Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen“ ausführte: „In Situationen, in denen die Verantwortung für eigenes oder fremdes Leben zu einem Handeln nötigt, durch das zugleich Leben bedroht oder vernichtet wird, kann keine noch so sorgfältige Güterabwägung von dem Risiko des Schuldigwerdens befreien.“⁵ Bevor Dekan Voos

näher auf diese Problematik einging, stellte er Definitionen von Moral und Ethik vorneweg. Moral beschreibe nach aktuellem ethischem Verständnis die von der Gesellschaft akzeptierten (oder wenigsten in einem bestimmten Lebensbereich) als richtig und gut erachteten Verhaltensweisen, die durch Konventionen und Tradition geprägt seien. Ethik hingegen sei die Reflexion der Moral, „die kritische und normative reflexive Besinnung auf Maßstäbe des Verhaltens (d.h. des Handelns und gestalteten Erleidens) sowie die Orientierung in gesellschaftlichen Zusammenhängen.“⁶ Somit fragt Moral nur nach der Übereinstimmung mit den Normen, die in der jeweiligen Gesellschaft als anerkannt gelten. Die Ethik wäge das Handeln bzw. das Nicht-Handeln ab und komme rational nachvollziehbar zu einer Werteentscheidung. Da die Normen aber subjektiv festgelegt würden, könne man zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen, je nachdem welches moralische System vorgegeben würde. Für die evangelische Seite stellte Dekan Voos fest, dass sowohl in der christlich-jüdischen, als auch in der humanistisch geprägten Umgebung das Tötungsverbot absolut gelte. Für die Moral sei es gleichgültig, ob diese ethische Forderung immer einzuhalten sei oder nicht. Ausnahmen würden in diesem Falle zwar ethisch die Regel bestätigen, würden für die Moral aber nicht gelten, führte der Referent aus. Dieses Gewissensdilemma bestünde immer, ob man durch Handeln oder Nicht-Handeln sich schuldig mache, Leben vernichte sei eben immer eine nicht rückgängig oder gut zu machende Tat. Es gehe darum, das persönliche Schuldigwerden zu erkennen, um zu einer bewussten Rechtfertigung vor einem selbst, vor

den andern Gläubigen und vor allem vor Gott zu kommen. Als Seelsorger erscheint es deshalb Dekan Voos sinnvoll, die Unterscheidung von Martin Luther zwischen Amt und Person⁷ auf die unterschiedliche ethische und moralische Bewertung des Tötens anzuwenden. Was von Amtswegen Aufgabe des Einzelnen ist, müsse dieser mit seinem Gewissen moralisch individuell vereinbaren und ausgleichen. Wer sich so seiner moralisch empfundenen Schuld stelle, könne im Glauben auf Vergebung hoffen, wie sie das Evangelium versprache. In dieser Weise könne Sühnung und Befreiung von der Last der Schuld geschehen, so dass der Soldat/die Soldatin auch als Christ entsprechend seinem/ihrer Gewissen handeln und gegebenenfalls auch töten könne, schloss Dekan Voos seinen Vortrag.

In seiner Erwidering stimmte Lothar Bendel den Definitionen von Ethik und Moral vollkommen zu. In diesem Zusammenhang erinnerte er an seinen Vortrag vor der Bundeskonferenz 2006⁸ in Ludwigshafen, in dem er ausführlich zur ethischen Bildung in den Streitkräften vorgetragen hatte. Weiter führte er aus, dass eine ethische Schuld oder Schuldgefühle, die eine Folge der moralischen Sozialisation seien, nur gäbe, wenn Alternativen zum Handeln da wären, die ethisch begründbar seien. Diese Schuldgefühle müsse der Einzelne verarbeiten und zwar durch Trauer, nicht durch Reue. Bendel führte aus, dass die neueste sittliche Norm das absolute Tötungsverbot wie folgt definiere: „die direkte Tötung eines Unschuldigen ist immer verboten“. Hier

1 General Karl-Heinz Lather, Chief of Staff Supreme Headquarter of Allied Power in Europe (CoS SHAPE) in seiner Rede „Willst Du den Frieden fördern, so bewahre die Schöpfung“, Abgedruckt in AUFTRAG 278, Seite 28ff

2 Militärdekan Dirk Voos ist seit 01.09.05 in der evangelischen Militärseelsorge tätig und leitet das evangelische Militärpfarramt Köln II (Köln-Wahn), vorher war er 20 Jahre in der Gemeindegemeinschaft tätig, davon 7 Jahre in Portugal

3 Leitender Wissenschaftlicher Direktor im Kirchendienst (i.K.) Lothar Bendel ist Referatsleiter II im Katholischen Militärbischofsamt, Berlin

4 General Karl-Heinz Lather am 25.03.10 in Bonn (AUFTRAG 278, S. 31)

5 Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirchen Deutschlands (EKD), 2007, Ziffer (103)

6 Frey, Dabrock, Knauf „Repitorium der Ethik für Studierende der Theologie“, 1997

7 Martin Luther „Ob Kriegsleute in einem seligen Stand sein können“, 1526

8 Lothar Bendel „Ethische Bildung in der Bundeswehr – Chancen und Risiken“ abgedruckt in AUFTRAG 264, Seite 66 ff

sei erkennbar, dass die Frage nach der Schuld/Unschuld gestellt würde, ebenso wie die Frage nach dem direkten Töten. Deshalb wäre es auch besser, hier von Pflichtenkollision zu sprechen als von dem ungefähren Begriff „Dilemma“. In diesem Falle müsse herausgefunden werden, welche Pflichten vorrangig seien.

In der offenen Diskussion wurde zuerst die Verständnisfrage gestellt, wo denn der Unterschied zu suchen sei, zwischen der Trauer und der Reue. Hier ist die Position der katholischen Theologie klar, antwortete Lothar Bendel. Es könne nur Trauer sein, denn Reue setze voraus, die Handlung, die der Auslöser war, nicht wieder zu tun. Bei unserem Falle, der Tötung, sei es aber die Pflicht des Soldaten in Extremsituation wieder zu töten. Dekan Voos ergänzte, dass die

ethische Schuld / moralische Schuld stets bliebe, auch wenn der Betreffende die Handlung wiederholen würde. Eine weitere Frage aus dem Ausschuss betraf die Problematik ethisch unschuldig aber moralisch schuldig. „Wenn Ethik die Reflexion der Moral ist, kann man doch nicht ethisch unschuldig sein, bei einer moralischen Schuld?“ Dekan Voos antwortete, dass hier emotionale mit rationalen Argumenten vermischt seien. Wenn die Aussage der Frage immer und überall gültig sein solle, dann wären alle ethisch gleich. Da aber die Ethik – wie richtig erwähnt – eine Reflexion der gesellschaftlichen Norm sei, müssten demnach alle ethisch gleich sein, wenn die Frage zuträfe. Da der Mensch nun mal verschieden sei, somit auch verschieden reflektiere, sei die Vermischung von Emotion und

Ratio deutlich zu erkennen. Ein Ausschussmitglied fasste die Diskussion zusammen, indem er feststellte, dass Gewissensschärfung notwendig sei, um wechselnde, sich ändernde moralische Qualifikationen ethisch richtig zu beurteilen. Diese Schärfung des Gewissens sei sehr schwierig, waren sich alle einig. Auf den Einwurf, dass eine Totalverweigerung der bessere Weg sei, um Jesus Christus nachzufolgen, erwiderte Dekan Voos, dass es nicht immer nur um das Töten ginge. Ein Radikalpazifismus sei auf keinen Fall der richtigere Weg. Schon der evangelische Theologe Dietrich Bonhoeffer habe gesagt, dass man manchmal Böses tun müsse, um nicht Böse zu sein. Mit diesem Schlusswort ging die lebhaft und interessante Debatte um das Zitat von General Karl-Heinz Lather zu Ende. (BB) □

Kurzmeldung:

Caritas international gegen zivil-militärische Zusammenarbeit

Caritas international hat die von der Bundesregierung angestrebte zivil-militärische Zusammenarbeit in Afghanistan als Weg in die falsche Richtung bewertet. Die Bestrebungen zu einer stärkeren Verquickung seien „Ausdruck von Verzweiflung, Erfolge erreichen zu wollen“, sagte Caritas-international-Leiter Oliver Müller. Aus gutem Grund verhielten sich Hilfsorganisationen auch unter Verweis auf internationale Konventionen sehr ablehnend.

Müller kritisierte, das Entwicklungsministerium folge mit seinem Vorgehen, die Bewilligung von Geldern an Hilfsorganisationen an Zusammenarbeit mit Militärs zu knüpfen, einer falschen Logik. Das Ministerium habe versäumt, diese Frage im Konzept der vernetzten Sicherheit sauber zu definieren. Ausdrücklich betonte der Caritas-international-Leiter, die Zusammenarbeit mit der

Bundesregierung sei „ansonsten sehr gut“. Auch habe sich sein Hilfswerk immer „durchaus positiv“ zum ISAF-Einsatz geäußert. Schließlich könne man Afghanistan nicht sich selbst überlassen.

Bei einem friedensethischen Kongress der Deutschen Kommission „Justitia et Pax“ zog Müller ebenso wie der Nahost- und Islamberater Michael Lüders eine ernüchternde Bilanz der Fortschritte seit dem Beginn des Afghanistankrieges 2001. Afghanistan, so Lüders, sei ein „Desaster westlicher Interventionspolitik“. Schon der Versuch, die militärische Intervention als humanitäres Engagement zu verkaufen, sei ein großer Selbstbetrug gewesen. In keinem Land der Welt sei so viel Geld in so kurzer Zeit mit so geringem Ertrag investiert worden, meinte er unter Verweis auf 700 Milliarden Euro seit 2001.

Der Leiter des Arbeitsstabs Afghanistan/Pakistan im Auswä-

tigen Amt, Philipp Ackermann, wandte sich dagegen, Fortschritte in Afghanistan auszublenden, und mahnte zu Geduld. So sei die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung und die Schulbesuchsquote der Kinder gegenüber 2001 gestiegen. Die Opfer in der Zivilbevölkerung seien zum größten Teil durch die Taliban verschuldet. Der Fortschrittsbericht, den die Bundesregierung Mitte Dezember vorlegen wolle, zeige ein durchwachsendes Bild. So sei „nicht alles gut, aber vieles ganz gut“, meinte Ackermann.

Der frühere Grünen-Bundestagsabgeordnete Winfried Nachtwei, mit 18 Besuchen in Afghanistan einer der kundigsten politischen Beobachter, mahnte, genauer hinzusehen und die regionalen Unterschiede in Afghanistan zu sehen. Allerdings betonte auch er, heute sei ein „desaströses Scheitern“ des internationalen Einsatzes möglich. (KNA)

Brauchen wir eine neue Solidarität?

Fragen zur Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft

VON BERTRAM BASTIAN

Vom Freitag, den 22. bis Sonntag den 24. Oktober 2010 fand im Bildungszentrum Kloster Banz eine Fachtagung der Hanns-Seidel-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Cartellverband der katholischen deutschen Studentenverbindungen (CV) unter dem oben genannten Thema statt.

Den Eröffnungsvortrag am Freitagabend hielt Marie-Luise Dött (Bild 1) (MdB, CDU), Bundesvorsitzende des Bundes Katholischer Unternehmer (BKU) über das Thema: „Soziale Marktwirtschaft als unternehmerische Aufgabe – Soziales ist nicht nur Staatsaufgabe“. Marie-Luise Dött stellte den ersten Teil ihres Vortrages unter die drei Begriffe Personalität – Solidarität – Subsidiarität. Ausgehend von der Katholischen Soziallehre erläuterte sie diese drei Begriffe aus gesamtgesellschaftlicher Sicht, bevor sie anhand von sechs Thesen aus der Sicht des Unternehmers die Soziale Marktwirtschaft darstellte:

- Kunde ist im Mittelpunkt (wenn als Rahmenbedingung freier Wettbewerb und funktionierender Preismechanismus gegeben sei) der Nachfrage; unbestritten ist dann aber die Solidarität für diejenigen, die am Rande der Gesellschaft stehen wie Alte, Kranke und Arbeitslose
- Unternehmer selbst, der Risiken auf sich nehmen muss, um den Betrieb zu fördern, Produktivität zu steigern, damit danach die soziale Funktion bedient werden kann
- Angestellte und Arbeiter, um die der Unternehmer sich kümmern muss, durch Weiterbildungen, Gesunderhaltung etc. Der Weg sei vorgezeichnet vom Mitarbeiter zum Mitverantwortlichen
- Geschäftspartner, die mit fairer und ehrlicher Preisgestaltung zu dauerhaften Kunden/Abnehmern würden
- Gesellschaft/Staat der durch die Abgaben/Steuern seiner Funktion gerecht werden kann. Dies geschieht nicht nur durch die Steuern des Betriebes sondern auch

durch die direkte Besteuerung der Arbeitnehmer

- Bewahrung der Schöpfung durch Nachhaltigkeit. Gewissenhafter Umgang mit den nur einmal vorhandenen Ressourcen sorgt für eine sichere Zukunft der nachfolgenden Generationen.

Für die Bundesvorsitzende des BKU stand außer Frage, dass die Soziale Marktwirtschaft als feststehender Begriff gebraucht werden sollte, nicht mit dem klein geschriebenen „sozialen“, denn es sei ein ganzes Bündel von Eigenschaften, die unsere Soziale Marktwirtschaft gestalten würden. In

Nell-Breuning sei der Staat ein gelenkter Sozialstaat, der die Wirtschaft so steuern solle, dass schon die Bereitstellung der Güter sozial gerecht sei. Dass die Hartz IV Gesetzgebung in diese Form des Sozialstaates nicht passen würde, machte Dr. Wagner an extremen Beispielen fest, die zum Widerspruch reizten. Die anschließende Diskussion zeigte dies deutlich, führte aber nicht zu einer echten Annäherung der Standpunkte.

Anschließend zeigte der Leiter des OECD-Büros¹ in Berlin Heino von Meyer (Bild 2) anhand der nüchternen Zahlen auf, dass „Wirtschaftswachs-



Bild 1: Präsidentin des Bundes Katholischer Unternehmer Marie-Luise Dött (MdB, CDU) neben den Moderatoren Dr. Norbert Mattern und Wolfgang Braun

der anschließenden Diskussion ging es nicht nur um die soziale Verantwortung des Unternehmers sondern auch um die Art und Weise, wie der BKU seine Themen „an den Mann“ brächte.

Mit dem Thema „Der Mensch im Mittelpunkt – Sozialstaat ist mehr als Existenzsicherung“ brachte am Samstagmorgen Dr. Thomas Wagner die Lehre von Oswald Nell-Bräuning (Personalität – Solidarität – Subsidiarität) aus der sozial-ethischen Dimension näher. Aus dieser Sicht von

tum um den Preis der Armut – Wettbewerbsfähigkeit über Kosten oder Innovationen“ in dieser Einseitigkeit nicht stimmen könne. Zwar sei Wachstum aufgrund von zukunftssträchtigen Innovationen eine gute Sache, aber Bildung bzw. Weiterbildung sei der wesentliche Motor des Reichtums einer Nation. Anhand seiner Zahlen, die

¹ OECD = Organisation for Economic Cooperation and Development (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)

auf der Pisa-Studie beruhten zeigte er ein äußerst nachdenklich machendes Bild von der Situation in Deutschland, die durch Schulabbrecher und Nicht-Ausgebildete geprägt würde.



Bild 2: Der Leiter des Büros der OECD in Berlin Heino von Meyer beeindruckte durch Zahlen, die umfassend präsentiert wurden

Dieser Aspekt kam nicht durch eine Statistik zustande, sondern durch verschiedene Datensammlungen, die ein- und denselben Effekt aus verschiedenen Denkrichtungen her beleuchteten



Bild 4: Der Obmann des CSU im Ausschuss „Arbeit und Soziales“ Paul Lehrieder (links im Bild) berichtete von der alltäglichen Arbeit im Parlament, Kompromisse zu finden

und immer im internationalen Vergleich. Gerade deshalb war die Quintessenz, dass es eine Bildungsarmut in Deutschland gibt, so deprimierend.

Nach dem Mittagessen machte Prof. Dr. Christoph Butterwegge (Bild 3) Anmerkungen zu einem aufgeheizten Thema: „Die Finanzierung des Sozialstaates – mehr als eine Controlling Aufgabe“. Der entwickelte Sozialstaat sei die Grundlage einer reichen Industrienation, führte Prof. Butterwegge aus. Die Finanzierungsdiskus-

sion käme viel zu kurz, kritisierte der Redner, es werde stets über die Missbräuche geredet, aber nicht über die Methoden, die Reichen und Besserverdienenden zu einem ausgewogenen Beitrag heranzuziehen. Verständlich, dass der Referent in der anschließenden Diskussion sich seiner Thesen erwehren musste. Der Austausch der Argumente war zu diesem Thema heftig und fair. Diesem Thema folgte ein Praktiker aus dem politischen Alltagsgeschäft. Der Abgeordnete des Deutschen Bundestages Paul Lehrieder (CSU) (Bild 4), Obmann seiner Partei im Ausschuss Arbeit und Soziales, berichtete aus seiner Arbeit und wie die Parteien ihre Kompromisse finden. Denn Politik sei Kompromiss, betonte der Abgeordnete in seinem Vortrag, der den Zuhörern das Machbare vor Augen führte. Aufgrund der demographischen Entwicklung sei es unabdingbar notwendig, die älteren Arbeitnehmer weiterzubilden und zu qualifizieren, damit diese länger im Arbeitskreislauf stehen könnten. Parallel dazu sei eine Bildungsoffensive dringend nötig, um das Potenzial der

Jugend nicht in ungelernte Arbeitskräfte zu vergeuden, die danach den Sozialstaat auch noch belasten würden. In der anschließenden Diskussion wurde nochmals die Forderung des Vorsitzenden des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken Alois Glück

bekräftigt, dass die Leistungen, die zumutbar sind, dem Empfänger der Sozialhilfe auch zuzumuten seien, weil ansonsten die Solidarität von der anderen Seite her ausgenutzt würde.

Der Gottesdienst am Samstagabend wurde von dem Berliner Domkapitular Ulrich Bonin in der Wallfahrtskirche Vierzehnheiligen gefeiert. Am anschließenden Fränkischen Abend wurden die kontroversen Themen des Tages aufgearbeitet und abdiskutiert. Der Sonntagvormittag ge-

hörte wiederum einem Praktiker. Prälat Karl-Heinz Zerrle (Bild 5), Landes-Caritasdirektor Bayerns und ehemaliger Militärpfarrer in Neuburg/Donau, trug vor zum Thema: „Auf-



Bild 3: Prof. Dr. Christoph Butterwegge sorgte mit seinen Thesen zur Finanzierung des Sozialstaates für eine intensive Debatte im Anschluss an seinen Vortrag

fangstation soziale Verbände – werden die freiwilligen Helfer überfordert?“ Er führte die grundgesetzlich



Bild 5: Die Vortragreihe beendete der Caritasdirektor in Bayern Prälat Karl-Heinz Zerrle, in dem er die Nöte der Bedürftigen aus der Erfahrung seiner Organisation schilderte

geregelten Aufgaben aus, dass die Wohlfahrtsverbände sich der Aufgaben des Staates annähmen und diese auf freiwilliger Basis übernehmen. Dadurch würden sich unter anderem auch die Finanzierungsfragen ergeben, da die Verbände sich nicht allein aus dem Spendenaufkommen halten könnten. Das Klientel seien die Menschen, die Katastrophen in ihrem Le-

ben nicht in den Griff bekämen, sei es Arbeitslosigkeit, Schwierigkeiten bei der pubertierenden Jugend oder Krankheit. Der Referent führte aus, dass für manchen dies gering einzuschätzen sei, aber für den Betroffenen sei es nun mal der Grund, völlig aus der Bahn zu geraten. Hier sei die Aufgabe der Caritas, helfen und beistehen bis die Krise bewältigt sei. Aus seiner praktischen Sicht der Dinge habe die Krise des Sozialstaates nicht nur eine finanzielle, sondern auch eine ethische Dimension, die scheinbar unbemerkt bliebe. Der Verlust des Familienverbundes, hervorgerufen unter anderem auch durch die Mobilität im Beruf, habe zu einer Schei-

dungsrate geführt, die erschreckend sei. Die dadurch entstehenden Probleme bei der Jugend, die durch solche Ereignisse aufs Stärkste erschüttert würde, seien in der gesellschaftspolitisch tragenden Schicht und wissenschaftlichen Untersuchung noch nicht angekommen. Mit verschiedenen Forderungen, wie zum Beispiel die Verwaltung und Bewirtschaftung der sogenannten öffentlichen Güter wie Wasser, Strom, sozialer Wohnungsbau und öffentlicher Personenverkehr stellte sich Prälat Zerrle gegen die Privatisierungsanstrengungen der letzten Bundesregierungen. Das die Probleme nicht gering seien, gab der Referent gerne zu, aber Poli-

tik müsse für die Menschen gemacht werden und nicht gegen sie, betonte er und zitierte Papst Benedikt XVI. der sagte, dass Politik immer auch durch rechtschaffene Menschen und an Werte gebundene Menschen gemacht würde, denn wertefrei Politik sei wertlos. Mit der Feststellung, dass die Caritas wieder enger mit existierenden Pfarrgemeinden zusammenarbeiten sollte, schloss der Referent seinen Vortrag. Nach einer ruhigen Diskussion über die geschilderten Problemfälle beschloss das gemeinsame Mittagessen diese interessante und lebendige Veranstaltung im Bildungszentrum Kloster Banz.

(Fotos: Bertram Bastian) □

Islam in Deutschland

VON BERTRAM BASTIAN

Nachdem laute und schrille Töne die notwendige Debatte um Integration der hier lebenden Menschen aus anderen Nationen und Kulturkreisen bisher begleiteten, wird im folgenden Artikel der Versuch gemacht, Daten und Fakten zu vermitteln, um die Gespräche über dieses sensible Thema zu versachlichen.

Geschichtlicher Hintergrund¹

Der Islam als jüngste der drei monotheistischen Religionen breitete sich zu Beginn nach Süden auf der arabischen Halbinsel aus und danach am Nordrand Afrikas bis er über die Meerenge von Gibraltar nach Europa griff. Die christliche Welt war erst in heftiger Aufruhr, als der neue Glaube die heiligen Stätten in Jerusalem eroberte. Hierauf reagierte man mit den Kreuzzügen. Die kriegerischen Auseinandersetzungen führten dazu, dass die islamische Welt in den christlichen Mitmenschen den Gegner sahen und die Christen sich gleichfalls zusammenschlossen, wenn der Islam vordrang („Türken vor Wien“).

Das christlich geprägte Europa durchlief die Aufklärung und eignete sich Begriffe wie Toleranz, bürgerliche Rechte auf der Grundlage der allgemeinen Menschenrechte und Gemeinwohl an. Die Aufklärung konnte aber

den Kolonialismus nicht verhindern und so sahen die betroffenen Muslime die christlichen Imperialisten wiederum als Unterdrücker an, die ihren Wohlstand dadurch erreichten, dass der Islam unterdrückt wurde. Die folgenschweren Terroranschläge des Jahres 2001 wurden hingegen als Bedrohung der christlichen Welt durch den Islam angesehen.

Fazit: die Christen sehen sich durch den Islam bedroht, der Islam fühlt sich von den Christen unterdrückt.

Aber nicht nur kriegerische Auseinandersetzungen prägten das Bild zwischen Christentum und Islam. In der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die Arbeitskräfte knapp und man begann Arbeitskräfte anzuwerben. Vor allem aus den noch nicht so stark industrialisierten Ländern wurden die Männer unter anderem auch nach Deutschland geworben, bis 1973 im Zuge einer europäischen Richtlinie ein Anwerbestopp für Arbeitskräfte aus Ländern außerhalb der damaligen europäischen Zone in Kraft trat. Waren bis zu diesem Zeit-

punkt die „Gastarbeiter“ noch der Überzeugung, nach einigen Jahren das Gastland wieder zu verlassen, um nach Hause zurückzukehren, so wurden jetzt die Familien nachgeholt. Die Gesellschaften reagierten auf dieses Phänomen zunächst mit Verdrängung. Was fremd war, blieb fremd und man machte geringe Anstrengungen, dies zu ändern. Was ist das Fremde?

Grundlagen des Islam

Grundlage des Islam ist der Koran. Dieser stellt für die Muslime das Wort Gottes (in arabischer Sprache) dar, ihm ist Folge zu leisten. Im Koran sind die Offenbarungen Gottes, die dem Propheten Mohammed durch den Engel Gabriel offenbart wurden, in Sureen festgehalten, die als Ordnungsmerkmal nach ihrer Länge geordnet sind. Es besteht kein inhaltlicher Zusammenhalt zwischen den einzelnen Sureen.

Wenn ein Sachverhalt in den Sureen des Korans nicht enthalten ist oder nicht endgültig geklärt ist, so wird ein Hadith zur Festlegung herangezogen. Ein Hadith ist die Überlieferung von

¹ Selbstverständlich kann hier nur allgemein auf die Auseinandersetzungen in der Geschichte eingegangen werden. Ein chronologischer Abriss würde den Rahmen des Artikels sprengen.

Anweisungen des Propheten, einer nachahmenswerter Handlung, einer Billigung von Handlungen Dritter, Empfehlungen und vor allen Dingen Verbote und religiös-moralische Warnungen. Die Summe dieser Überlieferungen ist nach dem Koran die zweite Quelle der islamischen Rechtsprechung. Die fünf Grundpflichten des Muslim sind: das religiöse Glaubensbekenntnis, das Gebet, die Almosenabgabe, das Fasten im Ramadan und die Pilgerfahrt nach Mekka.

Nach dem Tode des Propheten spaltete sich der Islam, es entstanden zunächst die Sunniten und die Schiiten. Während für die Sunniten der Führer (Kalif) aufgrund seiner weltlichen und administrativen Fähigkeiten von den Anhängern gewählt wird, ist bei den Schiiten der Führer (Imam) ein direkter Nachfahre des Propheten bzw. seines Schwiegersohnes Ali. Durch diese Herleitung hat der religiöse Führer bei den Schiiten deutlich größere Macht als ein Kalif bei den Sunniten. Aus diesen beiden Richtungen des Islam gibt es weitere Untergliederungen.

Neben den Sunniten und den Schiiten entstanden noch die „Auszügler“, die Charidschiten, die als kleinste Gruppe unter den muslimischen Gläubigen als Ibaditen bis heute in Oman leben. Die mystische Form des Islam ist der Sufismus, dessen Anhänger von puritanischen Gruppen als Ketzer angesehen werden.

Entscheidend ist allen gemeinsam, dass es keine Zentralinstanz gibt. Jede Glaubensrichtung hat ihre Deutungshoheit und ihre eigene oberste Instanz.

Kirche und Islam

In Deutschland wurde das Problem sehr früh von der Deutschen Bischofskonferenz aufgegriffen. 1982 erschien die pastorale Handreichung „Muslime in Deutschland“, die 1993 überarbeitet und als Arbeitshilfe 106 „Christen und Muslime in Deutschland“ vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz herausgegeben wurde. Nach Überarbeitung erschien als neueste Ausgabe im Jahr 2003 die Arbeitshilfe 172 „Christen und Muslime in Deutschland“, die auch als eine der Grundlagen dieses Artikels diente. Teil I ist überschrieben „Von

der Wahrnehmung bis zur Begegnung“ und erklärt ausführlich den Islam, die Unterschiede zwischen Muslime und Christen, die Stellung der Christen und Muslime in der Gesellschaft sowie das Zusammenleben von Christen und Muslime im säkularen Rechtsstaat. Gerade der zweite Abschnitt in diesem Teil „Glauben und Handeln – Was verbindet, was unterscheidet Muslime und Christen“ ist für einen ernsthaften Dialog zwischen Gläubigen entscheidend, denn nur von einer soliden Basis aus kann man das Gespräch glaubwürdig führen. Im Teil II werden explizit Einzelfragen behandelt, die von der Beschneidung der Männer und Frauen bis zur Schächtung der Opfertiere reichen.

Im Jahre 2008 wurde vom Sekretariat der deutschen Bischofskonferenz in ihrem Auftrag die Arbeitshilfe 170 „Leitlinien für das Gebet bei Treffen von Christen, Juden und Muslimen“ veröffentlicht. Hier werden nicht nur theologische Grundlagen gelegt, sondern auch Hinweise für die Durchführung von religiösen Begegnungen von Christen, Juden und Muslimen gegeben.

Das Zentralkomitee der Deutschen Katholiken hat den Gesprächskreis „Christen und Muslime“ seit dem Jahr 2000 eingerichtet. Er setzt sich aus elf Christen und acht Muslimen zusammen. Bislang hat dieser Gesprächskreis die Erklärung: „Islamischer Religionsunterricht als Chance für Integration und Dialog“ veröffentlicht. Dabei wird gefordert, den Islamunterricht in deutscher Sprache an den Schulen einzusetzen, um so die jungen Muslime besser in die Gesellschaft zu integrieren. Das Hauptproblem liegt hier im Curriculum: Wer erstellt dieses? Wer überwacht die Erreichung der Unterrichtsziele? Wer unterrichtet, bzw. erhält die Lehrbefähigung?

Staat und Islam

Die größte Aufmerksamkeit aller staatlichen Maßnahmen stellt die Deutsche Islamkonferenz (DIK) dar. Den Zeitraum 2006 bis 2009 bezeichnet man auch als die erste Phase der deutschen Islamkonferenz. Hierbei tagte die Konferenz auf zwei unterschiedlichen Ebenen. Drei Arbeitsgruppen und ein Gesprächskreis tag-

ten im 2-monatigen Rhythmus und erarbeiteten Positionen und Empfehlungen, die das Plenum bei seinen halbjährlichen Treffen diskutierte. Das Plenum setzte sich aus 30 Personen zusammen: 15 von der staatlichen Seite von der Bundes- über die Landes- bis zur kommunalen Ebene. Von der muslimischen Seite waren fünf Vertreter von muslimischen Verbänden sowie zehn Einzelpersonlichkeiten. Da es keine Zentralinstanz auf Seite der Muslime gibt, war so gewährleistet, dass die Vielschichtigkeit der islamischen Landschaft in Deutschland abgebildet wurde. Von der Bundesebene waren im ersten Plenum vertreten: das Bundeskanzleramt, das Auswärtige Amt, die Bundesministerien für Arbeit und Soziales, für Justiz, der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien sowie die Integrationsbeauftragte. Von der Länderebene waren vertreten: das Bayerische Staatsministerium des Inneren, die Senatsverwaltung für Inneres aus Berlin, das Ministerium für Frauen und Bildung aus Schleswig-Holstein sowie das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus, das Hessische Innenministerium konnte zu dieser Sitzung keinen Vertreter entsenden.

Auf der muslimischen Seite waren von der Verbandsebene vertreten: die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (Diyanet İşleri Türk İslam Birliği, abgekürzt DITIB), der Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD), der Verband der islamischen Kulturzentren e.V., die Alevitische Gemeinde Deutschland e.V. sowie der Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland.

Die DITIB ist ein in den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts gegründeter Dachverband von Moscheevereinen. Da die islamischen Organisationen nicht als „Kirche“² anerkannt sind, helfen sie sich durch Vereinsgründungen. In der DITIB sind über 800 Moscheevereine vereinigt. Da DIBIT ein Tochterunternehmen des Diyanet İşleri Başkanlığı (Präsidium für Religionsangelegenheiten, abgekürzt mit Diyanet) ist, werden die Imane von der Türkei nach Deutschland geschickt und verfügen meistens nur

² Siehe AUFTRAG 266, Seite 60 Artikel von Ansgar Hense „Religionsgemeinschaft Islam?“

über unzureichende Sprachkenntnisse. Diyanet ist in dem laizistischen Staat Türkei eine staatliche Einrichtung zur Verwaltung religiöser Angelegenheiten und direkt dem Ministerpräsidenten unterstellt. Gleichzeitig ist es die höchste islamische Autorität des Landes ist.

Der Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD) vertritt überwiegend nichttürkische Muslime in Deutschland und hat zwischen 15.000 und 20.000 Mitglieder. Somit vertritt auch er nur eine kleine Minderheit in der großen Menge von Muslimen in Deutschland, auch wenn er anders auftritt.

Der Verband der islamischen Kulturzentren in Deutschland (VIKZ) wurde 1973 in Köln gegründet und versteht sich als politisch neutral. Der Verband kümmert sich hauptsächlich um religiöse, soziale und kulturelle Bedürfnisse von Muslimen. Der Verband gehörte zu den Gründungsmitgliedern des ZMD, trat aber 2000 aus. Ihm gehören ca. 300 Moscheevereine in ganz Deutschland an.

Der Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland (IR) gehört neben dem kleineren ZMD zu den bedeutendsten Dachverbänden der Muslime in Deutschland. Er vertritt ca. 37 Verbände mit 40.000 bis 60.000 Mitgliedern. Auch er kümmert sich hauptsächlich um die religiöse Unterweisung der jungen Muslime, die nach wie vor in Deutschland hauptsächlich nicht in den öffentlichen Schulen – und damit kontrollierbar – vorgenommen wird, sondern in eigenen islamischen Akademien, eigenen Schulheimen oder in normalen Gebäuden. Eine Übersicht über Lehrpläne besteht nicht, da jede eigene Glaubensrichtung ihre eigenen Vorstellungen in ihren Unterrichtungen vorzieht.

Um die Vielschichtigkeit der islamischen Landschaft in Deutschland abzubilden, sind den Vertretern dieser Verbände weitere zehn Einzelpersonlichkeiten zur Seite, wie zum Beispiel im ersten Plenum die Ärztin und Vorsitzende des Deutsch-Türkischen Clubs Dr. Ezhar Cezairli oder die bekanntere Autorin und Soziologin Dr. Necla Kelek.

Unterhalb des Plenums arbeitet die DIK in drei Arbeitsgruppen mit

den Titeln: Deutsche Gesellschaftsordnung und Wertekonsens, Religionsfragen im deutschen Verfassungsverständnis und Wirtschaft und Medien als Brücke. Der Gesprächskreis Sicherheit und Islamismus hat einen anderen Status als die Arbeitsgruppen und auch weniger Mitglieder. Er behandelt das sensible Thema wie Muslime und deutsche Sicherheitskräfte zusammenarbeiten können, um Gefährdungen durch den militanten Islamismus zu verringern. Bei den Themen war es nicht verwunderlich, dass in den vier großen Plenumsitzungen keine „großen Würfe“ zu verabschieden waren. Immerhin einigten sich die Teilnehmer und verständigten sich auf eine gemeinsame Wertebasis und ein gemeinsames Verständnis von Integration. Diese verlangt Zuwanderern „ein höheres Maß an Anpassung ab, insbesondere an die auf Recht, Geschichte und Kultur Deutschlands beruhenden Orientierungen der Aufnahmegesellschaft.“

Insgesamt wurden von den Teilnehmern als Ergebnis dieser ersten Phase fünf Thesen, die den gemeinsamen Wertekonsens verdeutlichen sollen:

- ein friedliches und respektvolles Zusammenleben braucht Integration
- Integration ist mehr als Deutsch lernen
- Grenzen setzen, um Freiheiten zu garantieren
- Verantwortung übernehmen – Demokratie leben
- Wissen vermehren – Forschungsdefizite verringern

Aufgrund dieser erfolgreichen ersten Phase wurde im Koalitionsvertrag die Fortsetzung der Deutschen Islamkonferenz festgeschrieben. Das Modell in drei Arbeitsgruppen und einem Gesprächskreis einem Plenum zuzuarbeiten wurde beibehalten, ebenso wie die Titel dieser Gremien.

Problem Menschenrechte

Die Resolution 217 A (III) vom 10.12.1948 der Vereinten Nationen verkündete „Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“. Nach einer Präambel erklärt die Völkergemeinschaft in 30 Artikeln die unveränderlichen Rechte und Freiheiten der Menschen. Man könnte der Mei-

nung sein, dass dies eigentlich genügen würde. Trotzdem verabschiedeten 1990 die 45 Mitglieder der Organisation der Islamischen Konferenz in Kairo (höchstes weltliches Gremium der Muslime) die „Menschenrechte im Islam“. Darin kann man ähnliche Formulierungen lesen wie in der Erklärung der VN, jedoch endet die Kairoer Erklärung der Menschenrechte im Islam mit den Artikel 24 und 25:

- „Artikel 24:
- Alle Rechte und Freiheiten, die in dieser Erklärung genannt wurden, unterstehen der islamischen Scharia.
- Artikel 25:
- Die islamische Scharia ist die einzig zuständige Quelle für die Auslegung oder Erklärung jedes einzelnen Artikels dieser Erklärung.“

Somit gibt es kein naturgegebenes Recht des Menschen, im Islam gibt es nur die Auslegungen der Scharia, die zudem in fünf Ausprägungen unterschiedlich gehandhabt wird.

Problem „Ausbildung der Ausbilder“

Für die christlichen Priester und jüdischen Rabbiner gibt es Hochschulen, die nach wissenschaftlichen Standards ein universitäres Studium der jeweiligen Theologie durchlaufen und Prüfungen ablegen. Im Islam gibt es keinerlei derartige Einrichtungen. Es gibt Glaubensschulen, die ihre unterschiedlichen Auffassungen nach den Lehren des jeweiligen Ayatollah lehren, aber keine wissenschaftliche Reflektion. Es gibt Lehrstühle für Islamwissenschaft, die aber seit 1985 nicht erweitert wurden obwohl die Anzahl der Studierenden um 60 % gestiegen ist.³ Diese beschäftigen sich mit dem Islam als Religion, Kultur und als politische Richtung, bilden aber keine Geistlichen aus. Erst ab dem Wintersemester 2011/2012 sollen an den Universitäten Münster – Osnabrück gemeinsam sowie an der Universität Tübingen Islamstudiengänge eingerichtet werden, die eine Ausbildung von muslimischen Geistlichen in Deutschland ermöglichen sollen.

³ „Das ungeklärte Selbstverständnis der Islamwissenschaft“ Reinhard Schulze in der FAZ am 11.11.2010

Diese Fakultäten müssten sich dann der wissenschaftlichen Reflektion der Religion des Islam widmen, um eine Keimzelle einer islamischen Aufklärung zu werden. Leicht wird es nicht werden, aber man kann hoffen.

Quellen:

- Klaus Ebeling (Herausgeber), „Orientierung Weltreligionen – eine Handreichung“, Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr
- Willi Bühler, Benno Bühlmann, Andreas Kessler (Hrsg.), „Sachbuch Religionen“, db-Verlag
- Sven Gareis, Gunter Geiger (Hrsg.), „Internationaler Schutz der Menschenrechte“, Verlag Barbara Budrich
- Necla Kelek, „Himmelsreise“, Verlag Kiepenheuer und Witsch
- Arbeitshilfen 170 der Deutschen Bischofskonferenz „Leitlinien für das Gebet bei Treffen von Christen, Juden und Muslimen“
- Arbeitshilfen 172 der Deutschen Bischofskonferenz „Christen und Muslime in Deutschland“
- Kairoer Erklärung der Menschenrechte im Islam
- www.deutsche-islam-konferenz.de

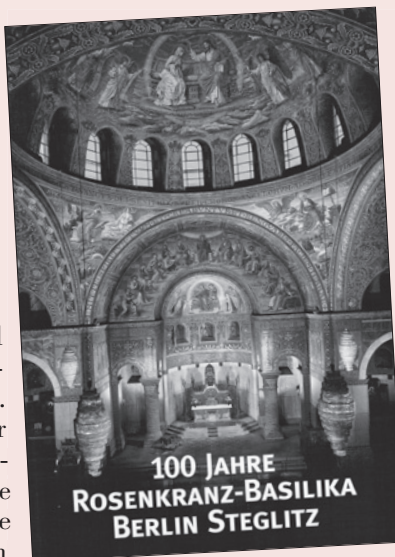
Kirche in Berlin:

Rosenkranz – Basilika

Wenn die Katholische Militärseelsorge in Berlin-Steglitz tagt, dann wird meistens nach Absprache mit Pfarrer Dr. Andrej N. Desczyk die Rosenkranz-Basilika in der Kieler Straße für die Laudes, Vesper und die Gottesdienste genutzt. Dabei richtet man sich – soweit der Tagungsverlauf es zulässt – nach den Zeiten der Gemeinde, um zusammen zu feiern und zu beten. Die beeindruckende Basilika war somit während der Jahresversammlung des Apostolat Militaire International (AMI) und während der 55. Gesamtkonferenz der Katholischen Militärseelsorger, Pastoralreferentinnen und -referenten im Blickfeld der Gläubigen. Gerade während der Versammlung des AMI erregten die ausländischen Gäste mit ihren Uniformen das Interesse auch der Berliner Passanten, die häufig nachfragten „was denn hier los sei“.

Am 11.11.1900 wurde die neue Pfarrkirche „Maria, Königin des Hl. Rosenkranzes“ von dem damaligen Fürstbischof von Breslau Georg Kardinal Kopp geweiht. Gebaut wurde die Kirche von dem Baumeister und Hochschullehrer Christoph Hehl (1874 – 1911). Von außen erscheint das Bauwerk märkisch-mittelalterlich mit dem charakteristischen Turmquerriegel fast aller Kirchenbauten in Brandenburg und dem Ziegelmauerwerk. Der ausgemalte Innenraum hingegen erscheint dem Betrachter italienisch, keine Spur mehr von den Ziegelwänden, sondern völlig verputzt und komplett von unten nach oben ausgemalt (siehe das Titelbild der Festschrift „100 Jahre Rosenkranz-Basilika in Berlin-Steglitz“). Der Hochaltar wurde von Wilhelm Haverkamp (1864 -1929) als Modell erschaffen und von der „Galvanoplastischen Kunstanstalt Geislingen-Steige“ umgesetzt. In Wiedenbrück (bei Bielefeld in Westfalen gelegen) entstanden für die Rosenkranz Kirche die Kanzel, die Beichtstühle, die Kommunionbank, die Sakristeiausstattung und die Portale sowie weitere kleinere Details an

den Bänken und Brüstungen in Eichenholzausführung. Die Ausmalung des Bauwerkes geschah nach den Planungen von Friedrich Stummel (1850-1919), der sich eng mit dem Architekten Hehl und Pfarrer Deitmer¹ abstimmte. Da Stummel in der Ausmalung der Marienwallfahrtskirche in Kevelaer seine Lebensaufgabe sah, übernahmen auch andere Werkstätten die Ausführung nach seiner Planung. Hauptmotiv der Ausmalung sind die 15 Geheimnisse des Rosenkranzes, die sich zu je fünf in den freudreichen, schmerzhaften und glorreichen Ro-



senkranz aufteilen. Die Geheimnisse des glorreichen Rosenkranzes schmücken die Hauptachse der Kirche vom Eingangsbereich bis zum Altar, den freudreichen Rosenkranz findet man im rechten Querhausarm, den schmerzhaften im linken Querhausarm.

Papst Pius XII erhob die Kirche 1950 in den Rang einer „Basilica Minor“. Keine Beschreibung ersetzt das Anschauen und das Verweilen in diesem außerordentlichen Gotteshaus, das im letzten Krieg nicht zerstört wurde und nach dem Zusammenbruch 1945 der Mittelpunkt des Katholischen Lebens in Berlin war. (BB)

Quelle: Festschrift „100 Jahre Rosenkranz-Basilika Berlin-Steglitz“, SERVI-Verlag 2000, ISBN 3-933757-03-7

¹ Pfarrer Dr. Josef Deitmer (1865-1929), erster Pfarrer der Gemeinde ab 1895 bis 1920, ab 1923 Weihbischof in Berlin, war maßgeblich am Zustandekommen dieses Sakralbaus beteiligt

Jahreshauptversammlung in Deutschland

Vom Sonntag, den 26. September bis Freitag, den 1. Oktober tagte in Berlin die Jahreshauptversammlung des Apostolat Militaire International (AMI), dessen Präsident zurzeit der deutsche Brigadegeneral Reinhard Kloss ist. Delegationen aus dreizehn verschiedenen Nationen trafen sich in der Bundeshauptstadt. Während dieser Tagung wurde die Erklärung von Rom des AMI aus dem Jahr 2000 fortgeschrieben, der Zeit angepasst und als Berliner Erklärung 2010 verabschiedet. Im Folgenden werden die Berliner Erklärung im Original abgedruckt. Die Bilder sollen einen Eindruck dieser Tagung vermitteln, die von Seiten des Bundesministeriums der Verteidigung nicht nur durch ein Grußwort des stellvertretenden Generalinspektors GenLt Günter Weiler wahrgenommen wurde. Der parlamentarische Staatssekretär Christian Schmidt (CSU) hielt als Höhepunkt der Tagung den Vortrag, was der Staat von seinen Soldaten erwartet, stellte sich der anschließenden Diskussion und nahm sich viel Zeit für die internationalen Teilnehmer der Tagung. (Text und Fotos: Bertram Bastian)



Der Präsident des Apostolat Militaire International Brigadegeneral Reinhard Kloss bei der Begrüßung der Gäste am Sonntagabend



In Vertretung des Ministers begrüßte am Montagvormittag der stellvertretende Generalinspekteur der Bundeswehr Generalleutnant Günter Weiler die Delegations aus den 13 verschiedenen Nationen zu Beginn der Tagung

Militärgeneralvikar Apostolischer Protonotar Walter Wakenhut als Leiter der Deutschen Katholischen Militärseelsorge begrüßte die Teilnehmer, der Leitende Militärdekan Wolfgang Schilk hielt anschließend den Vortrag über Aufbau, Gliederung und Besonderheiten der Deutschen Katholischen Militärseelsorge



Brigadegeneral Reinhard Kloss im Gespräch mit dem Militärbischof der Philippinen S.E. Leopold Tumalak



Das Präsidium leitet souverän durch die Tagung. Von rechts: Präsident Brigadegeneral Reinhard Kloss, Generalsekretärin Nelleke Swinkels – van de Vorst und der Verbindungsoffizier der Armee Österreichs Oberstleutnant Michael Jedlička



Der Leiter des Institutes für Theologie und Frieden in Hamburg, Prof. Dr. Heinz-Gerhard Justenhoven (hier im Gespräch mit dem Bundesvorsitzenden der Gemeinschaft Katholischer Soldaten Oberstleutnant Rüdiger Attermeyer), hielt den Vortrag, was die Gesellschaft vom Soldaten im dritten Jahrtausend erwartet (auf der Vortragssprache Englisch bei der Redaktion abzurufen)



Aufmerksame Zuhörer im Plenum hörten interessante Vorträge zum Thema: „Soldat im 3. Jahrtausend“



Vor dem Vortrag des parlamentarischen Staatssekretärs legten die Delegationen einen Kranz am Ehrenmal der Bundeswehr im Bendlerblock nieder. Im Bild die Ehrenwache vor dem Ehrenmal



General Karl-Heinz Lather (rechts im Bild) trug über die Perspektive des Soldaten im dritten Jahrtausend vor und fügte aus seiner langjährigen Erfahrung in NATO-Verwendungen Beispiele aus seiner Dienstzeit dazu

Der parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung Christian Schmidt (CSU, rechts im Bild) hielt den Vortrag zu der Perspektive, was die Regierung von einem Soldaten des dritten Jahrtausends erwartet, die anschließende Diskussion moderierte der Präsident AMI, Brigadegeneral Reinhard Kloss (links im Bild)



Berliner Erklärung 2010 des AMI

The Christian Soldier in the Service of Just Peace

Declaration of the AMI General Assembly, Berlin, October 2010

Introduction

1. As the third millennium dawned, His Holiness Pope John Paul II began his address on World Peace Day 2000 with the timeless Christmas salutation of the angels, „Peace on Earth to all people in whom God delights!“ (Luke 2:14). Using The Holy Father's subsequent message as a foundation, The Apostolat Militaire

International (AMI) examined how the profound message of peace and universal human kinship might best be advanced by Christians serving in the armed forces of the world, issuing a declaration from its General Assembly in Rome 15 November 2000.¹

¹ The Catholic Soldier at the Beginning of the 3rd Millennium – Declaration of the AMI General Assembly, Rome, 15

2. Any position formulated in an environment of change becomes less relevant with the passing of time. During its 2009 General Assembly, AMI assessed what significant changes had taken place in the ensuing decade. A working group and timetable were established to carry findings forward

November 2000

with a view to revising the former declaration for publication at the 2010 General Assembly in Berlin.

Defining Factors

3. *Global Phenomena.* – The decade has seen increasing foreboding regarding worldwide climate change and a high incidence of natural disasters that are thought to be linked to human activity. Globalisation, the integration of trade and economics across the world, has engendered a mixing of cultures that could bring humankind closer to the ideals of the Universal Declaration of Human Rights² and the aspirations of the modern church. However, self interest and protectionism are leading to further economic disparity and unprecedented migratory pressures on the chronically disadvantaged. Although emerging markets have brought greater prosperity to some former and newly industrialised nations, there remain countries where absolute poverty persists with the attendant debt, instability, and increasing population.

4. *Secularism.* – In the West aggressive secularism has, in the latter part of the 20th century, challenged many of the fixed moral and ethical norms of two Christian millennia. However, it is recognised that in failing to live up to the ethical standards of the gospel, the church as an institution and individual Christians have caused disillusionment and even contributed to the tendency to secularism. Now, ten years into the 21st century, the inherent uncertainties carried forward are overlaid with a decade of seismic changes in the world political, religious and economic orders.

5. *Information Technology.* – During the decade, the internet moved into new dimensions. Burgeoning social network sites emphasised and elevated individuality, super search engines placed an unprecedented store of knowledge at the fingertips of all. Simultaneously however, the World Wide Web's insidious dangers have increased with negative influences in morality and integrity.

6. *World Financial Crisis.* – Cyber buying and selling of assets for short

term gain made possible massive, speculative and unsecured gambles with borrowed money. National and international regulating bodies neither recognized nor moderated this fatally flawed finance which was centered on individual gain for an unscrupulous few who brought some entire states to the brink of ruin. The present generation, having bailed out the banking system, is now mortgaged to this mixture of recklessness and incompetence.

7. *New wars.* – Many of today's armed conflicts are internal, in some cases related to a loss of power in weak or failed states, to organized crime, or rebel and insurgent groups operating across borders. These conflicts are often characterised by escalating cruelty, war crimes, the use of child soldiers, economic exploitation and distorted political or religious ideologies. Any peace keeping force deployed in such circumstances enters a labyrinth of ambiguity.

8. *Terrorism.* – Although terrorism has, historically, left its scars on societies worldwide, the unprecedented horror of the attack on the twin towers in 2001 laid a depraved foundation on which many terrorists sought to build in the subsequent years of the decade. The event precipitated a military and ideological conflict that has seen a dramatic rise in asymmetric warfare which is prosecuted across borders but is not primarily between states. The damage to international cohesion has been immense, the continuing attrition in lives tragic, and the economic effects devastating.

Defining Effects for the Christian³ Soldier

9. The post-modern view of life, accentuated by the destabilising events of the decade, has further diminished reliance on established norms of religion and philosophy. Loyalties to a corps, a cause or a country and acceptance of military discipline have become harder to establish. Conversely, a society with a healthy

scepticism about authority may, in itself, be a subtle form of conflict prevention with people less disposed to follow where confrontational politicians lead.

10. In addition to the increasing uncertainties in civil society, there is a considerable gap between the political process and the practical implementation of deployment for the military. Whilst accepting the hazards of death, injury and long term trauma, soldiers must respond to commitments with resources that do not keep pace with changing operational situations. Progress is often slow and exit strategies poorly defined.

11. Christian Soldiers on active duty in multinational forces are expected to exercise inter-cultural competence and moral integrity but may be increasingly distanced from, and doubtful about, the political initiatives that deployed them. This is especially so where a military initiative alone cannot resolve a complex crisis and where intervention may be misconstrued as prosecuting a „Holy War“.

12. Strategic goals are not decided by soldiers however, tactical implementation of the political will may fall to military commanders who may be held responsible for the consequences of actions in the field although not for the moral justification of the mission. Similarly, military chaplains cannot be the moral arbiters of military missions or of their consequences though they may be the only ones who can offer independent moral, ethical and spiritual advice and consolation when a unit or individuals are faced with operational dilemmas and unanswerable questions.

13. Whilst an individual soldier may conduct himself in a manner worthy of his faith, embedded spiritual and moral leadership must augment the undoubted courage and skills that soldiers take to areas of conflict and tension. Nations, whose historic Christian traditions are fast evaporating, are under greater moral examination than ever before as they commit forces to hostile theatres or seek to keep a fragile peace in the presence of underlying injustice or entrenched polarised positions. Legal analysis and human rights scrutiny are perpetually present.

² United Nations General Assembly, Universal Declaration of Human Rights, 10 December 1948, e.g. article 20

³ Although prepared under the auspices of AMI, this paper offers a perspective considered common to Christians of most denominations therefore „Christian“ has been used rather than „Catholic“ where appropriate

14. The Christian soldier, subject to all the pressures of his society and caught in the maelstrom of recent events, is in need of some waypoints to mark his path, to define his approach to duty and to make his contribution to a just peace. The foregoing paragraphs address the present situation. The following paragraphs offer advice on the calling of Christians as soldiers.

Understanding the Perspective

15. In every Christian debate about war, the defining perspective must be peace, peace that results from justice based on respect for human dignity and paves the way to universal brotherhood. The New Testament declares a timeless message of peace on earth, *„Peace on Earth to all people in whom God delights!“* (Luke 2:14) The Universal Declaration of Human Rights says, *„All human beings are born free and equal in dignity and rights. They are endowed with reason and conscience and should act towards one another in a spirit of brotherhood.“*⁴

16. His Holiness Pope John Paul II also declared, *„For the Catholic faithful, the commitment to build peace and justice is not secondary but essential. It is to be undertaken in openness towards their brothers and sisters of other Churches and Ecclesial Communities, towards the followers of other religions, and towards all men and women of good will, with whom they share the same concern for peace and brotherhood.“*⁵

17. Peace as the main objective in the military field has been emphasized throughout the history of Christian thinking. St Augustine of Hippo said, *„Peace should be the object of your desire. War should be waged only as a necessity and waged only that through it God may deliver men from that necessity and preserve them in peace. For peace is not sought in order to kindle war, but war is waged in order to obtain peace. Therefore even*

*in the course of war you should cherish the spirit of a peacemaker.“*⁶

18. Peace as the ultimate perspective of political and military action is not just the absence of war. From a Christian point of view peace is a gift, the totality of life God has promised us. Peace in its Biblical context is always associated with the pursuit of the common good and justice for all. Pope Pius XII chose the words, *„Opus iustitiae pax“* as his motto, *„Peace as a work of justice.“* Pope John Paul II added the concept of solidarity, *„Opus solidaritatis pax“*, peace as the fruit of solidarity, – and combined both concepts in the motto, *„Opus iustitiae et solidaritatis pax“*, peace as the product of justice and solidarity. Both are necessary if mankind is to become a global community capable of co-existence⁷

19. Thus, according to Pastoral Constitution *„Gaudium et spes“* of the Second Vatican Council, *„Those too who devote themselves to the military service of their country should regard themselves as the agents of security and freedom of peoples. As long as they fulfill this role properly, they are making a genuine contribution to the establishment of peace.“*⁷

Steps in Advancing the Cause of Peace

20. **The first step** in advancing the cause of peace is, therefore, to protect the moral restraints of our defining principles for engaging in armed conflict and to apply them rigorously when hostilities seem to be a possibility, when engaged in conflict and in its aftermath. Catholic teaching emphasizes that military action should only be the last resort, when all peaceful means have proved to be unsuccessful. Further just peace criteria are: Legitimate cause and authority, chance of success and the existence of a just political concept acceptable for all parties of the conflict. Civilians have to be protected, military means must be used according the principles of military necessity, proportionality,

discrimination and humanity. Soldiers in every part of the command chain are accountable for their actions during military operations. Just peace responsibilities in post conflict scenarios include contribution to reconstruction, compliance with peace treaties and international regulations, dialogue and reconciliation.

21. Allied to our commitment to these moral criteria must be continued development regarding international humanitarian law and the fostering of the orderly institutions essential for a just peace. The rise of asymmetric conflict in which only one side may be restrained by moral and legal strictures does not absolve us from further cultivating an humanitarian morality that has its roots firmly planted in Christian ethics.

22. **The second step** in advancing the cause of peace is, therefore, a diligent dialogue to improve and make more relevant these just peace criteria in our contemporary situation.

23. Discussions at the 2009 AMI General Assembly indicated that the celebrity centred social attitudes of the last decade have increased the tendency to regard the aggressive assertion of self as a desirable quality. Thus, in much of modern society, the Christian standard is inverted and a root cause of conflict is insidiously and increasingly woven into our cultures.

24. **The third step** in advancing the cause of peace is, therefore, a recognition that the seeds of hostility are within us all and lie dormant even in the noblest soul. Any quest for peace and brotherhood must therefore begin in the heart of the individual, cultivating the seeds of peace and suppressing the roots of bitterness.

25. There are many others causes of conflict. Wars over historic identity, political or religious dogma, territory, resources, injustice, human needs and human rights continue and may have aggressive or defensive motives. The more fundamental the opposing positions, the less room for mutual accommodation, and the greater likelihood of intractable hostilities and unremitting inhumanity. The totalitarian, regimes of the 20th century inflicted a dogmatic atheistic slaughter on millions and the historic path of the Church has seen its share of violence in the name

4 United Nations General Assembly, Universal Declaration of Human Rights, 10 December 1948, article 1

5 Message of His Holiness Pope John II for the Celebration of the World Day of Peace, 1 January 2000, paragraph 20

6 St Augustine, Letter to Boniface, epistle 189, 6

7 Pastoral Constitution on the Church in the Modern World, *Gaudium et Spes*, promulgated by His Holiness Pope Paul VI, 7 December 1965, paragraph 79

of God that would, today, be rejected by Christians of all persuasions.

26. **The fourth step** in advancing the cause of peace is, therefore, a willingness to understand and accommodate other perspectives and an avoidance of negative typecasting in unfamiliar cultures much in concert with the theme of inter-cultural competence developed at the AMI 2009 General Assembly.

27. Exponential population growth, polarisation of religious extremes, relentless global warming, increasing wealth disparity and the rapid decline in natural resources have the potential, singly or in combination, to start conflicts of low intensity that may cause the failure of fragile states and quickly escalate as insurgent opportunists fill political vacuums. The dangers are multiplied when there is a possibility that chemical, biological or nuclear weapons may fall outside the control of stable governments.

28. **The fifth step** in advancing the cause of peace is, therefore, international mediation or intervention, preferably UN authorised, to pacify unstable situations with the role of military forces extending beyond conventional national defence and alliances.

29. This requires a comprehensive approach, integrating diplomatic, military, civil, legal, social and economic agencies. Military intervention in this context is a demanding task, must be carefully prepared, properly equipped and quickly followed by a just settlement in which the indigenous people are the greatest shareholders.

30. Understanding a cause and nature of conflict does not, of itself, effect a cure. Prevention lies in identification of latent hostility before escalation progresses through low, high and unrestrained violence. More options exist early in the conflict cycle.⁸ This requires an upstream approach, with political and diplomatic antennae tuned to receive the signals of impending violence and appropriate contingency resources standing ready to respond in mediation or intervention.

31. In theory, international law recognises only three legal criteria for waging war: self defense, defense of an

ally, or under UN sanction. Although military forces in coalition have been authorised to intervene many times historically under the auspices of the UN as observers and to provide a cordon sanitaire between belligerents, the turbulence of the first decade of the new millennium has necessitated an increased need for more assertive operations. Although national politicians and defence chiefs will always have an eye on national defence interests, the employment of military forces is now directed towards international peacekeeping rather than conventional defence or the projection of national power. It is in this turbulent and complex arena that today's soldier has to manoeuvre, morally as well as militarily!

32. Professor Gustav Däniker coined the term „miles protector“ in 1992 following the Gulf War of 1991 and summarised the emerging tasks of the future soldier as „protect, aid, rescue“ („Schützen, Helfen, Retten“).⁹ The soldier, whose core task is combat, remains ever adaptable and, with a some sad exceptions, added this composite role to his repertoire, though initially more by intuition than training. It might be observed that a soldier, be he Private or General, with an appreciation of Christian ethics or indeed a personal Christian commitment, might be better placed to encompass such an expansion. In these things, historic Catholic, Orthodox and Protestant intuitions coincide.

– Pope John Paul II (World Day of Peace 1 January 2000), „*Clearly, when a civilian population risks being overcome by the attacks of an unjust aggressor and political efforts and non-violent defence prove to be of no avail, it is legitimate and even obligatory to take concrete measures to disarm the aggressor.*“¹⁰

– St Cyril (Russian Orthodox Church teaching on War and Peace, Arch Priest Fr Konstantin Tatarintsev) „*We generously endure offences caused us as private peo-*

9 Cf. Gustav Däniker, Wende Golfkrieg. Vom Wesen und Gebrauch künftiger Streitkräfte, Frankfurt am Main 1992, 170f

10 Message of His Holiness Pope John II for the Celebration of the World Day of Peace, 1 January 2000, paragraph 11

ple but in company we defend one another and give our lives in battle for our neighbours.“¹¹

– Martin Luther, „*Let no Christian call for or use the sword for his own sake. Rather, let him call for and use the sword for others, to defend against evil and protect righteousness.*“¹²

33. The paradox of fighting efficiently and simultaneously guarding human rights and dignity remains. The 2002 Conference of the Austrian Military Ordinariate's Institute for Religion and Peace concluded that the dilemma is exacerbated by a growing recourse to cyber weapons with high level technology and low level discrimination.¹³ It may be ameliorated however if timely military action by well trained soldiers is accompanied by an instinctive ethical reaction.

34. Coalescing elements of international military forces, indigenous security forces and civil institutions is an ethical and ethnic challenge that must be addressed in parallel with peace making, peace keeping, restoration and reconstruction.

35. **The sixth step** in advancing the cause of peace is, therefore, appropriate training and familiarisation for deploying forces in the cultural conditions prevailing in a possible theatre of operations. Such familiarisation is equally important between deploying allies, indigenous populations and potential enemies.

36. The church has referred repeatedly to human dignity and underlined its universal validity for all cultures as an indispensable prerequisite for justice and peace. Pope Benedict XVI (Nicosia, 14 June 2010) points out the specific relation between human rights, human dignity, justice and peace, „*By being respectful of the rights of persons and peoples we protect and promote human dignity. When the policies we support are enacted in har-*

11 Russian Orthodox Church Teaching – Arch Priest Fr Konstantin Tatarintsev, War and Peace, paragraph VIII.2

12 Temporal Authority: To What Extent It Should Be Obeyed – Letter to Lord John, Duke of Saxony, Martin Luther, from Wittenberg 1 January 1523

13 „The Ethical Profile of Soldiers Facing the Challenges of a Culture of Peace“, Conference of The Austrian Military Ordinariate's Institute for Religion and Peace, 9 October 2002

8 Saferworld, LU 04.03, The Conflict Cycle, 2004

mony with the natural law proper to our common humanity, then our actions become more sound and conducive to an environment of understanding, justice and peace.”¹⁴ In 1984, Pope John Paul II addressed soldiers and their responsibility for the highest human good, „Learn from the Cross of Christ and his dedication, how to truly serve humanity and your people!”¹⁵

37. In most simulated scenarios, there is a „staff solution“, the Hollywood happy ending. In reality, many decisions in the field amount to a choice between evils where the commander, for whom hesitation may be fatal, knows his judgment could be aggressively scrutinised in protracted legal action and media analysis. No matter how devoted to his military calling or true to his faith, an officer who is unprepared beforehand and unsupported afterwards in such tragic dilemmas will suffer lasting mental scars.

38. **The seventh step** in advancing the cause of peace is therefore focused on operational preparation with loyalty to and support for those constrained to make operational choices all of which may have tragic outcomes. Those burdened with such responsibilities must never be abandoned by the authorities that commit them to such situations of moral ambiguity.

Guidelines for the Christian Soldier

39. The following guidelines should shape the self-perception and the conduct of all Christian soldiers today with particular emphasis on those who have leadership and training responsibilities:

- Deeply rooted faith – We strive to live by Christian precepts and to profess our faith in Jesus Christ, our membership of His Church, our solidarity with other confessing Christians and to contribute to being the Church amongst soldiers. We believe in both the freedom of and support for religion in the armed forces of the world.

- Moral engagement – In the execution of our duty, we recognise the lawful authority of our nations and of the alliances that govern defence policy. We also recognise that, as well as being under authority, we may hold delegated authority over others. Our actions are bound by national and international laws and conventions, overarched by the moral standards implicit in our ethical criteria. A command must come from a lawful authority and must itself be lawful and morally just. Obedience is thus conditional on legality. The soldier should have sufficient confidence in his faith and conscience to challenge orders deemed to be unlawful or unjust, to defend his position and to live with the consequences of either vindication or conviction.
- Political awareness – We support democracy, human rights and the rule of law, taking an active part in the democratic process within the constraints of our military calling where a position of neutrality must often be assumed. Notwithstanding, we try to project a confident, informed presence in social life where our Christian example may improve the quality of community life and attract others to respond to the Christian Gospel.
- Professional competence – We encourage conscientious application to duty from basic training through to deployment on active service in all ranks. We advocate careful initial selection and subsequent promotion of personnel to ensure early potential is transformed into proven ability.
- Conscientious service – We stand by our promises of allegiance, to fulfil our duties to our countries, our loyalty to our comrades in arms and our obligations to humanity with integrity and to the best of our ability. In undertaking such obligations, the soldier may leave his family vulnerable. We therefore expect the authorities to be no less conscientious in their provision of pastoral and social care for those he leaves behind.
- Commitment to peace – In taking up arms, we have, paradoxically,

placed ourselves in the service of peace, reflecting St Augustine once more, „For peace is not sought in order to kindle war, but war is waged in order to obtain peace. Therefore even in the course of war you should cherish the spirit of a peacemaker.”¹⁶ We are committed to safeguarding peace won in the past, peace enjoyed in the present and peace making and keeping where there is strife in order that peace may be enjoyed in the future. We are thus committed in order that human dignity and rights might be restored where they have been forfeited and supported where they are weak.

- Striving for cooperation – We seek dialogue and cooperation with diplomatic, political, civil and social authorities to foster the aims of peace in accord with our faith both within and across national boundaries. We recognise the synergy between an underlying life philosophy and the national and international instruments that promote peace and harmony. We encourage engagement with Military Chaplains across borders and denominations and with other appropriate professionals to develop and maintain the spiritual strength and mental resilience to meet the human and moral demands of modern deployments.
- Ecumenical outlook – We stand by the ecumenical ideals and strive for a spirit of unity in order to overcome what separates the Christian denominations and to concentrate on what is held in common rather than what divides. Additionally, we respect other religions and make every effort to enter into dialogue and cooperation with people of goodwill.

Recommendations

40. Throughout this paper, steps have been identified which aid the cause of peace and help the Christian soldier understand his part in it. These are set out in summary:

- Protection of the moral restraints of our defining principles for engaging in conflict and their rigour

14 Apostolic Journey to Cyprus – Meeting with Civil Authorities and Diplomatic Corps, Address of His Holiness Benedict XVI, 5 June 2010

15 Greetings of Pope John Paul II to Armed Forces before the Mass for the International Jubilee, 8 April 1984

16 St Augustine, Letter to Boniface, epistle 209, 2

rous application when hostilities seem to be a possibility, when engaged in conflict and in its aftermath. (para 20)

- Engagement in a diligent dialogue to improve and make more relevant the just peace criteria in our contemporary situation. (para 22)
- A recognition that the seeds of hostility are within us all and lie dormant even in the noblest soul. Any quest for peace and brotherhood must therefore begin in the heart of the individual, cultivating the seeds of peace and suppressing the roots of bitterness. (para 24)
- A willingness to understand and accommodate other perspectives and an avoidance of negative typecasting in unfamiliar cultures. (para 26)
- Intelligence led, UN authorized mediation or intervention to pa-

cify unstable situations with the role of military forces extending beyond conventional national defence and alliances. Military intervention must be properly supported and quickly followed by a just settlement in which the indigenous people are the greatest shareholders. (para 28)

-
- Appropriate training and familiarisation for deploying forces in the cultural conditions prevailing in a possible theatre of operations. Such familiarisation is equally important between deploying allies, about indigenous populations and concerning potential enemies. (para 35)
- Focused operational preparation with loyalty to and support for those constrained to make operational choices, all of which may have tragic outcomes. (para 38)

Conclusion

41. In this paper AMI has explored a Christian response for military people to the complexities of modern conflict. Peace is more than the absence of war. Such a shallow definition would bring no comfort to those lacking life's necessities or suffering injustice. Conflict may be suppressed by a strong military presence. A just peace itself cannot be imposed for, in the act of enforcement, it is compromised. Those in military service can clear the avenue that leads to peace in order that others may walk it in safety. Our contribution is therefore one of paving and protecting the way for political, diplomatic and civil agencies in concert to establish order, justice and freedom. Whilst we owe loyalty to these great principles, we are conscious that we must also answer to the Prince of Peace for our faithfulness and integrity in answering this call to duty.

Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr

Orientierung Weltreligionen

Eine Handreichung

Am Dienstag, den 31. August 2010 stellte in den Räumen der Katholischen Akademie in Berlin das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr unter Anwesenheit hochrangiger Gäste das Buch „Orientierung Weltreligionen“ vor, in denen die fünf größten Religionen von sachkundigen Autoren vorgestellt werden. Dieses Buch wurde im Laufe des Septembers vom Katholischen Militärbischofsamt an die Militärpfarrämter verteilt.

Der Direktor und Professor des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr Dr. Ernst-Christoph Meier begrüßte die Gäste, unter Ihnen der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages Hellmut Königshaus, die Abteilungsleiterin Wehrverwaltung Ministerialdirektorin Alice Greyer-Wieninger (Bild 1), sowie von den Kirchen den Militärgeneraldekan Matthias Heimer vom Evangelischen Kirchenamt (EKA) und Militärgeneralvikar Apostolischer Protonotar Walter Wakenhut von der Katholischen Militärseelsorge. Die frühen Väter des Projektes, eine Handreichung für die fünf größten Religionen zu erstellen, waren von militärischer Seite Generalmajor Robert Bergmann (damals Stabsabteilungsleiter Fü S I im BMVg



Die Gäste in der Katholischen Akademie in Berlin von links nach rechts: GenMaj Robert Bergmann, Ministerialdirektorin Alice Greyer-Wieninger, der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages Hellmut Königshaus, Direktor des Sozialwissenschaftlichen Instituts Dr. Ernst-Christoph Meier



Bild 2



Bild 4

und jetziger Kommandeur der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg) und auf politischer Seite der ehemalige Wehrbeauftragte Reinhold Robbe, die dem Festakt beiwohnten. In Vertretung des Staatssekretärs eröffnete der Stabsabteilungsleiter I des Führungsstabes der Streitkräfte Brigadegeneral Reinhard Kloss (Bild 2) die Reihen der Grußworte, bevor der Wehrbeauftragte Hellmut Königshaus die Notwendigkeit des Wissens um die verschiedenen Religionen gerade im Einsatz betonte. Wissen schafft Handlungssicherheit war der Grundtenor der Redner und lobten die allgemein verständliche Sprache, in der dieses Buch geschrieben wurde. Dies war auch das Hauptaugenmerk des verantwortlichen Klaus Ebeling, der mit großer Geduld und viel Fingerspitzengefühl dafür sorgte, dass die verschiedenen Autoren die jeweilig vorzustellende Religion nicht nur „statisch“ betrachteten, sondern vor allem die Ethik der jeweiligen Religion in leicht lesbaren Aufsätzen schilderten. Gerade dieser Aspekt unterscheidet dieses Buch (siehe Bild 3) von den anderen Werken über diese fünf großen Religionen, Judentum, Christentum, Islam, Hinduismus und Buddhismus. Während andere



Bild 3

Sachbücher diese Religionen quasi tabellarisch abhandeln (siehe auch Buchbesprechung im AUFTRAG 276, Seite 78 unten „Sachbuch Religion“ db-Verlag GmbH 2009), legt diese Handreichung Wert auf eine ethische Reflexion der angesprochenen Religion. Diese „lebensnahe“ Betrachtung der anderen Religion macht diese Handreichung so wertvoll, weil man dadurch einen sehr guten „Innenblick“ der jeweiligen Denkart erlangen kann. Jede angesprochene Religion wird nach der Schilderung des Grundverständnisses nach dem ethischen Profil, ihrer ethischen Orientierung und nach interreligiösen Perspektiven hinterfragt. Diese einheitliche Vorgehensweise ist der Verdienst des Herausgebers Klaus Ebeling, der die Autoren dazu brachte, nicht nur die eigene Religion in den Mittelpunkt zu stellen, sondern dem Leser das Verstehen der Religion im Zusammenspiel mit dem Leben und den anderen Glaubensrichtungen darzustellen.

Im Festvortrag „Religion und Politik in Afghanistan: Konflikt- und Friedenspotenziale“ von Prof. Dr. Manfred Hutter (Universität Bonn) wurde den Gästen nochmals die Dringlichkeit des Verstehens fremder Religionen dargelegt. Prof. Hutter stellte die Unterschiedlichkeiten der Islamrichtungen in dieser Region

dar. In Zusammenhang mit den Clan-Strukturen vorort gab der Redner keinen sehr optimistischen Ausblick auf die vorhandenen Friedenspotenziale. Generalvikar Walter Wakenhut machte in seinem Schlusswort deutlich, dass Religion nicht privatisiert werden kann, genauso wenig wie staatlich verordnet. Die vorliegende Handreichung sei gut geeignet in der Arbeit an den anvertrauten Soldatinnen und Soldaten das Verständnis zu wecken für die Menschen in den Einsatzgebieten, denn: Diese seien zwar anders, aber auch anders religiös!

(Text und Fotos: BB) □

Katholische Presse für christliche Werte

Papst Benedikt XVI. hat die katholischen Journalisten aufgerufen, in der öffentlichen Debatte mutig für christliche Überzeugungen und Werte einzutreten. Es gehe darum, in allen ethischen und sozialen Fragen den katholischen Standpunkt deutlich zu artikulieren, sagte der Papst am Freitag vor Vertretern des „Verbandes der katholischen Wochenzeitungen Italiens“. In der Medienlandschaft herrsche heute eine skeptische und relativistische Haltung gegenüber der Wahrheit vor, führte Benedikt XVI. aus. Die katholische Presse müsse hingegen der Wahrheit dienen und „der Öffentlichen Meinung helfen, die Wirklichkeit aus dem Blickwinkel des Evangeliums zu betrachten und zu verstehen“.

Katholische Journalisten dürften ihre Leser zudem nicht nur informieren, sondern müssten auch zu einer christlichen Bildung beitragen. Es gelte, die Gründe für den christlichen Glauben jenseits aller Ideologien darzulegen, forderte Benedikt XVI. (KNA)

Endlich! Leben und Überleben

VON BERTRAM BASTIAN

Von Montag, den 2. August bis Sonntag, den 8. August fand in der Großen Aula der Salzburger Universität die Suche nach Bausteinen einer Eschatologie des globalisierten Alltags statt. Dabei wurde versucht, die Risikopotenziale zu bestimmen und die Chancen aufzuzeigen. Akademische Vorlesungen am Vormittag und Vorlesungen mit Kolloquien am Nachmittag bildeten ein reichhaltiges Programm zur Weiterbildung, das mit kulturellen Veranstaltungen abgerundet wurde.

Montag- und Dienstagvormittag wurden die Vorlesungen von Prof. Müller¹ und Dr. Hank² gehalten. Prof. Müller hatte die Endlichkeit des menschlichen Lebens zum Thema, demzufolge stand seine Vorlesung unter dem Titel: „Bleiben wollen, gehen müssen – und vom Glück der Endlich-



Bild 1

keit“. Dr. Hank stellte die Endlichkeit der Ressourcen in den Mittelpunkt seiner Aufmerksamkeit unter dem Titel: „Endlichkeit – eine ökonomische Herausforderung: Aspekte einer Theorie der Knappheit“. Prof. Müller (Bild 1) brachte den Zuhörern an vielen Beispielen und Zitaten dar, wie der Mensch seit Anbeginn versucht, seine eigene Endlichkeit zu verdrängen. Im Bemühen, das Diesseits vollkommen zu erfassen und auszuschöpfen, verliere man das Jenseits nicht nur aus

dem Blick, man verdränge es geradezu. In der Moderne versuche man, durch Beschleunigung des Lebens noch viel mehr Ereignisse in die begrenzte Lebenszeit einzubringen und merke nicht, dass man gerade durch dieses Bemühen die Lebensqualität endgültig verlieren würde. Prof. Müller führte aus, dass nur das Vertrauen auf Gott Freiheit im Leben schaffe. Aber die Furcht vor dem Tode führe in der Neuzeit zur übersteigerten Selbstentfaltung. Nach dieser Schilderung der Not der eigenen Endlichkeit, brachte Prof. Müller im zweiten Teil seiner Vorlesung das Glück der Endlichkeit zur Sprache. Zu gelungener Subjektivität und entsprechender Lebensführung gehöre die Kompetenz der Sterbekunst, führte der Referent aus und plädierte für eine Wiederbelebung der „ars moriendi“ der Kunst des Sterbens. Erst das Bewusstsein der Endlichkeit führe zu einem be-



Bild 2

wussten Leben. Die unendliche Größe Gottes zeige sich unter anderem darin, dass sein Sohn Jesus selbst einer Endlichkeit unterworfen wurde, bevor er

in die Ewigkeit aufgestiegen sei, sagte Müller. In diesem Beispiel werde auch deutlich, schloss Prof. Müller seine Vorlesung, dass die Endlichkeit eine Ressource der Theologie sei. Somit gäben alle Religionen Antworten auf diese Fragen, das Christentum aber die besseren!

Dr. Hank (Bild 2) brachte den Zuhörern im ersten Teil seiner Vorlesung das Wesen und die Eigenschaften der Knappheit dar. An dem Beispiel der Korkkeiche stellte der Referent dar, dass Knappheit eine Sache der Wahrnehmung sei. Solange alle Winzer nur Korken benutzt hätten, war Kork eine Mangelware, durch Verwendung des Drehverschlusses wurde Kork fast überflüssig, was unter anderem zur Folge gehabt hätte, dass dieser Industriezweig zusammengebrochen sei. Aber nicht nur Wahrnehmung spielt eine Rolle, auch die Zeit der Verwendung eines Gutes ist entscheidend. Am Beispiel Kriegsmaterial machte der Redner deutlich, dass bis zum Friedensschluss Kriegsgüter immer knapp seien, mit Friedensschluss aber entbehrlich bis überflüssig wurden. Damit ginge die Wertschätzung für diese Güter einher. Dies führte letztendlich dazu, dass neue Bedürfnisse erfunden würden. So genüge es nicht, die Grundbedürfnisse zu saturieren, man brächte den Wohlstand immer höher und schaffe so einfach neue Knappheiten an neuen Bedürfnissen. Im zweiten Teil seiner Vorlesung führte Dr. Hank den Überfluss mit seinen ungunstigen Eigenschaften den Zuhörern vor Augen. Nachdem im ersten Teil festgestellt wurde, dass immer neue Knappheiten gefunden würden, wurde jetzt deutlich gemacht, wie Wohlstand und Überfluss den Menschen träge und faul werden ließen. Da Dinge wie Luft und Wasser anscheinend

- 1 Professor Dr. Dr. Klaus Müller, Jahrgang 1955, Studium der Katholischen Theologie in Regensburg, Rom, München und Freiburg, von der Universität Münster, ist der Direktor des Seminars für Philosophische Grundfragen
- 2 Dr. Rainer Hank, Jahrgang 1953 hat in Tübingen und Fribourg (Schweiz) Literaturwissenschaft, Philosophie und Katholische Theologie studiert, ist seit 2001 verantwortlich für „Wirtschaft“ und „Geld & Mehr“ in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung

unbegrenzt vorhanden seien, würden sie auch nicht sorgsam genug behandelt, was letztendlich zu den Umweltproblemen geführt hätte, sagte der Redner. Würden die Umweltgüter bepreist (Wertschätzung drückt sich durch Preisgestaltung aus), wäre die Menschheit einem schonenden Umgang mit den doch knappen Ressourcen wesentlich näher als durch alle Absichtserklärungen. Aber unbegrenzte Wünsche bei begrenzten Mitteln seien schon immer das Übel gewesen. Eine Tatsache, die bei Ärzten und Patienten aber noch nicht in dieser Deutlichkeit angekommen sei, wie der Redner bemerkte. Eine Rationierung sei nur der zweitbeste Weg, um diese Probleme zu lösen und sei außerdem das Einfallstor der



Bild 3

Korruption, ein Phänomen, dessen Betrachtung hier den Rahmen sprengen würde, schloss der Referent seine Vorlesung.

Mittwoch trugen Prof. Ernst Ulrich von Weizsäcker³ und Dr. Franz Fischler⁴ vor und diskutierten ihre Thesen mit dem Publikum am Donnerstag. Prof. von Weizsäcker (Bild 3) referierte über „Die öko-technologische Revolution im 21. Jahrhundert“. Um die Zukunft verstehen zu können,

muss man über die Geschichte Bescheid wissen – unter diesem Motto stellte von Weizsäcker zuerst die ge-

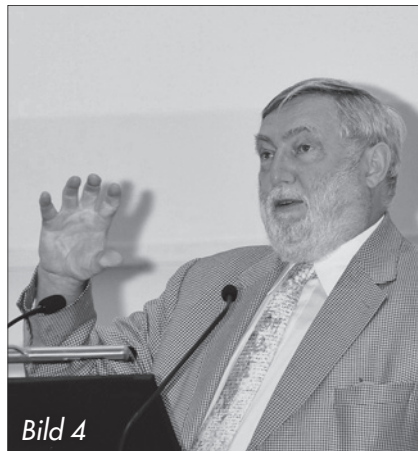


Bild 4

schichtlichen Hintergründe der bisherigen industriellen Revolutionen vor. Die bisherigen Schübe seien gewesen: Mechanisierung, Stahl und Eisenbahn, Elektrizität und Chemie mit Automobil, dann Fernsehen und Computer sowie Flugzeugbau, letztendlich die Biochemie führte der Redner aus. Ein neuer Zyklus könne nur ökologisch, sprich grün sein, sagte von Weizsäcker weiter. Dazu führte er aus, dass es notwendig sei, sich im alten Europa zusammenzuschließen, notfalls mit Indien und China, um Klimaziele zu erreichen und Umweltpolitik durchzusetzen. Leitbild müsse das Menschenbild sein, welches wir entwickelt hätten und der Zukunft gerecht werden würde.

Dr. Fischler (Bild 4) stellte das Modell vor, mit dem Österreich in die Zukunft gehen wolle. Mit Zahlen belegte er die umweltpolitischen Ziele und mit welchen Maßnahmen diese erreicht werden sollten. Dabei machte er deutlich, dass die Millenniumsziele mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht erreicht werden könnten. Dabei spiele zwar die Finanzkrise eine Rolle, aber nicht die hauptursächliche. Durch die Tatsache, dass Lebensmittel nicht dort produziert würden, wo sie gebraucht würden, kämen die Probleme des Transportes zu dieser verunglückten Landwirtschaftspolitik hinzu. Dazu stellte er die Forderungen auf: globale CO₂ Zertifizierung, Förderung neuer Technologien, Begrenzung der Entwaldung sowie Maßnahmen zur Anpassung an den nicht mehr vermeidbaren Klimawandel.

In der Diskussion am Donnerstag wurde durch die Antworten der beiden Referenten klar, dass das Ziel zwar allen Akteuren klar sei, der Weg dorthin aber voller Ärgernisse sei. Beide führten übereinstimmend aus, dass China zum Umdenken bereit sei. Zwar würde Klimawandel und Umweltschutz schon beachtet, aber nach wie vor sei die Frage der Menschenrechte eine politisch heikle Angelegenheit. Das größte Problem sei die Tatsache, dass die vorhandene Problematik nur staatenübergreifend gelöst werden könne, die Staaten aber immer noch Souveränitätsrechte vorgäben, um nicht Kompetenzen abgeben zu müssen. Die Märkte seien auf dem Weg der Globalisierung, das Staats- und Rechtswesen müsse dem jetzt folgen.



Bild 5

Freitag und Samstag gehörten die Vormittage Prof. em. Dr. Johannes Fried⁵ mit dem Thema: „Endzeit und Wissenschaft“ und Univ.-Prof.'in Dr. Marion Weissenberger-Eibl⁶ mit ihrem Thema: „Der immerwährende Neuanfang – Lebens- und Arbeitswelten der Zukunft“. Der angebliche Widerspruch zwischen der irrational anmutenden Angst der Welt vor dem Ende und die rationale, dem Diesseits zugewandte Wissenschaft im Thema

3 Prof. Dr. Dr. hc Ernst Ulrich von Weizsäcker, Jahrgang 1939, Studium der Physik und Chemie, 1975 Universitätspräsident in Kassel, 1998 Mitglied des Bundestages, 2002 Vorsitzender des Unterausschusses des Bundestages

4 Dr. Franz Fischler, Jahrgang 1946, Studium der Landwirtschaften in Wien, 1989 österreichischen Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, von 1995 bis 1999 EU-Kommissar für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, seit 2004 Beratertätigkeit, Vorsitzender des ökosozialen Forums

5 Prof. emeritierter Dr. Dr. hc Johannes Fried, Jahrgang 1942, Studium der Geschichte, Germanistik und Politikwissenschaft, 1983 bis 2009 Professor für Geschichte des Früh- und Hochmittelalters in Frankfurt/Main

6 Univ.-Prof.'in Dr. Marion A. Weissenberger-Eibl, Jahrgang 1966, Studium der Bekleidungstechnik und Betriebswissenschaften, seit 2004 Lehrstuhl Innovations- und Technologiemanagement, seit 2007 Leitung des Fraunhofer Institutes für System- und Innovationsforschung (ISI) in Karlsruhe

„Endzeit und Wissenschaft“ wurde vom Prof. Fried (Bild 5) durch viele Beispiele widerlegt. Dadurch, dass die Apokalypse in der Bibel angekündigt worden sei, hätten vor allem die Gebildeten das größte Interesse gezeigt, den Zeitpunkt dieses Ereignisses bestimmen zu wollen. So sei die Wissenschaft, damals vor allem die Astrologie, herangezogen worden und erlebte dadurch eine Blütezeit. Die intellektuelle Dynamik hätte nach

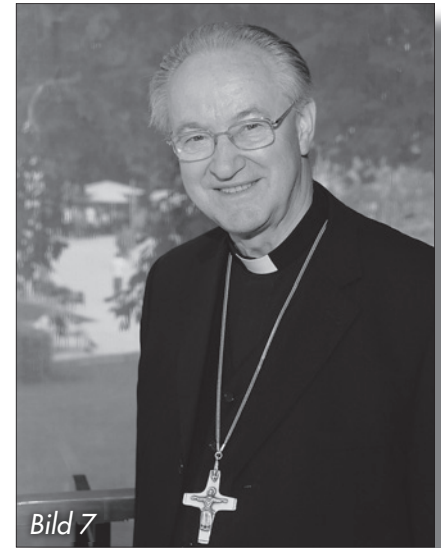


immer neuen Wegen gesucht, die Endzeit wissenschaftlich bestimmen zu wollen, und so den Fortschritt der Geistes- und Naturwissenschaften vorangetrieben. Nach dem Stagnieren in der abendländischen Welt, so der Referent, hätte der Islam die weitere Vorreiterrolle bei diesem intellektuellen Fortschritt übernommen, indem er die antiken Grundlagen übersetzt und weiter tradiert hätte. Nach dem Einkapseln des Islam ab dem 14. Jahrhundert, seien die Grundlagen der Wissenschaften wieder aus dem Arabischen zurück übernommen worden und die Basis für die moderne Wissenschaft sei geschaffen worden. Die Epoche der Aufklärung hätte dieser Endzeit-Wissenschaft – wie Prof. Fried sich ausdrückte – ein vorläufiges Ende gesetzt. Vorläufig, weil noch heute in den einschlägigen Genres immer wieder Endzeit-Stimmung „verkauft“ würde. Prof.'in Marion Weissenberger-Eibl (Bild 6) erläuterte den Zuhörern am Freitag den permanenten Wandel in der Arbeitswelt als die „Konstante“ in der Arbeitswelt. Nur sei dieser in der heutigen, vernetzten Gesellschaft deutlich schneller und tiefgreifender als früher legte die Referentin dar. Sie verglich das Zerstören der alten Mechanismen mit einem

„Rodungsfeuer“ das verbrannte, aber fruchtbare Erde hinterlasse. Mit einem Ausblick auf die Industriearbeit der Zukunft, in der die Internationalisierung eine wichtige Rolle spielen würde, erläuterte die Leiterin des ISI dem Publikum, dass die zukünftige Arbeitszeit eine wesentlichere Flexibilisierung erfahren würde. Die stärkere Durchmischung zwischen Arbeits- und Freizeit würde durch die Betreuung der Kunden rund um die Uhr die Folge dieser Internationalisierung sein. Eine weitere Folge sei das lebenslange Lernen der Arbeitnehmer, um in dem rasanten Fortschritt nicht „abzuhängen“. Gerade die neuen Technologien wie Biotechnologie und Nanotechnologie machten dies deutlich, führte Weissenberger-Eibl aus, bevor sie auf die Aus- und Weiterbildung, die dringend nötig sei, zu sprechen kam. Das doppelte Dilemma zwischen Niedriglohnsektor und hochqualifizierten Arbeitskräften, erzwingen geradezu die Qualifizierung von Schulabbrechern und die weitere Förderung von Ingenieuren, die interdisziplinär tätig werden müssten. Schwerpunkt ihrer Vorlesung am Samstag war das altersdifferenzierte Arbeiten, welches in Zukunft die Regelform des Beschäftigungsverhältnisses sein würde. Die Älteren hätten Vorsprung sowohl in der Erfahrung, als auch in der Arbeitsmoral, der Qualität ihrer Arbeit und in ihrer Einstellung zu den Arbeitgebern. Die Fähigkeiten würden zunehmen in den Bereichen des strategischen Denken und Handelns, den Fachkenntnissen und der Kommunikationsfähigkeit, wohingegen in der Risikobereitschaft und der Reaktionsflexibilität die Fähigkeiten abnehmen würden. Aus all den Eigenschaften und Fähigkeiten müsse die Industrie in der Lage sein, ihre Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität zu sichern, führte die Referentin aus, um zukunftsfähig zu bleiben. Soviel zu den Vormittagsveranstaltungen.

An den Nachmittagen wurden Vorlesungen mit Kolloquien angeboten, in denen die Besucher der Salzburger Hochschulwochen sich über Themen informieren konnten wie zum Beispiel „Das Sakrament des Anderen – im interreligiösen Dialog und

in der Mystik“ oder „Das risikoreiche Leben von Familien von heute“ oder „Medizinische Utopien. Eine ethische Betrachtung am Beispiel der Nanotechnik“. Aufgelockert wurde das reichhaltige, wissenschaftliche Programm durch kulturelle Veranstaltungen. Nicht nur Stadtführungen, auch der Empfang des Landes und der Stadt Salzburg mit einem einstündigen Mozartprogramm, die Verleihung des Publikumspreises, die Verleihung des



Theologischen Preises der Salzburger Hochschulwochen an Prof. Dr. Dr. hc Christoph Marksches waren Höhepunkte dieser Woche, die am Sonntag mit dem Festvortrag von Prof.'in Dr. Dr. hc Gesine Schwan „Leben angesichts der Endlichkeit“ zu Ende ging⁷. In seinem Schlusswort gab der Salzburger Erzbischof Dr. Alois Kothgasser (Bild 7) das Motto für das nächste Jahr bekannt. Das Jubiläumsjahr 2011, in dem die SHW das 80. Jahr ihres Bestehens feiern, steht unter dem Titel „Sicher – unsicher“. Die Dialektik des sicher-unsicher besitzt Offenbarungsqualitäten – in einem streng theologischen wie auch in einem säkularen Sinne. Was sich dabei zeigt, dem will die Salzburger Hochschulwoche 2011 vom 01.08.11 bis 07.08.11 in den Durchmusterungen verschiedener Probleme interdisziplinär nachgehen. (Fotos: BB) □

⁷ Das Gesamtwerk der Salzburger Hochschulwochen in Buchform steht ab Dezember in der Redaktion zur Verfügung. Interessierte können dort nach den einzelnen Vorträgen nachfragen, die auf Wunsch eingescannt/kopiert und zugeschickt werden können.

Die erste Bundeskanzlerin und die Bundeswehr

Dr. Angela Merkel – lächelnd-verbindliches Desinteresse

VON DIETER KILIAN



Verehrte Leserschaft, die im Jahr 2005 begonnene Artikelserie von Oberst a.D. Dieter Kilian erscheint erweitert, aktualisiert und mit zahlreichen Anlagen zum 55. Geburtstag der Bundeswehr demnächst im Miles-Verlag/Berlin in Buchform unter dem Titel: „Politik & Militär in Deutschland: Die Bundespräsidenten und Bundeskanzler und ihre Beziehung zu Soldatentum und Bundeswehr“.

Der folgende Artikel über Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel ist ein auszugsweiser Abdruck mit freundlicher Genehmigung des Verlages Carola Hartmann Miles Verlag, Berlin.

Angela Merkel wurde am 17. Juli 1954 in Hamburg als erstes Kind¹ des Theologen Horst Kasner (* 1926) und seiner Frau Herlind (* 1928; geb. Jentsch), einer Lehrerin für Latein und Englisch, geboren. Über eine militärische Tradition in den Familien der Eltern ist nichts bekannt; der Vater war am Ende des Zweiten Weltkrieges 19 Jahre, d. h. im Flak-Helfer-Alter. Die Familie übersiedelte nur wenige Wochen nach der Geburt der Tochter in die DDR – kein alltäglicher Schritt. Horst Kasner hatte eine Pfarrstelle in Quitzow bei Perleberg von der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg angeboten bekommen. Seiner Frau hingegen wurde die Arbeit im Schuldienst verwehrt. Drei Jahre später wechselte Horst Kasner in die uckermärkische Kreisstadt Templin, wo er ein Pastoralkolleg leitete. Tochter Angela verbrachte dort den größten Teil ihrer Schul- und Jugendzeit. Sie war zwar einerseits Mitglied in der „Pionierorganisation Ernst Thälmann“ und in der „Freien Deutschen Jugend“ (FDJ), andererseits aber lehnte sie die „Jugendweihe“ ab und ließ sich konfirmieren, eine flexible „Nein, aber-Haltung“, die sich später in ihrer politischen Arbeit wiederfindet, auch gegenüber der Bundeswehr. Von 1973 bis 1978 studierte sie an der Karl-Marx-Uni-

versität in Leipzig Physik und arbeitete danach als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentralinstitut für Physikalische Chemie an der Akademie der Wissenschaften. Ihr Spezialgebiet war die Forschung auf dem Gebiet der Quantenchemie. Im Jahre 1986 promovierte sie zum Doktor der Naturwissenschaften (Dr. rer. nat.).² Ende 1989 trat sie dem „Demokratischen Aufbruch“ bei und wurde 1990 dessen Pressesprecherin. Nach der ersten freien Volkskammerwahl im März 1990 wurde sie stellvertretende Regierungssprecherin der Regierung de Maizières. Im August 1990 wurde sie Mitglied der CDU und trat bei den ersten gesamtdeutschen Bundestagswahlen im Dezember 1990 als Direktkandidatin des Wahlkreises Stralsund, Nordvorpommern, Rügen an, den sie seither im Deutschen Bundestag vertritt. 1991 bis 1998 war Frau Merkel³ Kabinettsmitglied unter Kanzler Kohl: zunächst bis 1994 als Bundesministerin für Frauen und Jugend, und anschließend als Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Mit militärischen Themen

kam sie nur am Rande d. h. bei Kabinettsitzungen in Berührung, und so ist es nicht verwunderlich, dass auch später sicherheitspolitische und militärische Themen keinen hohen Stellenwert bei ihr hatten.

Im November 1998 wurde Angela Merkel, die seit 1991 stellvertretende CDU-Vorsitzende war, zur Generalsekretärin ihrer Partei gewählt. Am 10. April 2000 trat sie auf dem Parteitag in Essen als erste Frau an die Spitze der CDU. In dieser Funktion besuchte sie am 08. Januar 2001 das Panzerbataillon 154⁴ unter Oberstleutnant Georg Klein (* 1961; später Oberst) in der Wäller-Kaserne in Westerburg. Acht Jahre später traf sie Klein – inzwischen zum Oberst avanciert – im afghanischen Kunduz wieder. Im Sommer 2002 folgte ein Besuch beim Gebirgsjägerbataillon 233 in Mittenwald unter Oberstleutnant Jac-Peter Tölkes. Begleitet wurde sie von der CSU-Abgeordneten Ilse Aigner (* 1964; später Bundesministerin) und Brigadekommandeur Oberst Markus Bentler (* 1953; später Generalleutnant). Nach Begrüßung und kurzer Einweisung in Gliederung und Auftrag des Bataillons im Offizierheim fuhr Frau Merkel in einem Transportpanzer „Fuchs“ in die nahegelegene Seinsbach-Schlucht, wo die 2. Kompanie unter Oberleutnant Michael Bender Waffen und Gerät der Gebirgsjäger vorstellte. Danach wurde der Politikerin das Überwin-

1 Bruder Marcus wurde 1957 und Schwester Irene 1964 geboren. Vermutlich hat ihr jüngerer Bruder Wehrdienst in der NVA geleistet, da er sonst nicht hätte studieren dürfen.

2 Mit einer Arbeit zur Berechnung von Geschwindigkeitskonstanten von Reaktionen einfacher Kohlenwasserstoffe: „Der Einfluss der räumlichen Korrelation auf die Reaktionsgeschwindigkeit bei bimolekularen Elementarreaktionen in dichten Medien“.

3 1977 heiratete sie den Physikstudenten Ulrich Merkel. Die kinderlose Ehe wurde 1981 geschieden. 1984 lernte sie den Chemieprofessor Dr. Joachim Sauer (* 1949) kennen und heiratete ihn 1998.

4 Im Jahre 2006 aufgelöst.

den einer Schlucht vorgeführt. In lockerer Runde sprach sie unter einem aufgespannten Fallschirm mit Soldaten. Im Vorfeld des 3. Golfkrieges („Irakkrieg“) galten Angela Merks Sympathien den USA. Im Gegensatz zu ihrem Vorgänger Schröder hielt sie diesen Krieg für „unvermeidbar“ und vermutlich wären – hätte sie zu dieser Zeit bereits Regierungsverantwortung getragen – auch deutsche Soldaten in diesem völkerrechtlich umstrittenen Krieg eingesetzt worden. Im Juli 2005 besuchte Frau Merkel erstmals deutsche Soldaten des 11. KFOR-Einsatzkontingents, gestellt von der Gebirgsjägerbrigade 23, im Kosovo. Am 26. Oktober 2005 nahm Angela Merkel als Parteivorsitzende der CDU – neben u. a. Bundespräsident Köhler und Kanzler Schröder – am Großen Zapfenstreich anlässlich des 50. Geburtstages der Bundeswehr teil, der erstmals vor dem Reichstagsgebäude in Berlin begangen wurde. Diese Feier konnte nur unter umfangreichen Sicherheitsmaßnahmen stattfinden.

Nach der Wahl zum 16. Deutschen Bundestag am 18. September 2005 kam es zur Bildung einer großen Koalition, der zweiten in der Geschichte der Bundesrepublik. Am 22. November wurde Dr. Angela Merkel zum achten Regierungschef gewählt – in mehrfacher Hinsicht eine Zäsur: Sie war die erste Frau, mit 51 Jahren die jüngste in diesem Amt, die erste Ostdeutsche und nach drei Juristen, zwei Wirtschaftswissenschaftlern, sowie einem Journalisten und einem Historiker die erste Naturwissenschaftlerin. In ihrer ersten Regierungserklärung am 30.11.2005 nahm sie zu sicherheitspolitischen und militärischen Themen nur kurz Stellung. Sie bekräftigte, dass sie an der unter Kanzler Schröder beschlossenen Struktur und Stationierung festhalten werde, bekannte sich zur Wehrpflicht und versichert, darauf zu achten,

„dass die Ziele und Fähigkeiten der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik immer in einem Gleichgewicht bleiben. Deshalb werden wir den Umbau der Bundeswehr zu einer Einsatzarmee konsequent fortsetzen. Der Kernauftrag der Bundeswehr ..., die Landesverteidigung, bleibt dabei natürlich unverändert gültig“.

Ihre Aussage zum Verhältnis zwischen Armee und Bevölkerung war und ist von Wunschdenken geprägt:

„Sie hat sich in den vergangenen Jahrzehnten als die für unser Land beste Wehrform erwiesen, Ich glaube, dass es ... ganz wichtig ist, eine Bundeswehr zu haben, die sich sicher sein kann, dass sie eine tiefe Verankerung in der deutschen Bevölkerung hat“.

Nach zwölf Jahren wurde im Herbst 2006 wieder ein Weißbuch zur Sicherheitspolitik herausgegeben. Im Vorwort schrieb die Kanzlerin:

„Die unterschiedlichen Instrumente des Regierungshandelns müssen ... koordiniert und wann immer möglich konfliktpräventiv zur Wirkung gebracht werden. Wir setzen auf Verhandlungslösungen und versuchen, Krisen bereits im Vorfeld zu entschärfen“.

Diesem Ansatz folgt die Definition des Begriffes „vernetzte Sicherheit“:

„Nicht in erster Linie militärische, sondern gesellschaftliche, ökonomische, ökologische und kulturelle Bedingungen, die nur in multinationalem Zusammenwirken beeinflusst werden können, bestimmen die künftige sicherheitspolitische Entwicklung. Sicherheit kann daher weder rein national noch allein durch Streitkräfte gewährleistet werden“.⁵

Die Aussage, „wir müssen Krisen und Konflikten rechtzeitig dort begegnen, wo sie entstehen und dadurch ihre negativen Wirkungen von Europa und unseren Bürgern möglichst weitgehend fernhalten“⁶, ist widersprüchlich. Gemeint ist damit zwar die Ursachenbekämpfung von Problemen, d. h. das Entschärfen von Krisen bereits im Vorfeld ihres Entstehens, aber es kann fälschlicherweise auch als Konzept einer offensiven Militärdoktrin, die das Grundgesetz eindeutig untersagt, verstanden werden. In Öffentlichkeit und Medien gab es – anders

5 Weißbuch 2006 S. 29

6 Weißbuch 2006 S. 22. Es handelt sich um die Wiedergabe eines Satzes von Verteidigungsminister Jung auf dem „23rd International Workshop on Global Security“ in Berlin am 18. Mai 2006. Bundespräsident Herzog hatte sich bei der Gesellschaft für Auswärtige Politik in Bonn bereits am 13. März 1995 ähnlich ausgedrückt: „Wenn wir den Risiken nicht vor Ort begegnen, werden sie zu uns kommen.“

als bei den Äußerungen von Bundespräsident Köhler im Mai 2010 – keine kritische Reaktion darauf. Die Herausgabe des Weißbuches wurde durch die Veröffentlichung makabrer Fotos überschattet, auf denen deutsche Soldaten in Afghanistan auf obszöne Weise mit Totenschädeln postierten. Sie lösten einen Sturm der Empörung aus. Doch nachdem sich der übliche Medienrummel gelegt hatte, blieb von einem „der größten Skandale“ – so das „Hamburger Abendblatt“ – wenig übrig. Die ermittelnde Staatsanwaltschaft München stellte das Ermittlungsverfahren gegen zwei der sechs Beteiligten – vier waren nicht mehr bei der Bundeswehr – ein, da „keine strafbare Störung der Totenruhe vorgelegen habe.“⁷

Das erste Kabinett Merks umfasste einschließlich der Kanzlerin 19 Personen, darunter sieben Damen; von den zwölf Ministern hatten sieben gedient, fünf waren ungedient.⁸ Der Jurist Dr. Franz Josef Jung (* 1949) wurde in das Amt des Verteidigungsministers berufen. Er war am 1. Juli 1968 als Rekrut beim Pionierbataillon 5 in Lahnstein eingetreten und wurde nach der Grundausbildung heimatnah zur 1. Batterie des Flugabwehrbataillons 5 in die Rheingau-Kaserne in Lorch versetzt. Von Januar bis März 1969 nahm Jung als Gefreiter und Offizieranwärter (OA) an der Unteroffizier-Vorausbildung bei der 3. Batterie des Flugabwehrbataillons 7 in Handorf bei Münster teil. Nach 15 Monaten wurde Jung vorzeitig entlassen, da er im elterlichen Betrieb benötigt wurde. Jungs Wahl erfolgte aus Gründen der Parteiräson. „DER SPIEGEL“ bezeichnete den hessischen Weinfachmann als „überfordert“. Sicherheits- und Mi-

7 Die 2003 gefundenen Totenschädel stammten nicht von einem Friedhof, sondern von einem Gelände, auf dem die afghanische Bevölkerung seit Jahren Lehm für ihre Häuser abbaute. Eine Ordnungswidrigkeit wegen Belästigung der Allgemeinheit war inzwischen verjährt.

8 Wehrdienst in der Bundeswehr haben geleistet: Gabriel (SPD), Dr. Jung (CDU), zu Guttenberg (CSU), de Maizière (CDU), Müntefering (SPD), Steinbrück (SPD) und Steinmeier (SPD). Nicht gedient haben: Glos (CSU), Schäuble (CDU), Scholz (SPD), Seehofer (CSU) und Tiefensee (SPD; NVA-Wehrdienst verweigert).

litärpolitik gehörten nicht zu seinen Interessensgebieten. Er war eines der schwächsten Mitglieder in Merkels erstem Kabinett. „Nachweislich unfähig“ schrieb das „Hamburger Abendblatt“ sogar.⁹ Kanzleramtsminister Dr. Thomas de Maizière (* 1954; ab 2009 Bundesinnenminister) ist der Sohn des früheren Generalinspektors Ulrich de Maizière. Der Jurist leistete als Soldat auf Zeit von 1972 bis 1974 Wehrdienst beim Panzergrenadierbataillon 142 10 in der Gneisenau-Kaserne in Koblenz-Horchheim und ist Oberleutnant der Reserve.¹¹ Das Bataillon unterstand der Panzerbrigade 14 (alt) unter Oberst Hans-Joachim Mack (1928-2008; später General).

Generalinspekteur Schneiderhan (* 1946), seit Juli 2002 bereits unter Kanzler Schröder ranghöchster Soldat der Bundeswehr, blieb auch nach dem Regierungswechsel als militärpolitischer Berater der Bundesregierung im Amt (Bild 1). Erst im Dezember 2009 wurde er im Zusammenhang mit der sog. „Kunduz-Affäre“ abgelöst. Die militärpolitische Schlüsselstelle des Leiters der Gruppe 23 im Kanzleramt (ab 2006 Gruppe 22) wurde zunächst noch von Oberst i.G. Dr. Henning Hars (* 1955; später Brigadegeneral)¹² geleitet, der dieses Amt seit 2004 noch unter Kanzler Schröder wahrgenommen hatte. 2006 folgte der Luftwaffen-Oberst i. G. Gerd Bischof (* 1953; später Brigadegeneral), der im Jahre 2007 an Oberst i.G. Dr. Erich Vad (* 1957) übergab. Im April 2010 wurde Vad zum Brigadegeneral befördert und damit – nach Dr. Gerber und Dr. Zuber unter Helmut Schmidt – der dritte Offizier dieses Dienstgrades auf diesem Posten. Als Gruppenleiter arbeitet er Ministerialdirektor Dr. Christoph Heusgen¹³ (* 1955), dem außen-

politischen Berater der Kanzlerin, zu. Erstmals als Kanzlerin sprach Frau Merkel auf der 42. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik am 4. Februar 2006 in München:

„Für uns ... sind die europäische Einigung ... und die transatlantische Partnerschaft ... Pfeiler unserer Außen- und Sicherheitspolitik. ... Das wiedervereinte Deutschland ist bereit, in diesem Rahmen Verantwortung zu

Stieglitz (* 1947) und des Regimentskommandeurs Oberst Josef Mohr auf dem Hambacher Schloss bei Neustadt teil. Es war zugleich ihr erster offizieller Besuch bei der Bundeswehr als Kanzlerin. In ihrer Rede sagte sie:

„Bei all dem, was die Bundeswehr tut, kann sie sich dabei auf die breite Unterstützung unserer Bürger, des Parlaments und ... der Bundesregierung verlassen. ... Die Soldatinnen



Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel mit Generalinspekteur General Wolfgang Schneiderhan

übernehmen ..., und zwar über das eigentliche Bündnisgebiet hinaus, zur Sicherung von Freiheit, Demokratie, Stabilität und Frieden in der Welt“.

Bei der Eröffnung der Informationsmesse „CeBIT“ in Hannover im März 2006 stattete Merkel dem Ausstellungsstand der Bundeswehr unter Oberstleutnant Wolfgang Quirin einen kurzen Besuch ab. Am 8. Juni 2006 nahm die Kanzlerin am Feierlichen Gelöbnis von 300 Soldaten der 9., 12. und 13. Grundausbildungskompanie des III. Bataillons des Luftwaffenausbildungsregimentes 3 unter Oberstleutnant Martin Bodemann aus der Graf-Sponeck-Kaserne in Gernersheim in Anwesenheit des Inspektors der Luftwaffe Klaus-Peter

und Soldaten der Bundeswehr haben unsere Anerkennung verdient. Das ist der Rückhalt, den sie für ihren schwierigen Einsatz brauchen, und auf diesen Rückhalt können sie sich verlassen“.

Große Worte, doch wie brüchig dieser Rückhalt ist, zeigt sich immer dann, wenn die Bundeswehr bei negativen Vorfällen in die Schlagzeilen gerät. Erneut betonte Frau Merkel die Bedeutung der Wehrpflicht:

„Denn der Wehrdienst ist Ausdruck der persönlichen Mitverantwortung des Bürgers für ein Leben in Frieden und Freiheit. Die ... Soldaten sind Staatsbürger in Uniform. Ihre Lebens- und Erfahrungswelt soll sich nicht wesentlich von derjenigen der ... Mitbürger unterscheiden“.

Am 26. Juli 2006 besuchte die Kanzlerin – zusammen mit Minister Jung – das Einsatzführungs-

leiter von Javier Solana, dem „Hohen Repräsentanten für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“ der EU und von daher mit Sicherheits- und Militärpolitik bestens vertraut.

⁹ Vom 10.04.2010

¹⁰ 1981 umbenannt in PzGrenBtl 342

¹¹ Nachdem auch sein Sohn 2009/10 im Gebirgsjägerbataillon 233 seinen Wehrdienst ableistete, diente die Familie de Maizière nun in der dritten Generation in der Bundeswehr.

¹² Hars wurde im März 2010 in den vorzeitigen Ruhestand versetzt. Er hatte Minister zu Guttenberg in einem Brief, um Gründe für die Entlassung von General Schneiderhan gebeten, worauf ihm vorgeworfen wurde, er hätte sich in dem Schreiben im Ton vergriffen.

¹³ Von 1999 bis 2005 war Heusgen Büro-

kommando (Bild 2) und das Operation Headquarters der Europäischen Union (EU) in Potsdam unter dem Luftwaffen-Generalleutnant Karl-Heinz Viereck (* 1951). Der Stellvertretende Befehlshaber, Generalmajor Rainer Glatz (* 1951; später Generalleutnant) wies die Regierungschefin in Aufgaben und Gliederung des Kommandos ein. Im „Operation Headquarters“ (OHQ) des europäischen Einsatzkontingents „EUFOR RD Congo“¹⁴ sprach sie mit Soldaten. Begleitet vom Inspekteur, Vizeadmiral Wolfgang E. Nolting (* 1948) stattete die Kanzlerin einen Monat später der Deutschen Marine am 6. September 2006 einen Besuch ab. In Warnemünde ging sie an Bord von U 33 unter Korvettenkapitän Kai Brand und unternahm eine Manöverfahrt auf der Ostsee. Anschließend besichtigte sie die Fregatte „Sachsen“ unter Fregattenkapitän Hardy R. Hübener. Schiffsarzt Dr. Marco Schaff stellte ihr das Lazarett der Fregatte vor. Zur deutschen Beteiligung an der „United Nations Interim Force in Lebanon“ (UNIFIL) Merkel sagte der „Welt am Sonntag“ im August 2006, Deutschland werde alles dafür tun, um den Schutz seiner Soldaten zu gewährleisten. Einen Einsatz von Bodentruppen schloss sie kategorisch aus, nicht zuletzt aus historischen Gründen.

„Wir schicken unsere Soldaten nicht in ungewisse Abenteuer“.

Ergänzend sagte die Kanzlerin vor dem Bundestag am 20. September 2006:

„Deutschlands Außen- und Sicherheitspolitik seit 1949 war nie neutral. Sie war, ist und bleibt wertengebunden. Wertengebundenheit ist das Gegenteil von Neutralität“.

Die Bundeskanzlerin nahm am Festakt zum 50-jährigen Bestehen des Deutschen Bundeswehrverbandes am 20. September 2006 in Berlin teil. In ihrem Grußwort würdigte sie den Verband, der sich „seit 50 Jahren als verlässlicher Partner von Politik und Bundeswehr für die Belange der Soldaten einsetzt.“ Verhalten blieb der



Einweisung in die Lage beim Einsatzführungskommando (von links: Generalleutnant Karl-Heinz Viereck, Bundeskanzlerin Merkel, Bundesminister Franz Josef Jung)

Beifall allerdings, als sie den Verteidigungshaushalt erwähnte. Die Regierungschefin bedauerte, derzeit nicht mehr versprechen zu können.

Der erste Besuch der Kanzlerin beim Deutschen Heer (Bild 3) fand am 14. November 2006 beim Ge-

heer und das Fähigkeitsspektrum des Heeres. Auf dem Programm standen eine Waffenschau mit Großgerät, sowie eine Vorführung, bei der – unter Beteiligung von Soldaten der 14. Panzergrenadierdivision „Hanse“ – Ausschnitte aus dem Einsatzspek-



Die Bundeskanzlerin besucht 2006 mit Minister Jung das Gefechtsübungs-zentrum des Heeres in der Lützliger Heide (von links: Minister Franz Josef Jung, Bundeskanzlerin Angela Merkel, Inspekteur des Heeres GenLt Hans-Otto Budde)

fechtsübungs-zentrum des Heeres unter Oberst Wolfgang Krippel auf dem Truppenübungsplatz Altmark in Letzlingen nördlich von Magdeburg statt. Begleitet durch Bundesminister Jung und den Inspekteur des Heeres Generalleutnant Hans-Otto Budde, informierte sie sich über die Leistungsfä-

trum gezeigt wurden. Im Dezember 2006 empfing die Kanzlerin im Beisein von Minister Jung und Generalinspekteur Schneiderhan zum ersten Mal Angehörige von Soldaten, die im Auslandseinsatz waren, im Kanzleramt. Am 10. Februar 2007 besuchte Frau Merkel zum zweiten Mal die

¹⁴ UN-Resolution 1671 vom 25.04.2006 zur Absicherung der Wahlen in der Demokratischen Republik Kongo. 2.400 Soldaten, darunter 780 der Bundeswehr, waren im Einsatz. Die Mission wurde am 30.11.2006 beendet.

Münchener Konferenz für Sicherheitspolitik, die unter dem Thema „Globale Krisen globale Verantwortung“ stand.

„Dieses Konzept der „vernetzten Sicherheit“ ist auch der Kerngedanke des Weißbuchs, das die Bundesregierung ... verabschiedet hat. ... Bei jedem unserer militärischen Engagements ... müssen von Anfang an militärisch-stabilisierende Maßnahmen mit politischen und zivilen Prozessen Hand in Hand gehen. ... Wir glauben, dass, wenn das nicht der Fall ist, der Erfolg nicht möglich ist“.

Beim Einsatz in Afghanistan verlor sich dieses „Hand-in-Hand-Gehen“ im Laufe der Jahre. Das Ergebnis war, dass die Kanzlerin 2010 Fehler einräumen musste:

„Es gab manche Fortschritte, zu viele Rückschritte und unsere Ziele waren zum Teil unrealistisch hoch oder sie waren zum Teil falsch“.

Bis heute werden mangelhafte Erfolge im Kampf gegen den islamistischen Terror – neben der Bündnisolidarität der ursprüngliche Zweck des Einsatzes – durch „Kollateralnutzen“ wie die Lage der Frauen und Schulbesuch auszugleichen versucht. Am 22. Februar 2007 nahm Kanzlerin Merkel an der Festveranstaltung zum 50-jährigen Bestehen der Deutschen Militärseelsorge im Großhangar der Flugbereitschaft der Bundeswehr in Köln-Wahn teil. Am Ende einer Nah-Ost-Reise besuchte sie am 3. April 2007 das deutsche Marinekontingent, das im Rahmen des aus 7 Nationen bestehenden multinationalen Einsatzverbandes UNIFIL mit 18 Einheiten unter Flottillenadmiral Karl-Wilhelm Bollow (* 1952) die libanesischen Küstengewässer schützen soll. Die Fregatte „Brandenburg“, das deutsche Flaggschiff unter Fregattenkapitän Michael Sauerborn, hatte aus diesem Anlass im Hafen von Beirut angelegt. Danach kreuzte Frau Merkel zweieinhalb Stunden auf diesem Schiff vor der libanesischen Küste. In Gesprächen mit Flottillenadmiral Andreas Krause (* 1956) als ehemaligem und Flottillenadmiral Bollow als neuem Commander der „Maritime Task Force (MTF) 448“ wurde die Kanzlerin über die Erfahrungen und den aktuellen Stand der Operationen vor dem Libanon informiert. Bevor das Schiff wieder in Beirut einlief,

erhielt sie bei Kaffee und Kuchen im Gespräch mit Besatzungsangehörigen einen Eindruck in den Einsatzalltag der Soldaten; sie sagte dabei:

„Im krisengeschüttelten Nahen Osten leisten Sie mit Ihren Kameraden aus den anderen Nationen Beachtliches vor dem Libanon. Fern von der Heimat versehen Sie erfolgreich Ihren Dienst und tragen zur Stabilisierung nicht nur des Libanon, sondern der ganzen Region entscheidend bei“.

Beim Abschiedsbesuch des französischen Staatspräsidenten Jacques Chirac (* 1932) in Berlin am 3. Mai 2007 bildeten – anstatt des Wachbataillons – 120 Soldaten der Deutsch-Französischen Brigade in Berlin die Ehrenformation. Gemeinsam mit dem Wehrbeauftragten Reinhold Robbe weilte die Kanzlerin am 19. Juli 2007 zu einem 2-Stunden-Besuch der Marinetechnikschule (MTS), der größten und modernsten Ausbildungseinrichtung der Marine, in Parow bei Stralsund. Schulkommandeur Kapitän zur See Hans Griemens wies die Gäste in Auftrag und Ausbildung seiner Schule ein. Auf dem Programm standen – neben Gesprächen mit Soldaten – die simulierte Bekämpfung eines Schiffbrandes unter realen Bedingungen, sowie die praktische Ausbildung im Leitstand einer Fregatte.

Am 11. September 2007 nahm sie am Jahresempfang des Wehrbeauftragten in Berlin teil. Unmittelbar nach Rückkehr von ihrer ersten Reise nach Indien flog Angela Merkel am 2. November 2007 mit dem Luftwaffen-Airbus „Konrad-Adenauer“ – mit Zwischenlandung im *usbekische Termez, wo die Kanzlerin in eine Transportmaschine des Typs Transall umstieg* – überraschend nach Kabul. Ihr erster Afghanistan-Besuch war aus Sicherheitsgründen geheim gehalten worden. Zuletzt hatte mit Gerhard Schröder im Jahr 2004 ein deutscher Regierungschef Afghanistan besucht; in dessen Regierungszeit hatte der Deutsche Bundestag am 22. Dezember 2001 die Beteiligung an der ISAF-Truppe in Afghanistan beschlossen. Ursprünglich wollte die Kanzlerin schon im Sommer an den Hindukusch fliegen, doch war ihr Terminkalender wegen der deutschen EU- und G8-Präsidentschaft ausgebucht. Vor der Landung musste

die Kanzlerin eine Splitterschutzweste anlegen. Mit einem Transporthubschrauber flog sie in die Kabuler Innenstadt. Zuerst besuchte Merkel das Hauptquartier der internationalen Afghanistan-Schutztruppe ISAF, wo sie u. a. mit dem Oberkommandierenden, US-General Dan K. McNeill (* 1946) und dem deutschen Chef des ISAF-Stabes, Generalmajor Bruno Kasdorf (* 1952), sprach. Merkel betonte, dass deutsche Soldaten im Norden des Landes bleiben sollten. Einen Einsatz im Süden lehnte sie ab. Die Stabilisierung müsse mehr als bisher „ein afghanisches Gesicht“ erhalten. Ziel müsse es sein, das Land „Schritt für Schritt“ in die Lage zu versetzen, sein Schicksal in die eigene Hand zu nehmen. Von Kabul flog sie nach Mazar-i-Sharif. In dem fortähnlichen Feldlager „Camp Marmal“ in der afghanischen Steppe, das an ein römisches Kastell erinnert, liegt das Hauptquartier des „Regional Command North“ (RCN),¹⁵ das die Bundeswehr 2006 übernahm. Nach ihrer Ankunft besuchte sie mit dem Kontingentführer des 14. deutschen Einsatzkontingents und zugleich Kommandeur des RCN, Brigadegeneral Dieter Warnecke (* 1958), zunächst die Gedenkstätte für im Einsatz getötete Soldaten in Afghanistan. Dann warteten Kaffee und Schokoladentorte auf die Kanzlerin. Im Hangar des Aufklärungsgeschwaders 51 „Immelmann“ aus Jagel, das seit April 2007 sechs Aufklärungsflugzeuge vom Typ „Tornado“ dort stationiert hat, ließ sich Merkel vom Geschwaderkommandore, Oberst Karsten Stoye (* 1962) den Ablauf der Luftaufklärung und die Auswertung der Luftbilder erläutern. Sie wäre gekommen, um den Soldaten Respekt und Anerkennung auszusprechen, verlautete aus dem Tross der Kanzlerin. Nach zwei Stunden flog Frau Merkel wieder nach Termez und von dort nach Berlin zurück.

In der Adventszeit 2007 lud die Kanzlerin zum zweiten Mal Familienangehörige von Soldaten im Auslandseinsatz ins Kanzleramt ein. Am 10.

¹⁵ Dem regionalen Hauptquartier unterstehen: eine Forward Support Base (FSB), die fünf Provincial Reconstruction Teams (PRT) in Feyzabad, Kunduz, Pol-e-Chomri, Mazar-i-Sharif, und Maymaneh, ein Provincial Advisory Team (PAT), sowie die Quick Reaction Force (QRF)

März 2008 nahm Angela Merkel erstmals als Ehrengast ¹⁶ an der 41. Kommandeurtagung der Bundeswehr unter Generalinspekteur Schneiderhan im Berliner Hotel Maritim teil. In ihrer Rede konzentrierte sie sich auf die Auslandseinsätze der Bundeswehr.

„Wir wollen- ...- eine möglichst breite Unterstützung dessen, was die Bundeswehr tut, weil wir glauben, dass wir die Entsendung der Soldatinnen und Soldaten in Auslandseinsätze nach bestem Wissen und Gewissen immer dann erreichen, wenn die Unterstützung möglichst breit ausgeprägt ist“.

Dieses Ziel ist bis heute nicht erreicht. Als potentielle Gefahren nannte Frau Merkel ein Bündel von Herausforderungen u. a.: Terrorismus und religiösen Fanatismus, Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen, Regionalkonflikte und zerfallende Staatlichkeit, Trinkwasserverknappung, Migration, sowie den globalen Klimawandel.

„Politik ist auf Werten aufgebaut. Wir sind der festen Überzeugung, dass diese an Werten ausgerichtete Politik gleichzeitig auch die beste Politik ist, um unsere Interessen in der Welt wahrzunehmen. Das heißt also, interessengeleitete und wertegebundene Politik gehören zusammen. Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Menschenwürde sind dabei die Leitlinien unseres Handelns“.

Sie stellte die Frage nach der Rolle des Militärs bei der schrittweisen Umsetzung dieser Werte und nannte vier Ansätze: breite internationale Abstimmung, Bündeln der nationalen Fähigkeiten, Expertise der Nicht-Regierungsorganisationen (NGO) und schließlich internationale Vernetzung der Sicherheitsarchitektur und Optimierung der Instrumente des Krisenmanagements bei der UN, der NATO und der EU. Merkel betonte die zentrale Bedeutung der NATO, die den institutionellen Rahmen bildet, stellte zugleich aber auch kritische Fragen wie z. B. nach den Grenzen für die NATO-Mitgliedschaft, nach unserem Verhältnis zu anderen Demokratien

außerhalb der Allianz und zur Einbindung Russlands in die strategische Partnerschaft.

2007 schrieb die Kanzlerin ein Grußwort für den Erinnerungsband zum 50-jährigen Bestehen der Führungsakademie der Bundeswehr, in dem sie die Arbeit an der Aus- und Fortbildungsstätte für den Führungsnachwuchs der Streitkräfte in fünf Jahrzehnten würdigte.

Am 15. April 2008 bat die Kanzlerin erstmalig die militärische Führungsspitze zu einem zweistündigen Meinungsaustausch ins Kanzleramt. Sie wollte wissen, „wo es hakt.“ Treffen dieser Art gab es zwar in der Vergangenheit auch unter Adenauer, Kohl und Schröder hin und wieder, aber ungewöhnlich sind sie dennoch. In anderen Ministerien wäre es undenkbar, dass Abteilungsleiter – und dazu zählen die Inspektoren formell nach Rang und Besoldungsstufe – zum Regierungschef gebeten würden. Andererseits haben sie eine Sonderstellung, sind sie doch zugleich Disziplinarvorgesetzte von vielen tausend Soldaten. Eingeladen waren Generalinspekteur Schneiderhan und die Inspektoren von Heer, Luftwaffe, Marine, Sanitätsdienst und Streitkräftebasis – Hans-Otto Budde, Klaus-Peter Stieglitz, Wolfgang Nolting, Kurt-Bernhard Nakath und Wolfram Kühn. Auf der Tagesordnung standen Transformation und Ausrüstung, Einsätze und innere Lage der Streitkräfte. Bei einem Besuch der Sportstätten des Sportclubs Neubrandenburg (SCN) und des dortigen Sportgymnasiums am 18. April 2008 traf die Bundeskanzlerin mit neun Olympia-Kandidaten, dem „SCN-Team Peking 2008“ zusammen, darunter auch fünf Bundeswehrsportler. ¹⁷

Die Kanzlerin pflegt – bisweilen auch in ihrer Wortwahl – „ein distanziert-ironisches Verhältnis zu der Männer- und Technikwelt des Militärs“, schrieb die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“ im April 2008. So, als sie am Ende ihrer Rede vor den Kommandeuren in Ber-

lin deutsches Wehrgerät lobte, auf das viele in der Welt „scharf“ wären, wie auf „unsere schönen Fregatten“ und den „Leopard“.

„Nun habe ich mit meinen mangelnden militärischen Kenntnissen noch gar nicht von unseren schönen Tornados gesprochen, die sich offensichtlich auch großer Anerkennung erfreuen“.

Bei ihren Truppenbesuchen hat sie keine Berührungsängste, allerdings eine Abneigung gegen alles Aufgesetzte und Zeremonielle. Routiniert und mit Charme bewegt sie sich in der ihr fremden Welt. Unsicherheit überbrückt Merkel mit der Neugier und dem Interesse der Naturwissenschaftlerin am Unbekannten. Aber: Ein Bild von der Kanzlerin auf einem Panzer gibt es ebenso wenig wie von ihrem Vorgänger Schröder, obgleich sie in Kabul in gepanzerten Fahrzeugen unterwegs war. In der Merkel-Biographie von Langguth wird – im Zusammenhang mit der „Hohmann-Affäre“ – als einziger hoher Offizier Brigadegeneral Günzel genannt. Doch auch in anderen Politiker-Biographien ist dies ebenso.

Unter Merkels Kanzlerschaft wurde 2007 erstmals seit mehr als einem Jahrzehnt der Abwärtstrend beim Verteidigungshaushalt umgekehrt und dieser um eine Milliarde Euro erhöht. Am 4. Juni 2008 nahm die Bundeskanzlerin am Festakt anlässlich des 50-jährigen Bestehens des Beirates für Innere Führung im Jüdischen Museum in Berlin teil, wo sie u. a. sagte:

„Soldaten brauchen einen ethischen Kompass für ihre Tätigkeit. Deshalb bekennen sich nicht nur der Bundesverteidigungsminister und der Generalinspekteur zu den Prinzipien der Inneren Führung, sondern auch die gesamte Bundesregierung. ... Das heißt, die Innere Führung ist Teil und Mittel der politischen Führungsverantwortung in der Bundeswehr und damit wiederum ein Beitrag zur demokratisch-staatsbürgerlichen Kultur in unserem Land, die sich aus vielen Elementen zusammensetzt“.

Am 20. Juli 2008 war Angela Merkel – nachdem sie zuvor abgesagt hatte – unter den Gästen des Feierlichen Gelöbnisses des Wachbataillons der Bundeswehr vor dem Reichstag in Berlin, bei dem Altbundeskanzler

¹⁶ In Anwesenheit von NATO-Generalsekretär de Hoop Scheffer, des Regierenden Berliner Bürgermeisters Wowereit, des Verteidigungsministers Jung und des Wehrbeauftragten Robbe.

¹⁷ Obermaat Sonja Kesselschläger, Obermaat Julia Mächtig und Oberbootsmann Ralf Bartels sowie Hauptgefreiter Andreas Dittmer und Stabsunteroffizier Christiane Pilz.

Schmidt die Rede hielt. Als ein Jahr später, am Abend des 20. Juli 2009, 400 Rekruten des Wachbataillons der Bundeswehr aus Siegburg und Berlin zum zweiten Mal ihr Feierliches Gelöbnis vor dem Reichstag in Berlin ablegten, nahm die Kanzlerin erneut teil. In ihrer Rede bezeichnete sie die Wehrpflicht als „wichtige Klammer“ zwischen Gesellschaft und Streitkräften, die die Bundeswehr fest in der Gesellschaft verankert habe. Die Kanzlerin verteidigte den Ort des öffentlichen Gelöbnisses vor dem Sitz des Bundestages gegen die Kritik linker Gruppen. Das Reichstagsgebäude sei genau der richtige Platz, um deutlich zu machen, dass die Wehrdienstleistenden mitten in der Gesellschaft stünden.

„Sie stehen hier angetreten, um gemeinsam dem Recht und der Freiheit zu dienen. Und gleichzeitig, und das ist mir sehr wichtig, steht jeder hier als eigenständige, verantwortliche Persönlichkeit. Zusammen ergeben Sie eine lebendige Bundeswehr, eine mit Geist statt mit willenlosem Kadavergehorsam erfüllte Armee“.

Es waren nichtssagende Worthülsen, verbale Potemkinsche Dörfer, aufgefüllt mit alten Klischees aus der militärgeschichtlichen Mottenkiste, denen die Gäste applaudierten. Zur Realität der angeblich in die Gesellschaft integrierten Bundeswehr gehörte, dass wiederum 1.500 Polizisten nötig waren, um das Gelöbnis vor Störern zu schützen.

Auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2009 hatten die Kanzlerin und der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy die Stationierung eines deutschen Infanterieverbandes auf französischem Boden beschlossen. Das der Deutsch-Französischen Brigade unterstellte Jägerbataillon 291, ausgerüstet mit dem gepanzerten Transportkraftfahrzeug (GTK) „Boxer“, wurde ab Sommer 2010 unter

seinem Kommandeur Oberstleutnant Frank Lindstedt in der „Leclerc Kaserne“ im „Quartier Leclerc“ der elsässischen Gemeinde Illkirch-Grafenstaden aufgestellt. Das Bataillon ist – im Heer einzigartig – Jäger- und Aufklärungsverband zugleich.

Gerade vom eintägigen EU-USA-Gipfel aus Prag nach Berlin zurückgekehrt, startete die Kanzlerin nur fünf Stunden später in einem Nacht-

1957) dem Kommandeur des Regionalkommandos Nord, 18 und Oberst Klein – am Ehrenhain einen Kranz für die gefallenen Soldaten nieder. Der Norden des Landes werde auch in den kommenden Jahren den Schutz durch deutsche Soldaten benötigen, betonte sie und erklärte, sie halte den deutschen Einsatz in Afghanistan für ausreichend. Zwar dürfe man „deutsche Idealvorstellungen nicht einfach auf



Bundeskanszlerin Angela Merkel mit Minister Franz Josef Jung nach der Verleihung der ersten Tapferkeitsmedaillen

flug Richtung Termez. In Usbekistan stieg sie in einen Hubschrauber, der sie nach Kunduz brachte, wo sie – begleitet von Minister Jung und ihrem Gruppenleiter 22, Oberst Vad – am 6. April 2009 eintraf. Es war nach 2007 ihr zweiter Besuch in Afghanistan. „Zu ihren bevorzugten Reisezielen gehört das ferne Land am Hindukusch, ... Zu viele Taliban, zu wenig Wiederaufbau. Afghanistan wäre „wie ein Besuch in einer Fischfabrik“, schrieb ein Korrespondent. „Der unangenehme Geruch bliebe in der Kleidung hängen, man ... würde ihn lange nicht los“. Kunduz war die erste Station ihres Blitzbesuches. Dort traf sie Oberst i.G. Georg Klein, den Kommandeur des PRT, der diesen Dienstposten gerade erst angetreten hatte. Es war nach 2001 in Westerburg das zweite Mal, dass sie Klein begegnete. Die Kanzlerin legte – zusammen mit Minister Jung, Brigadegeneral Jörg Vollmer (*

dieses Land übertragen“, doch Konsequenzen wurden aus dieser zutreffenden Einschätzung nicht gezogen. Um 11 Uhr flog sie im Hubschrauber nach Masar-i-Sharif. 19 Im Tief-

18 Kommandeur der Jägerbrigade 37 in Frankenberg.

19 Das „Regional Command North“ (RCN), eines von den fünf, ISAF unterstellten Regionalkommandos, ist im „Camp Marmal“ der Hauptstadt der Provinz Balkh stationiert; seit 2006 wird es von einem deutschen Offizier geführt. Ihm unterstehen eine Forward Support Base (FSB), fünf Provincial Reconstruction Teams (PRT), ein Provincial Advisory Team (PAT) und die Quick Reaction Force (QRF). Brigadegeneral Bernd Kiesheyer fungierte von Aug 2005 bis Apr 2006 als „Regional Area Commander“. Als die Koordinierungsfunktion in eine formale Kommandostruktur umgewandelt wurde, löste ihn Markus Kneip als erster Kdr des RCN ab (April-Okt 2006). Es folgten die Brigadegenerale Volker Barth (Okt 2006-Feb 2007), Joseph Blotz (Feb-Aug 2007), Dieter Warnecke (Aug 2007-Jan 2008), Dieter

flug donnerte der Hubschrauber los, Tempo 220 bei offener Heckklappe, nur 8 bis 20 Meter über Grund, ist nichts für nervöse Magen. Merkel trug eine schusssichere Weste über ihrer blauen Regenjacke. Dann eine Schrecksekunde: Der Begleit-Helikopter stieß krachend „Täuschkörper“ aus, weil Raketenbeschuss vom Boden drohte.²³ Minuten später schlugen außerhalb des Lagers zwei Raketen ein. Im Bundeswehr-Wolf fuhr sie mit Vollmer zum tadschikisch-stämmigen Provinzgouverneur Mohammed Atta Noor. Während des Gesprächs knallte es draußen: Anschlag oder nur ein geplatzter Reifen? Merkels Sicherheitsleute wollten den Besuch eines wieder aufgebautes Krankenhauses und die Ausbildung afghanischer Polizeirekruten kippen: zu riskant wäre die Fahrt durch die Innenstadt. Doch die Kanzlerin blieb stur. So raste der Panzer-Konvoi durch die staubige Stadt. „Militärische Sicherung und ziviler Aufbau gehören zusammen“, sagte die Kanzlerin. Die Hauptstadt Kabul stand diesmal nicht auf ihrer Reiseroute.

Am 29. April 2009, nur wenige Wochen nach Merkels Besuch, fiel der Hauptgefreite Sergej Motz (1988-2009) des Jägerbataillons 292 der Deutsch-Französischen Brigade in einem Feuergefecht mit Taliban; er war der erste deutsche Soldat, der nach dem Zweiten Weltkrieg im Kampf den Tod fand. Nachdem Bundespräsident Köhler am 18. September 2008 den Stiftungserlass für das neue „Ehrenkreuz der Bundeswehr für Tapferkeit“ als weiterer Stufe des 1980 geschaffenen „Ehrenzeichens für treue Dienste und beispielhafte soldatische Pflichterfüllung“ unterzeichnet hatte,²⁰ wurde die neue Auszeichnung zehn Monate später, am 6. Juli 2009, in Berlin erstmals durch die Bundeskanzlerin (Bild 4) vier Soldaten²¹ überreicht.

Dammjacob (Jan-Jul 2008), Jürgen Weigt (Jul 2008-Jan 2009), Jörg Vollmer (Jan-Okt 2009), Jürgen Setzer (Okt/Nov 2009), Frank Leidenberger (Nov 2009-Jun 2010) und Generalmajor Hans-Werner Fritz (seit Jun 2010).

20 Der Stiftungserlass datiert vom 13.08.2008; mit Verkündung im Bundesgesetzblatt am 10. Oktober 2008 S. 1920 trat er in Kraft.

21 Hauptfeldwebel (HFw) Jan Berges (* 1980; FschJgBtl 263 Zweibrücken), HFw Alexander Dietzen (* 1976; Fsch-

Sie hatten sich nach einem Selbstmordanschlag nahe Kunduz am 20. Oktober 2008 vorbildlich um ihre verwundeten Kameraden gekümmert. In ihrer kurzen Ansprache blieb die Kanzlerin schwammig und definierte den Begriff der Tapferkeit – eine der vier Kardinaltugenden – gleichsam als eine Funktion des Zeitgeistes:²²

„Die Tapferkeit, die wir heute meinen, zielt auf die Wahrung und Verteidigung von Recht und Freiheit. Sie ist an freiheitlich-demokratische Grundwerte gebunden. Tapferkeit findet damit ihre Grundlage in der Wertordnung unserer Verfassung“.

Merkel betonte:

„Eine Armee im Einsatz braucht eine solche Auszeichnung. ... , dies ist meine Überzeugung und die Überzeugung der Bundesregierung“.

Zu einer Wiedereinführung des preußischen Eisernen Kreuzes fehlten politischer Wille, Kraft, Mut und sicher auch Verständnis für militärische Tradition. Als Hoheitszeichen am Fahrzeug: ja, an der Uniform: nein – ein typisch deutscher Widerspruch. Nach der Zeremonie zeigte sie den vier Ausgezeichneten ihr Arbeitszimmer im Kanzleramt.

Am 28. Oktober 2009 – nach der Wahl zum Deutschen Bundestag im September 2009 – wurde Angela Merkel erneut zur Bundeskanzlerin gewählt. Ihr zweites Kabinett umfasste insgesamt 16 Personen, davon sechs Damen; gedient haben vier Minister, sechs sind ungedient.²³ Zum Vertei-

JgBtl 263), Oberfeldwebel Markus Geist (* 1981; LL/LTS Altenstadt) und HFw Henry Lukács (* 1981; FschJgBtl 263).

22 Zur Verleihung muss das normale Maß der Tapferkeit (§ 7 Soldatengesetz) deutlich überschritten werden. Dies setzt bewusst angstüberwindendes, mutiges Verhalten bei außergewöhnlicher Gefährdung von Leib und Leben voraus; ebenfalls werden Standfestigkeit und Geduld zur ethisch fundierten Erfüllung des militärischen Auftrags erwartet. Was dies jedoch konkret bedeutet, bleibt unklar.

23 Wehrdienst in der Bundeswehr haben geleistet: Dr. von und zu Guttenberg (CSU), Dr. de Maizière (CDU), Niebel (FDP) und Dr. Rösler (FDP). Nicht gedient haben: Brüderle (FDP), Pofalla (CDU), Dr. Ramsauer (CSU), Dr. Röttgen (CDU), Dr. Schäuble (CDU) und Dr. Westerwelle (FDP).

digungsminister wurde Dr. Karl-Theodor Freiherr von und zu Guttenberg (* 1971), der bisherige Wirtschaftsminister, berufen; 1991/92 hatte dieser seinen zwölfmonatigen Grundwehrdienst im Gebirgsjägerbataillon 233 – zunächst bis Ende September 1991 unter Oberstleutnant Eike Grohmann und danach unter Oberstleutnant Herbert Preissing – in der Edelweiß-Kaserne in Mittenwald absolviert. Guttenberg schied als Unteroffizier der Reserve aus. Reserveoffizier wurde er nicht, weil seine Verpflichtungsdauer zu kurz war.²⁴ Das alte fränkische Adelsgeschlecht kann auf eine lange militärische Tradition zurückblicken.²⁵ Leider war der Start Guttenbergs unerwartet holprig. Grund war die Information des neuen Ministers im Zusammenhang mit der Bombardierung zweier von den Taliban im September 2009 entführten Tanklastzüge im nordafghanischen Kunduz. Von Guttenberg hatte die Entlassung des Generalinspektors und des Staatssekretärs und Oberstleutnants der Reserve Dr. Peter Wichert (* 1945) damit begründet, er wäre nicht umfassend in dieser Angelegenheit unterrichtet worden und deshalb zu einem vorschnellen Urteil gekommen, das er später revidierte. Beide mussten am 25. November ihre Posten räumen.

24 Die Zulassung zum Reserveoffizieranwärter ist bedarfsbezogen und richtet sich nach Eignung, Leistung und Befähigung. Für die Bewerber des Heeres ist eine Stellungnahme des Kompaniechefs, sowie ein Auswahlverfahren beim zuständigen Zentrum für Nachwuchsgewinnung erforderlich.

25 Sein Ur-Großvater Georg Enoch (1893-1940) war Offizier der Kaiserlichen Marine. Der Großvater, der spätere CSU-Politiker Karl Theodor Frhr. zu Guttenberg (1921-1972) trat 1936 in das Reiterregiment 17 in Bamberg ein, wurde Berufsoffizier und nahm am Zweiten Weltkrieg (in Polen, Frankreich und Russland) teil. Im Jahre 1940 stand er wegen „staatsfeindlicher Äußerungen“ vor einem Kriegsgericht, kam aber mit einer Disziplinarstrafe davon. Im Oktober 1944 geriet er als Oberleutnant der 711. InfDiv in englische Kriegsgefangenschaft. Sein Onkel Karl Ludwig Frhr. von und zu Guttenberg (1902-1945) war Offizier bei der Abwehr und wurde als Angehöriger des Widerstands kurz vor Kriegsende hingerichtet.

Durch Guttenbergs Wortwahl „vor-enthalten“ war in der Öffentlichkeit der Eindruck entstanden, der Generalinspekteur habe dem Minister vorsätzlich Dokumente verheimlicht. Dies jedoch bestritt Schneiderhan vehement als „unschön und unwahr“, und der Minister nahm es im März 2010 zurück. Schneiderhan war der bisher am längsten amtierende Generalinspekteur der Bundeswehr. Die Regierungschefin schwieg zu dem überraschenden Rauswurf des langjährigen militärpolitischen Beraters der Bundesregierung. Es war für den ranghöchsten Soldaten ein in dieser Form unverdienter Abgang in Bitterkeit. Zu einem Abschiedsbesuch empfing die Kanzlerin Schneiderhan nicht; die Abmeldung bei ihr wie auch beim Bundespräsidenten erfolgte nur schriftlich. Zum Nachfolger wurde am 1. Januar 2010 Generalleutnant Volker Wieker (* 1954), der Kommandierende General des Deutsch-Niederländischen Korps, berufen. Mit ihm trat erstmals ein Offizier an die Spitze der Bundeswehr, der als General Erfahrungen beim Einsatz in Afghanistan hatte sammeln können.²⁶ Am 2. Februar stattete er der Kanzlerin seinen Antrittsbesuch ab.

Merkels Haltung zum Afghanistan-Einsatz ist diffus. Am 8. September 2009 – kurz vor der Bundestagswahl – gab die Kanzlerin eine Regierungserklärung zu Afghanistan²⁷ ab. Mit einer „Übergabestrategie in Verantwortung“ würden die gesteckten Ziele erreicht. Über das Konzept der „vernetzten Sicherheit“ bestünde Konsens unter den Verbündeten. Sie wies auf die Bündnissolidarität hin und sagte ferner:

„Der Kampfeinsatz ... in Afghanistan ist notwendig. Er trägt dazu bei, ... Leib und Leben der Menschen hier

in Deutschland vor dem Übel des internationalen Terrorismus zu schützen. ... Der Einsatz ... war und ist im dringenden Interesse der Sicherheit unseres Landes. Er beruht auf Resolutionen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen. Die Entsendung unserer Soldaten ist seit Anfang 2002 von jeder Bundesregierung verantwortet worden“.

Sie bedauerte den Tod Unschuldiger und verbat sich Vorverurteilungen im In- oder Ausland. Die Vorverurteilung galt allerdings nicht für Oberst Klein. Während bei Berichten über Straftäter deren Namen anonym und die Gesichter unkenntlich bleiben, wurde dieses Prinzip bei dem Kommandeur des PRT in Kunduz von Medien, Politik und Datenschützern missachtet. Kein Politiker, aber auch kein militärischer Vorgesetzter stellte sich öffentlich vor ihn. Diese namentliche Nennung eines verantwortlichen Offiziers dürfte einmalig sein. Die Bundesanwaltschaft stellte im April ihre Ermittlungen gegen Klein ein, und im September 2010 kam auch die Bundeswehr zu dem abschließenden Urteil, es hätten sich keine Anhaltspunkte für ein Dienstvergehen ergeben. Zur Frage eines Kriegseinsatzes sagte Merkel in einem Interview mit der FAZ:

„Ich teile die Meinung ... , dass aus der Sicht unserer Soldaten kriegsähnliche Zustände in Teilen Afghanistans herrschen, auch wenn der Begriff ‚Krieg‘ aus dem klassischen Völkerrecht auf die jetzige Situation nicht zutrifft. Das ist alles“.

Auch später wiederholte die Kanzlerin mehrfach die These vom angeblichen Junktim zwischen der Sicherheit Deutschlands und dem Einsatz in Afghanistan, so z. B. im Koalitionsvertrag ihrer neuen Regierung vom 26. Oktober 2009:

„Es dient der Sicherheit der Menschen in unserem Land“.

Ihre Regierungserklärung vom 27. Januar 2010 war eher von Hoffnung denn von Fakten geprägt. „Die Bilanz des Einsatzes ist gemischt“, sagte sie. Als zu erreichende Ziele nannte Frau Merkel, mitzuhelfen, dem internationalen Terrorismus die Rückkehr an seine wichtigste Heimat zu verwehren, Afghanistan den Weg zurück zu Frieden und Stabilität

zu öffnen und eine internationale Strategie zur Übergabe in Verantwortung zu entwickeln. Das damit verknüpfte 5-Punkte-Programm sieht vor die Ausbildung der afghanischen Armee zu forcieren, die Zahl der deutschen Polizeiausbilder zu erhöhen, die Entwicklung des Landes und den zivilen Wiederaufbau anstatt mit 220 Mio. € nunmehr mit 430 Mio. € zu fördern, einen internationalen Reintegrationsfond zu schaffen und Ziele zur Überprüfung des Fortschritts festzulegen. Geplant ist, die Übergabe der Verantwortung einzelner Distrikte in Nordafghanistan – so sich alles positiv entwickelt – ab Mitte 2011 einzuleiten. Ein endgültiges Abzugsdatum wurde nicht genannt. Doch nachdem die vergangenen acht Jahre ohne durchgreifenden Erfolg geblieben waren, ist es schwer zu glauben, dass nun in der Hälfte dieser Zeit eine Wende erreicht werden kann. Die Begründungen für den Einsatz am Hindukusch wechselten ebenso häufig wie sie korrigiert wurden. Dabei bestünde die Aufgabe in Afghanistan, so die Kanzlerin „nicht darin, dort so etwas wie eine Staatsform nach unserem Modell zu errichten“.

Eine „ehrliche Bestandsaufnahme“ wurde zwar häufig gefordert, aber nicht umgesetzt. In einem Interview mit der „Welt am Sonntag“ vom 31. Januar 2010 bekräftigte die Kanzlerin ihren Standpunkt: „Wir sind dort, weil es um unsere Sicherheit geht“.

In ihrer Regierungserklärung vom 22. April 2010 stand der Strucksche Satz sogar im Zentrum. Von der kühl analysierenden Wissenschaftlerin war wenig zu spüren. Zwar sprach sie über Zweifel am Afghanistan-Einsatz, aber betonte zugleich, die deutsche Beteiligung wäre „alternativlos“, was in der politischen Diskussion häufig darauf hindeutet, dass Gegenargumente unerwünscht sind. Die Bedrohung, die für Deutschland von Afghanistan ausgeht, wurde – noch ganz im Banne des „Nine Eleven“ – mit dem islamistischen Terrorismus begründet. Doch die Fokussierung darauf als „zentrale Herausforderung“ ist ein Irrweg. Die NATO ist offenbar genauso unfähig wie vormalis die Sowjetunion, sich aus ihrer afghanischen Verstrickung zu lösen. Wie eine magische Zauberformel benutzt die Kanzlerin den Begriff der

26 Anfang Oktober 2009 wurde er Chef des Stabes ISAF in Kabul unter dem US-General Stanley A. McChrystal und nahm diesen Dienstposten bis zu seiner Berufung zum Generalinspekteur aus.

27 In der Nacht zum 4. September 2009 hatte ein amerikanisches Kampfflugzeug nach Anforderung durch Oberst Georg Klein, dem Kommandeur des PRT-Teams, zwei von den Taliban entführte Tanklaster im Raum Kunduz bombardiert; dabei starben zwischen 91 und 142 Menschen (die genaue Zahl wurde nicht ermittelt).

„vernetzten Sicherheit“, doch in diesem Netz haben sich UN, NATO und Deutschland nach mehr als acht Jahren am Hindukusch offenbar heillos verheddert. Fakten, die ein Scheitern belegen, werden durch den unerschütterlichen Glauben an den Endsieg am Hindukusch übertüncht.

Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee „im Sinne einer parlamentarisch konsequent kontrollierten Armee“. Doch vor Jahren schon warnte General a. D. de Maizière „vor der Versuchung ..., dass sich das Parlament auch in die operative Führung der Streitkräfte einschaltet.“²⁸ Dass die Politiker aus eigener Einsicht hier widerstehen, erscheint eher unwahrscheinlich. Daher ist die oberste militärische Führung gefordert, den Anfängen zu wehren; ob sie dazu die Kraft und den Mut hat, bleibt abzuwarten. Am 11. November 2009 weilte mit Angela Merkel erstmals ein deutscher Regierungschef als Gast bei den Feiern zum Ende des Ersten Weltkriegs in Frankreich. In der Vorweihnachtszeit, am 7. Dezember 2009, empfing die Kanzlerin – inzwischen zum vierten Mal – im Beisein der Bundesminister zu Guttenberg und de Maizière Angehörige von Soldaten und Polizisten, die zurzeit im Auslandseinsatz sind, im Kanzleramt.

„Ich werde kurz vor Weihnachten wieder das machen, was ich in jedem Jahr mache, nämlich eine Videoschaltung für alle Standorte. Damit kann ich als Bundeskanzlerin an jeden Ort – vom Kosovo bis nach Afghanistan, im Bereich von UNIFIL und am Horn von Afrika – alle auf einmal auf dem Bildschirm sehen, was die anderen so nicht können. Dann schalten wir in jeden Standort und lassen uns von dort berichten, wie die Lage vor Ort ist“.

Ende März 2010 trat Generalleutnant Budde nach Erreichen der besonderen Altersgrenze als bisher längster amtierender Inspekteur des Heeres in den Ruhestand. Generalleutnant Werner Freers (* 1954), der Chef des Stabes im Führungsstab des Heeres und Hubschrauber-Pilot, wurde sein Nachfolger. 2002/2003 sammelte auch er u. a. als Kommandeur

der „Kabul Multinational Brigade“ Erfahrung in Afghanistan.

Im Frühjahr 2010 stand die Regierungschefin zweimal an den Särgen gefallener Soldaten: Am 9. April nahm sie – nach anfänglichem Zögern – erstmals an einer Trauerfeier für in Afghanistan gefallene Soldaten teil. Sie ehrte die am Karfreitag 2010 in Kunduz gefallenen drei Soldaten der 3. Kompanie des Fallschirmjägerbataillons 373²⁹ in der evangelischen St. Lamberti-Kirche im niedersächsischen Selsingen. In ihrer Trauerre-

Volker Wieker zum zweiten Mal nach 2006 das Einsatzführungskommando (Bild 5) in Geltow bei Potsdam unter Generalleutnant Glatz. Bei ihrem Informationsbesuch erhielt die Kanzlerin ein aktuelles Lagebild über den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan. In einer Videokonferenz mit dem Kommandeur des Regionalkommandos Nord, Brigadegeneral Leidenberger, und dem Kommandeur des PRT Kunduz, Oberst Reinhard Zudrop sowie Soldatinnen und Soldaten, die derzeit in Afghanistan Dienst leisten,



Mit dem neuen Generalinspekteur General Volker Wieker (links) beim Befehlshaber des Einsatzführungskommandos GenLt Rainer Glatz (rechts)

de sagte sie, sie respektiere jene, die Zweifel am Afghanistan-Einsatz hätten, gleichwohl wäre er unverzichtbar. Erstmals nahm sie auch das bislang verpönte „K-Wort“ in den Mund, nachdem zuvor ihr Verteidigungsminister zu Guttenberg bereits diesen verbalen Rubikon überschritten hatte:

„Im Völkerrecht nennt man das, was in Afghanistan in weiten Teilen herrscht, einen nicht internationalen bewaffneten Konflikt. Die meisten Soldatinnen und Soldaten nennen es Bürgerkrieg oder einfach nur Krieg. Und ich verstehe das gut“.

Einen Tag später, am 10. April, besuchte sie mit Generalinspekteur

bekam die Kanzlerin aktuelle Eindrücke aus dem Einsatzgebiet. Bei der Pressekonferenz stellten sich Bundeskanzlerin und Befehlshaber den Fragen der Journalisten. Dabei sagte die Kanzlerin:

„Die Bundesregierung hat und wird sich auch künftig weiterhin dafür einsetzen, dass die Soldatinnen und Soldaten alles erhalten, was für Ihren Einsatz und Ihre Sicherheit wichtig ist“.

Frau Merkel versicherte, sie werde sich „solche Informationen, wie ich sie heute erhalten habe, kontinuierlich geben“ lassen. Die ausreichende Ausbildung afghanischer Sicherheitskräfte wäre der Schlüssel zum Verlassen des Landes der alliierten Truppen. Zu den öffentlichen Rat-

28 Entschieden für den Frieden 50 Jahre Bundeswehr Rombach Verlag S. 13

29 Hauptfeldwebel Nils Bruns, Stabsgefreiter Robert Hartert und Hauptgefreiter Martin Kadir Augustyniak.

schlägen ehemaliger Generale sagte sie, jeder, der einen guten Gedanken habe, sollte diesen dem Generalinspekteur direkt mitteilen.

„Erst, wenn überhaupt nichts gehört und kein Argument gelten gelassen wird, sollte man in die Öffentlichkeit gehen“. ³⁰

Damit erteilte sie den pensionierten Offizieren, die sich zu Wort gemeldet hatten, eine Abfuhr. Am 24. April nahm Frau Merkel an der Trauerfeier der vier am 15. April in Afghanistan gefallenen Soldaten ³¹ im katholischen Münster „Zur Schönen unserer lieben Frau“ in Ingolstadt teil. Das Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa wurde am 8. Mai 2010 in Moskau mit einer Militärparade auf dem Roten Platz begangen. Kanzlerin Merkel nahm als einer der Ehrengäste – wie fünf Jahre zuvor bereits ihr Vorgänger Gerhard Schröder – daran teil. Erstmals marschierten während der Zeremonie neben rund 10.000 russischen auch Soldaten aus vier NATO-Staaten – Frankreich, USA, Großbritannien und Polen – mit. *Im Anschluss legte die Kanzlerin am Grabmal des Unbekannten Soldaten an der Kremlmauer rote Rosen nieder.*

Nach dem überraschenden Rücktritt von Bundespräsident Horst Köhler nahm Angela Merkel am Großen Zapfenstreich zu Ehren des scheidenden Staatsoberhauptes am 15. Juni 2010 in Berlin teil. Wenige Wochen später, am 20. Juli 2010, legten 420 junge Rekruten des Wachbataillons vor dem Reichstagsgebäude in Berlin am 66. Jahrestag des Attentats auf Hitler in Anwesenheit der Kanzlerin ihr feierliches Gelöbnis ab. Am 30. August 2010 nahm die Kanzlerin als Gast an der Verabschiedung des

hessischen Ministerpräsidenten Dr. Roland Koch (* 1958) ³² auf Schloss Biebrich in Wiesbaden teil. Der Befehlshaber im Wehrbereich II (Mainz), Generalmajor Gerhard Stelz (* 1952), ehrte den Landeschef nach elf Jahren im Amt mit einer feierlichen Serenade des Heeresmusikkorps 2 aus Kassel.

Im Juni 2010 beschloss der Bundestag mit Koalitionsmehrheit die Verkürzung des Grundwehrdienstes von bisher neun auf sechs Monate. Die seit langem schwelende Diskussion um den Wehrdienst und die künftige Struktur der Bundeswehr wurde neu entfacht. Auf einer Tagung mit CDU-Kreisvorsitzenden sagte die Kanzlerin in Berlin noch im Juni 2010:

„Wir halten die Wehrpflicht nicht aus haushaltspolitischen Gründen für richtig. Sondern wir glauben, dass dies die richtige Antwort auf die sicherheitspolitischen Notwendigkeiten ist“.

Doch kurze Zeit später kam die Wehrpflicht auf den Prüfstand. Bisher deuten sich eine Aussetzung der Wehrpflicht und eine Verringerung der Truppenstärke an. Auf der Suche nach einer neuen Struktur der Bundeswehr sicherte Frau Merkel ihrem

³² Koch hatte nach der Schulzeit 1977 seinen Wehrdienst geleistet.

Verteidigungsminister „konstruktive Begleitung“ seiner Vorstellungen zu; Denkverbote solle es nicht geben. Eine Entscheidung wird im Herbst 2010 fallen. Da die Amtszeit der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel noch nicht abgeschlossen ist, spiegelt diese Darstellung ihre Beziehung zur Bundeswehr und ihre Haltung in sicherheitspolitischen Fragen nur bis Mitte September 2010 wider.

Literatur

- Bremm, Klaus-Jürgen; Mack, Hans-Hubertus; Rink, Martin Entschieden für den Frieden - 50 Jahre Bundeswehr 1955 bis 2005 Im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes Rombach Verlag Freiburg i.Br. 2005
- Bundesministerium der Verteidigung Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr
- Langguth, Gerd Angela Merkel Aufstieg zur Macht Biografie Deutscher Taschenbuchverlag München 2005

Bildnachweis

Bilderdienst des Presse- und Informationsamtes (BPA) der Bundesregierung (6 Bilder)

Spendenaufruf

Liebe Leser, die Arbeit der LGS erfordert Geldmittel, egal, ob an der Basis gearbeitet wird, auf Bereichs- oder auf Bundesebene. Die Aufwendungen für alle notwendigen Aktivitäten, einschließlich unserer Verbandszeitschrift, steigen mit der allgemeinen Kostenentwicklung Jahr um Jahr. Sie alle kennen das Phänomen, dass die zur Verfügung stehenden Geldmittel nicht im gleichen Maße steigen. Deshalb ist die GKS unter anderem auch auf Spenden angewiesen. Damit auch eine Spendenquittung ausgestellt werden kann, wurde der GKS e.V. gegründet, der aufgrund seiner anerkannten Gemeinnützigkeit dies quittieren kann. Auf dessen Konto gemäß der abgebildeten Überweisung bitten wir Sie um Spenden, Spendenquittungen werden danach ausgestellt und zugesandt. Ein herzliches Vergelt's Gott allen Spendern.

The image shows a sample German bank transfer form (Überweisung/Zahlschein) for 'Gem. Kath. Soldaten e.V.' (General Catholic Soldiers' Association). The form includes fields for the beneficiary's name and address, the account number (1017495018), and the amount (37060193 EUR). It also has a section for the transfer date and the transferor's signature.

³⁰ Generalleutnant Glatz ergänzte: „Ich habe als junger Oberst einem Vier-Sterne-General (Anmerkung: General Helge Hansen) gedient. Als er in den Ruhestand ging, hat er mich gefragt: Herr Glatz, was soll ich Ihnen denn versprechen? - Ich habe ihm geantwortet: Ich würde mir wünschen, dass Sie sich mit einem gewissen Abstand zum Dienst nicht mehr zu den aktuellen Ereignissen äußern. Er hat sich daran gehalten“.

³¹ Oberstabsarzt Dr. Thomas Clement Broer (BwKrankenhaus Ulm), Major Jörn Radloff (Heeresunteroffizierschule in Weiden), Hauptfeldwebel Marius Josef Dubnicki und Stabsunteroffizier Josef Otto Kronawitter (GebPiBtl 8 aus Ingolstadt).

50. Woche der Begegnung

Den Wandel mitgestalten – Glauben weitertragen

Von Montag, dem 13. September bis Freitag, den 17. September 2010 fand im Kardinal-Schulte-Haus in Bensberg die 50. Woche der Begegnung statt. Diese Jubiläumswoche stand ganz im Zeichen einer gemeinsamen Veranstaltung von Katholikenrat und Gemeinschaft Katholischer Soldaten.

Nach der Begrüßung durch den scheidenden Vorsitzenden des Katholikenrates Stabsfeldwebel Ralf Eisenhardt, sprach Militärdekan Monsignore Johann Meyer ein Grußwort in Vertretung des Leiters der Katholischen Militärseelsorge, Militärgeneralvikar Apostolischer Proto-

vorgestellt. Nachdem die Vollversammlung den Beschluss verabschiedete, über Renovabis das Engagement in Georgien weiterzuführen, wurde von den einzelnen Sachausschüssen des Katholikenrates ein Bericht über ihre aktuellen Projekte gegeben.



Der neue Vorsitzende des Katholikenrates beim Katholischen Militärbischof für die Deutsche Bundeswehr Oberstleutnant Thomas Assmuth (rechts) gratuliert Oberstabsfeldwebel Joachim Lensch, der von der Vollversammlung in das Zentralkomitee der Katholiken gewählt wurde

notar Walter Wakenhut. Da Ralf Eisenhardt für eine weitere Wahlperiode aus persönlichen Gründen nicht zur Verfügung stand, standen Neuwahlen an. Deshalb wurde vor den Berichten aus den Militärdekanaten und dem Bereich Ausland ein Wahlausschuss gebildet, der die Wahlen zum Vorsitzenden des Katholikenrates, sowie eines Vertreters des Katholikenrates in das Zentralkomitee der Katholiken (ZdK) organisierte und leitete. In den Berichten aus den Dekanaten wurde ein guter Überblick über die Arbeit in den sehr großen Bereichen gegeben. Übereinstimmend ist die Tatsache, dass bei den Dekanatssitzungen in der Regel nicht mehr alle Mitarbeiterkreise / Pfarrgemeinderäte teilnehmen können. Dies war in der Vergangenheit durch die Dienstbelastungen bedingt ähnlich, in diesen Fällen muss auf schriftliche oder elektronische Beiträge aus den einzelnen Standorten zurückgegriffen werden. Bevor Oberstleutnant Thomas Assmuth aus der Arbeit des ZdK berichtete, wurde den Delegierten die Entstehung des Aufrufes des Vorstandes des Katholikenrates an die Strukturkommission erläutert (Aufruf ist abgedruckt im AUFTRAG 279, Seite 26). Von der Arbeit des Vorstandes wurden das „Handbuch für den Pfarrgemeinderat“ durch Stabsfeldwebel Rüdiger Koethe und die Nachbarschaftshilfe 2009/2010 durch Oberstabsfeldwebel Peter Weber



Beide Vorsitzende, Ralf Eisenhardt (rechts) für den Katholikenrat und Rüdiger Attermeyer für die GKS, sorgen mit humorigen Überleitungen für einen reibungslosen Ablauf des Festaktes

Bei den Wahlen wurden folgende Ergebnisse erzielt: neuer Vorsitzender des Katholikenrates beim Katholischen Militärbischof für die Deutsche Bundeswehr ist Oberstleutnant Thomas Assmuth, als neuer Vertreter des Katholikenrates im ZdK wurde Oberstabsfeldwebel Joachim Lensch gewählt (Bild 1). Somit sind im ZdK: für den Katholikenrat



Pater Eberhard von Gemmingen SJ bei dem Festvortrag über das Laienengagement in der Weltkirche



In der ersten Runde der Zeitzeugen befragte der Moderator Oberstleutnant Stefan Graichen (rechts) den ehemaligen Vorsitzenden der Zentralen Versammlung (früherer Name des Katholikenrates) Oberstleutnant a.D. Heinrich Havermann (links) und den ehemaligen Bundesvorsitzenden der GKS Oberstleutnant a.D. Paul Schulz

Brigadegeneral Josef Blotz, Oberstleutnant Thomas Assmuth, Oberstabsfeldwebel Joachim Lensch, als Einzelpersonlichkeit General a.D. Karl-Heinz Lather, für die GKS über die Arbeitsgemeinschaft Katholischer Organisationen Deutschlands (AGKOD) Oberst a.D. Karl-Jürgen Klein.

Am Mittwoch wurde der Vormittag mit einem gemeinsamen Festakt aus Anlass der 50. Woche der Begegnung begangen. Beide Vorsitzende, Stabsfeldwebel Ralf Eisenhardt und Oberstleutnant Rüdiger Attermeyer (Bild 2) führten mit gemeinsamen Ansagen durch diesen Festakt, der musikalisch umrahmt wurde. Pater Eberhard von Gemmingen SJ (Bild 3) begann mit einem Vortrag über das Thema: „Den Wandel mitgestalten – Glauben weitertragen. Das Laienengagement in der Weltkirche“. Bei diesem Vortrag wurde deutlich, dass die Laien in der ganzen Welt sich aktiv in ihre Kirche einbringen. Das Besondere an der Situation der Katholischen Kirche in Deutschland sei das Verbandswesen, welches es in dieser ausgeprägten Form sonst nicht gäbe, führte der langjährige Korrespondent aus dem Vatikan aus.

Im zweiten Teil des Festaktes blickten Zeitzeugen zurück: „Erfahrungen des organisierten Laienapostolates in der Katholischen Militärseelsorge“. Auf dem Podium befragte der Moderator Oberstleutnant Stefan Graichen zuerst den ehemaligen Vorsitzenden der Zentralen Versammlung (früherer Titel des Katholikenrates) Oberstleutnant a.D. Heinrich Havermann und den ehemaligen Bundesvorsitzenden der GKS Oberstleutnant a.D. Paul Schulz über ihre Erinnerungen (Bild 4). Als Vertreter des organisierten Laienapostolates in der Militärseelsorge berichteten sie aus der Zeit der Konfrontation der Blöcke, als Friedensbewegungen gegen die Bundeswehr agitierten, wie man sich damit auseinandersetzte und über die Phase der Wiedervereinigung, als Euphorie und Aufbruchstimmung bei den westdeut-

schen Zeitzeugen auf Skepsis bei den ostdeutschen Menschen stieß, die jeder Organisation erst mal misstrauten. In der zweiten Runde wurden als Vertreter der Militärseelsorge Prälat Walter Theiß, langjähriger Geistlicher Beirat des Bundesvorstandes der GKS und der Wissenschaftliche Mitarbeiter im Katholischen Militärbischofsamt Manfred Heinz befragt. Der Schwerpunkt ihrer Erinnerungen lag in der Zusammenarbeit mit den Laienorganisationen, aber auch in der Arbeit der Kurie, als die Armee noch 450.000 Mann stark war, nach der Wiedervereinigung auf 690.000 Soldaten anstieg, um dann auf 250.000 reduziert zu werden. Hörenswert natürlich ebenso die Erinnerung, wie die Militärseelsorge nach der Wiedervereinigung in den neuen Ländern agierte, um die Menschen zu erreichen, die nur erlebt hatten, dass derjenige, der sich auf Kirche und Glauben einließ, mit Schwierigkeiten zu rechnen hatte. In der dritten Erinnerungsrunde wurden die „Bedarfsträger“ der Militärseelsorge befragt. Frau Inge Lather, die mit ihrer Familie Mann 19 mal den Standort wechselte und in der Pfarrgemeinde stets die ersten Ansprechpartner fand, sowie aus dem Bereich Ausland Oberstabsfeldwebel Joachim Lubowski (Bild 5). Durch die internationalen Verwendungen in der Laufbahn von General Lather konnten beide aus ihren Erfahrungen mit Katholischer Militärseelsorge



Die „Bedarfsträger“ der Militärseelsorge kamen ebenfalls zu Wort. von links: Oberstabsfeldwebel Joachim Ludowski, Inge Lather und als Vertreter der Militärseelsorge Prälat Walter Theiß

im Ausland berichten, wie sie dort nicht nur Ansprechpartner fanden, sondern auch Unterstützung.

Zum Abschluss des Festaktes trug Apostolischer Protonotar Walter Wakenhut als Leiter der Katholischen Militärseelsorge in der Vakanzzeit über die Zukunft der Militärseelsorge und die Perspektiven für das organisierte Laienapostolat innerhalb der Militärseelsorge vor. Trotz bevorstehender Einschnitte und Änderungen in der Bundeswehr, die auch an der Seelsorge für die Soldaten und ihren Angehörigen nicht spurlos vorbeigehen wird, war Generalvikar Wakenhut optimistisch, dass die Militärseelsorge mit ihren engagierten Laien sowohl in der Rätestruktur als auch im Verband die Schwierigkeiten meistern würden. Da noch keinen genauen Zahlen und Strukturen



Das Saxophon Quartett, welches den Festakt mit Musik umrahmte

vorlägen, sei es schwierig, Vorhersagen zu treffen, aber im gemeinsamen Vorgehen an die Probleme läge die Chance, Stolpersteine abzuschleifen und die Arbeit für die Soldatinnen und Soldaten zu optimieren.

Mit einem letzten, furiosen Auftritt des Saxophon Quartetts (Bild 6), das den Festakt zwischen den einzelnen Abschnitten umrahmte, endete die Veranstaltung anlässlich der 50. Woche der Begegnung. Bevor die angereisten Delegierten der GKS und die Vollversammlung zum Feierlichen Gottesdienst nach St. Gereon aufbrachen, berichtete Oberstleutnant Attermeyer von der GKS und Ralf Eisenhardt sprach sein Schlusswort.

Die Bundeskonferenz der GKS ab Donnerstag sah nach der Begrüßung und den Grußworten den Lagebericht des Bundesvorsitzenden mit einer anschließenden Aussprache vor. Nach der Mitgliederversammlung des FGKS e.V. trug Brigadegeneral Reinhard Kloss (Bild 7) über die Attraktivität des Dienens in den Streitkräften in Zeiten des Umbruchs vor. Da weder der Umfang noch die endgültige Finanzausstattung der Streitkräfte festgelegt sind, sind alle Planungsvorstellungen unter Vorbehalt gestellt. Auf alle Fälle wird die auf die Armee zukommende Umstrukturierung eine Herausforderung, denn die Einsatzaufträge werden wegen der Reform nicht unterbrochen werden können. Dies bedeutet, dass auf die Angehörigen der Bundeswehr, ob zivil oder in Uniform, und deren Familie eine Zeit äußerster Anspannung zukommt. Dies gilt es zu begleiten und die negativen Auswirkungen abzufedern. Bevor am Freitag die Mitgliederversammlung des GKS e.V. die Bundeskonferenz quasi beendete, war der Vortrag des Bundesvorsitzenden mit Aussprache über die verabschiedeten Grundlagen der GKS Gegenstand der Bundeskonferenz. Hier machte Rüdiger Attermeyer seine Auffassung über die inhaltliche Arbeit, die jetzt im Vordergrund stehen sollte, klar. Die Grundlagen sind mit dem Leitershofener Programm und der Fuldaer Ordnung vorgegeben. Es gilt diese in allen Bereichen mit Leben zu füllen, damit das organisierte Laienapostolat seinem Auftrag auch gerecht wird. Mit Schwung geht die Gemeinschaft Katholischer Soldaten in ihr Jubiläumsjahr, denn 2011 feiern wir 50 Jahre GKS (mit Vorläufer Königsteiner Offizierkreis). Während der Akademie Korn im November 2011 wird dazu eine Festveranstaltung durchgeführt werden.

(Text: BB, Fotos: F. Brockmeyer) □

Priesterweihe Alois Schmidt

„Was er euch sagt, das tut“

Soldat a.D. wird Priester



Der Regensburger Bischof Gerhard Ludwig Müller (links) mit Alois Schmidt während der Weihe

Am 26. Juni 2010 wurde Alois Schmidt, zusammen mit sieben weiteren Diakonen, im Dom zu Regensburg zum Priester geweiht. Alois Schmidt, 1951 in Friedersried geboren und aufgewachsen in Roding in der Oberpfalz, hat als Berufssoldat nach 35 Dienstjahren und seinem Ausscheiden aus der Bundeswehr im Jahre 2004 mit 53 Jahren ein Studium der Theologie im Bistum Regensburg begonnen. Sein Ziel war es, Priester zu werden. Stationen seines Studiums waren die päpstliche theologische Hochschule des Cisterzienserstiftes Heiligenkreuz im Wiener Wald nahe der Stadt Wien und das Priesterseminar St. Wolfgang in Regensburg. Die Diakonweihe fand am 05. Dezember 2009 in Amberg statt, seinen Einsatz als Diakon leistete er in der Pfarreiengemeinschaft in Bernhardswald in der Nähe von Regensburg.

„Was er euch sagt, das tut!“

Das ist der Primizspruch, den sich Alois Schmidt erwählt hat. Dieser Satz begleitete ihn in seinem bisherigen Leben – und er wird ihm auch künftig Richtschnur sein. Sehr beeindruckend war die Priesterweihe am Samstag, den 26.06.2010 im Dom zu Regensburg. Bischof Gerhard Ludwig Müller (Bild 1) fand treffende Worte: „... Heute wird euch von Gott nicht einfach irgendein religiöses Amt übertragen. Was ihr empfangt, ist das Amt der Weihe. Ihr werdet bestellt zum Dienst der Versöhnung, die Gott durch Christus allen Menschen geschenkt hat. Euch wird das Wort der Versöhnung zur Verkündigung anvertraut.“ Der Domplatz war voll von Menschen; viele Verwandte und Freunde bereiteten den Neupriestern einen herzlichen Empfang beim Auszug aus dem Dom. Nach kurzen Gesprächen gingen die jeweiligen Priester mit ihren Angehörigen und dem Bischof ins Priesterseminar zum gemeinsamen Mittagessen.



Der „junge“ Pfarrer Alois Schmidt während seines Primizgottesdienstes

Nachmittags um 17.00 Uhr war der Heimatempfang von Alois Schmidt in der Pfarrgemeinde St. Pankratius in Roding. Nach einem kurzen „Umzug“ vom Pfarrheim zur Kirche, wo die Kinder der Kindergärten Roding und Mitterdorf einen herzlichen Empfang mit Blumen und Gedichten darboten, fand dort dann in der Kirche ein musikalisch gestalteter Vespersgottesdienst statt. Anschließend begab man sich ins Pfarrheim zu einem gemütlichen Beisammensein mit Vertretern der Stadt, der Kirchengemeinde, Vertretern der Vereine und einer Abordnung von Reservisten der Bundeswehr sowie Angehörigen und Freunden.

Sonntag im Zeichen der Primiz.

Bei strahlendem Sonnenschein traf man sich gegen 9.00 Uhr neben dem Pfarrhaus zur „Abholung des Neupriesters von zu Hause“. Viele Gäste, Geistliche, Ordensfrauen und Ministranten sowie Vertreter der bayerischen Staatsregierung, des Landkreises, der Stadt Roding und der Marktgemeinde Bernhardswald formierten sich zum Kirchenzug und machten sich auf den Weg, um Alois Schmidt und seine Familie von zu Hause abzuholen. Unter der Führung der Stadtkapelle nahmen verschiedene Ortsgruppen

mit ihren Fahnen (wie Kolping, KAB, Marianische Männerkongregation, Josefverein, Katholischer Frauenbund, Feuerwehr, Malteser) teil. Den Rest des Weges bis zum Einzug in die Kirche zum Primizgottesdienst ging Alois Schmidt mit allen gemeinsam.

Sehr würdevoll fand der Primizgottesdienst (Bild 2) statt. Der Kirchenchor unter der Leitung von Chorregent Georg Dieß begleitete den Gesang, Dekan BGR Thomas Schmid (Pfarrer der Pfarrei Bernhardswald) hielt die Festpredigt. Die Fürbitten waren sehr persönlicher Art und die Gaben wurden in einer Gabenprozession von verschiedenen Gruppierungen zum Altar gebracht.

Alle anwesenden Vereine und Verbände erhielten am Ende des Gottesdienstes ein Fahnenband mit dem Aufdruck dieses bedeutenden Ereignisses überreicht. Mit dem Primizsegen über alle Gottesdienstbesucher endete diese Messfeier. Das „Primizmahl“ in der Stadthalle zu Roding war ein weiterer Höhepunkt. Hier ergriffen viele Gäste die Gelegenheit, offiziell und privat dem Neupriester zu gratulieren und ihm Gottes Segen für seine kommende Zeit zu wünschen. Der Abschluss des Tages war dann die Dankandacht um 17.00 Uhr in der Pfarrkirche, an die sich der Einzel-Primizsegen (ein persönlicher Segen mit Handauflegung des Neupriesters) anschloss. Diese Einzelsegnungen dauerten ca. zwei Stunden; sehr viele Menschen waren dort und erbaten diesen besonderen Segen!

In einem persönlichen Gespräch mit Alois Schmidt berichtete er, dass er seit seiner Jugendzeit und während der Bundeswehrzeit in Sachen „Kirche“ engagiert sei und es für ihn schon lange klar war, einen Beruf in dieser Richtung auszuüben. So fühle er, dass Gott ihn gerufen habe und er sich nun sicher sei, dass er als Priester im Weinberg Gottes mitarbeiten soll. Mit Gottes Hilfe werde es ihm gelingen. Als Neupriester tritt er ab August 2010 seine erste Kaplanstelle als Pfarrvikar in der Pfarreiengemeinschaft Bernhardswald, Pettenreuth mit Kürn und Lambertsneukirchen an, wobei sein Schwerpunkt in der Pfarrgemeinde in Pettenreuth und im Benefizium Kürn liegt. Sein Wohnsitz wird im Pfarrhaus in Kürn sein.

(Fotos und Text: Brigitte und Hans-Jürgen Mathias)

Redaktionsschluss für

AUFTRAG 291

Freitag, 28. 01. 2011

55. Gesamtkonferenz

Glaubensverkündigung in der Postsäkularen

Von Montag, dem 18.10.2010 bis Freitag, den 22.10.2010 fand in Berlin-Steglitz die 55. Gesamtkonferenz der katholischen Militärgeistlichen, Pastoralreferentinnen und -referenten statt. Bis zum Gästeabend am Mittwoch war die Konferenz quasi öffentlich, danach tagten die Seelsorger intern.

Militärgeneralvikar Apostolischer Protonotar Walter Wakenhut begrüßte unter den zahlreichen Gäste mit besonderer Herzlichkeit die ausländischen Militärseelsorger, darunter die anwesenden Militärbischöfe aus Ungarn, Ukraine und der Slowakei (ab Mittwoch). In seinem Lagebericht ging Generalvikar Wakenhut auf die Personallage ein. Da der Priestermangel in den Ortsdiözesen größer wird, sei es immer schwieriger, Priester für die Militärseelsorge zu gewinnen. Diese Problematik sei ein Dauerthema bei den Bischofskonferenzen in Deutschland. Der Dienst in der Militärseelsorge sei unbestritten und wird von den Diözesanbischöfen auch als wichtiger Dienst angesehen, führte Wakenhut aus. Letztendlich seien die Ortsbischöfe aber für ihren Verantwortungsbereich zuständig. In der zukünftigen Struktur der Bundeswehr – wie immer diese auch aussehen möge und mit welchen Zahlen diese unterlegen werden würde – sei der Stellenwert der Militärseelsorge zwar anerkannt, aber mit Einschnitten müsse gerechnet werden, so der Leiter der Katholischen Militärseelsorge in Deutschland. Weiter führte er aus, dass ab Sommer 2010 eine erste Befragung durchgeführt würde mit dem Ziel, die Milieus in Deutschland zu untersuchen. Da sich die Grenzen dieser Milieus verschoben, seine auch neue Studien dazu notwendig, um für die Zukunft gewappnet zu sein. Man müsse die Zukunft aktiv gestalten und nicht auf Entwicklungen warten.

Generalvikar Wakenhut sprach von einer möglichen Flexibilisierung der Dienstzeiten von Militärseelsorgern, um gut ausgebildete und bewährte Pfarrer nicht zu verlieren, wies aber daraufhin, dass die dazu notwendigen Entscheidungen nicht in aller kürzester Zeit fallen können, da dem dienstrechtliche Probleme ebenso entgegenstünden wie die Bedenken der Diözesen, die auf „ihre“ Pfarrer warten würden. Als positive Entwicklung sah Wakenhut die Durchführung des Lebenskundlichen Unterrichtes. Die neue Vorschrift nähme den Dienstvorgesetzten in die Pflicht, die Militärseelsorge sei für die Durchführung verantwortlich. Diese müsse qualitativ hochwertig durchgeführt werden, damit das Ziel der ethischen Aus- und Weiterbildung der Soldatinnen und Soldaten auch erreicht würde. „Eine professionelle Armee braucht professionelle Seelsorger und Lehrer“ führte Wakenhut in seinem Bericht. Er verwies auf die Leistungen des emeritierten Bischofs Dr. Mixa hin, der nicht nur die Zusammenarbeit der Militärseelsorge mit dem Institut für Ehe und Familie fördere, sondern auch das Institut für Theologie und Frieden in Hamburg gründete und als letzte offizielle Amtshandlung das Zentrum für ethische Bildung in den Streitkräften (zebis) eröffnete.

Die Laienarbeit nahm im Bericht zur Lage des Militärgeneralvikars wie gewohnt einen breiten Raum ein. Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten und die Gremien

der Rätestruktur seien nicht Belastung sondern Basis des Arbeitens vor Ort. Auch wenn es negativ Beispiele geben sollte, bleibe doch die von Erzbischof Zollitsch in seinem Eröffnungsreferat erwähnte Tatsache, dass die Kirche nur in der Gemeinschaft der Glaubenden stark sei (das Impulsreferat des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz war ebenso wie das Werkheft 2010 den Teilnehmer in der Konferenzmappe ausgehändigt worden). Gerade in der Zeit, in der die Katholiken prozentual gesehen immer weniger werden, sei es unabdingbar zusammenzuarbeiten, führte der Militärgeneralvikar aus und zitierte aus seinen Ausführungen zur Woche der Begegnung: „In Zukunft wird dieses, der Laien Engagement und ich sage jetzt sehr bewusst ihr Zeugnis noch mehr gefordert werden (Hervorhebung durch Militärgeneralvikar)“. Den Bericht zur Lage der Militärseelsorge beschloss Apostolischer Protonotar Wakenhut mit dem Dank an alle, die sich für die Militärseelsorge engagierten.

Der erste Gastreferent Prof. Dr. Hans Joas¹ trug am Dienstagvormittag zu dem Thema vor: „Religion in Europa: Pluralismus, Säkularisierung, neue Vitalität“. In freier Rede trug Prof. Joas seine Thesen vor, dass Europa nicht – wie immer behauptet – einheitlich auf das christlich-jüdische Geschichtsbild zurückblicken könne, die Säkularisierung keine Folge der Modernisierung gewesen sei und dass die Säkularisierung eben nicht irreversibel sei. Für die erste These des einheitlichen religiösen Geschichtsbildes führte der Redner an, dass im asiatischen Teil Europas das Osmanische Reich schon sehr früh den Islam in den europäischen Raum gebracht hätte und dass in Folge der Christianisierung viele Stämme ihre alten Gewohnheiten in das Christentum hinüber gerettet hätten, wie es zum Beispiel in Litauen im 14. Jahrhundert geschehen wäre. Eine rückwärts gewandte Idealisierung führte zur Verdrängung der Tatsache, dass ein religiöser Pluralismus in Europa vorhanden war. Bevor der Referent auf die Säkularisierung zu sprechen kam, führte er aus, dass dieser Begriff so vielfältig sei, dass er zu Beginn postulieren müsse, im Vortrag den Begriff „Säkularisierung“ nur zu verwenden im Sinne „Abnahme der Bedeutung des Glaubens“. Geschichtlich betrachtet würde das Phänomen der Säkularisierung in Schüben auftreten, führte Prof. Joas aus, die er an den Jahren 1791 bis 1803 und 1969 bis 1973 beispielhaft erklärte. Die Französische Revolution wäre zu Beginn 1789 nicht antichristlich gewesen, dies sei erst in der Zeit der Tribunale so geworden, als man für die nicht eintretenden Erfolge der Revolution Sündenböcke bräuchte und auf die Kleriker zurückgriff. 1968 sei die alten gesellschaftlichen Klammern gelöst worden, bis dann ab 1969 die Sakralisierung des Körpers mit der ein-

1 Professor Dr. Hans Joas von der Universität Erfurt, Jahrgang 1948, Studium in München und Berlin

hergehenden Überbetonung des Eros gekommen sei, die letztendlich in die feministische Gleichstellung gemündet habe. Die wachsende Industrialisierung mit der damit verbundenen Urbanisierung der Bevölkerung habe zu einem Rückgang der Religion geführt, aber nicht zu einem Rückgang des Glaubens, erklärte der Redner. Dass die Säkularisierung nicht irreversibel (also umkehrbar) sei, erklärte Prof. Joas an den Beispielen der USA sowie Südkorea. Durch die intellektuelle Erschütterung durch die Säkularisierung sei Raum für Diskussionen entstanden, der den Glauben wieder belebte. In den beiden genannten Ländern sei durch christliche Migration eine Wiederentdeckung der christlichen Wurzeln in Gang gesetzt worden, der sich vor allem in höheren Bildungsanstalten – meist privater Natur – widerspiegeln würde. In der anschließenden Diskussion über diese Thesen nahm vor allem die Zeit nach 1968 breiten Raum ein. Das Anbieten der katholischen Werte würde diese kulturelle Erschütterung in die richtigen Bahnen lenken, trug Prof. Joas seine Meinung vor. Dabei sei die Wirkung des Papstes nicht zu unterschätzen. Gerade in der Diskussion um „eros“ sei das Katholische prädestiniert, diese Diskussion mit den Fundamentalisten zu führen, da die starken Beharrungskräfte des Katholizismus eine Art „Denkpause“ schaffen würde, sagte Prof. Joas zum Schluss der Diskussionsrunde.

Der zweite Gastreferent Prof. Dr. Hans-Joachim Höhn² trug am Mittwochvormittag zu dem Thema vor: „Glaube und christliche Verkündigung in postsäkularer Kultur: Krise der Säkularität und Wiederkehr der Religion?“ Prof. Höhn machte zuerst deutlich, was Religion nicht mehr sei: nicht

mehr die Erklärung der Welt, die Legitimation von Herrschaft, kein Kitt der Gesellschaft mehr, ebenso wenig wie ein „Sammeldepot“ für Werte. Die Religion heute würde wiederbelebt durch ihre Rolle als Medium von sozialen Konflikten aber genauso als „Lieferant“ für Riten und Gebräuche, was letztendlich nur die Sehnsucht des Menschen nach „geordneten Verhältnissen“ wiedergibt. Die Lehrer der reinen Vernunft seien gescheitert, denn man sei zur Einsicht gekommen, dass es zwar nicht ohne Vernunft ginge, aber nicht mit ihr allein, führte Prof. Höhn aus. Religion sei die Chance der Sinnstiftung, weil die Vernunft dies einfach nicht leisten könne! Der Islam sei nicht der Grund für die Revitalisierung, erklärte der Redner, denn im Wettbewerb zwischen Kirche und dem Islam gewönne die Kirche durch die durchlaufene Aufklärung immer gegen den starren Islam, war die Meinung von Prof. Höhn. Das Erfolgsmodell Militärseelsorge könne ein Vorbild für eine Reform der „Gemeindepastorale“ sein, da feststehende, in sich geschlossene Gemeinden heute nicht mehr die Regel seien. Die Säkularisierung bezeichnete Prof. Höhn als eine „Nabelschau der westlichen Welt“, da sie die Weltkirche „Katholizismus“ nur wenig tangiere, wie die Zuwachsraten in Afrika und Südamerika zeigten. Der Referent zeigte sich überzeugt, dass eine Stärkung der Laien und der katholischen Verbände die Attraktivität der Kirche deutlich erhöhen würde. Hier stelle sich dann die Frage nach der Professionalität der engagierten Laien. Eine Aus- und Weiterbildung sei hier die Investition für die Zukunft, um eine Interaktion in sozialen und religiösen Netzwerken zu realisieren. Den heutigen Zustand der Kirche beschrieb der Redner: „Die Menschen haben Sehnsucht nach Religion, die Kirche hat Sehnsucht nach sich selbst“. (BB)

2 Professor Dr. Hans-Joachim Höhn von der Universität Köln, Jahrgang 1957, Studium der Philosophie und Theologie in Frankfurt und Rom

Kurznachrichten

Leitwort für den Katholikentag Mannheim beschlossen

„Einen neuen Aufbruch wagen“ lautet das Leitwort für den 98. Deutschen Katholikentag, der vom 16. bis 20. Mai 2012 in Mannheim stattfinden wird. Mit diesem Beschluss folgte der Hauptausschuss des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) in seiner Sitzung am Freitag, dem 15. Oktober 2010 dem Vorschlag der Katholikentagsleitung. „Kirche und Gesellschaft stehen gleichermaßen an einem Wendepunkt. Ohne den tatkräftigen Willen zur Erneuerung werden wir weder die gegenwärtige Krise unserer Kirche überwinden, noch die gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen in unserem Land und in der globalisierten Welt bewältigen“, unterstrich der Präsident des ZdK, Alois Glück, bei der Vorstellung des Leitwortes. „Der Katholikentag in Mannheim soll ein Zeichen setzen, dass wir zu Reformen bereit sind und einen neuen Aufbruch wagen wollen“, unterstrich der ZdK-Präsident. Das Leitwort habe aber ebenso eine wichtige gesellschaftliche Botschaft, hob Glück hervor. Viele gesellschaftliche und politische Indikatoren zeigten, dass die Entwicklungen der letzten Jahrzehnte sowohl national wie international nicht einfach fortgeschrieben werden könnten. Erneuerung und Mut zu einem neuen Weg sind deshalb nicht nur für unsere Kirche, sondern auch für die Gesellschaft und den Staat dringend notwendig. „Wir brauchen eine zukunftsfähige Kultur, eine Kultur des Verständnisses und des Miteinanders“, so Glück. „Nur so werden wir Probleme wie Migration und Integration, die dringend notwendige Neugestaltung der Finanz- und Wirtschaftsordnung sowie die internationale Friedensordnung durchsetzen. Nur mit einem neuen Lebensstil wird es gelingen, die ökologische Krise abzuwenden.“ Glück erinnerte daran, dass schon der Ökumenische Kirchentag in München mit dem gemeinsamen Appell endete: „Lasst uns einen neuen Aufbruch wagen.“

ZdK-Pressemitteilung)

GKS Kreis München

Tapetenwechsel für ein Wochenende

Wer wünscht sich das mal nicht. Ein Tapetenwechsel für ein Wochenende. Familien der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) trafen sich vom 25. bis 27. Juni 2010 im Allgäuhaus bei Wertach, um sich über Familie und Dienst zu unterhalten. Für mich und meine Fa-



milie war es der erste Kontakt mit der Münchener GKS. Zu meiner Überraschung waren mir die Teilnehmer nicht so fremd wie erwartet, denn ich traf bekannte Gesichter aus dem Dienstalltag und aus vereinten Veranstaltungen der Katholischen Militärseelsorge. Nach dem gemeinsamen Abendbrot stand am Freitag noch eine lockere Vorstellungsrunde auf dem Programm. Im Anschluss gab es für die Teilnehmer noch ausreichend Gelegenheit bei einem Getränk sich näher kennen zu lernen und so fühlten wir uns schon nach kurzer Zeit gut aufgehoben.

Ein Höhepunkt der Veranstaltung bildete sicherlich der Vortrag von Michael Breitsameter, Leiter der katholischen Jugendfürsorge der Diözese Augsburg e.V., mit dem Thema: Lebenslauf einer Beziehung. Hinter dem Titel des Vortrags versteckte sich eine durchaus wichtige Lebenshilfe, denn gerade Soldatenfamilien leiden unter einer hohen Trennungsquote. Der Beruf eines Soldaten bringt außergewöhnliche Belastungen mit sich, seien es Auslandseinsätze, häufige Versetzungen oder auch Dienstreisen. Was könnten wir in unserem gemeinsamen Familien-Alltag verbessern? Diese Frage, sowie weitere Potentiale und Brennpunkte wurden in Gruppenarbeiten erörtert. Aber nicht nur die Eltern waren gefragt. Auch die Kinder haben, getrennt von Mama und Papa, eine Liste erstellt, was Sie sich von den Eltern erwarten und welchen Beitrag sie leisten wollen für ein entspanntes Familienglück. Auch wenn nicht jeder vorgetragene Gedanke generell übertragbar ist,

so war der Ratgeber ein wertvoller Anstoß über das eigene Familienleben nachzudenken. Damit den Eltern dafür überhaupt Zeit blieb, war der Kinderbetreuung unter Leitung von Carmen Luckas zu verdanken.

Am Abend wartete auf die Kinder und Eltern ein ganz besonderes Highlight – ein Sonnwendfeuer (Bild). Imposant war das aufgestapelte Brennholz, das die Jugendlichen in den Nachmittagstunden zusammen mit dem Betreuer Franz Xaver Kreuzer aus dem Wald zogen. „Ich weiß gar nicht mehr, wann ich das letzte Mal an einem Lagerfeuer gegessen habe und Lieder gesungen habe“, sagte ein GKS-Mitglied nachdenklich.

Zwei Meditationen unter dem Namen „Kostbare Momente“ und „Augenblicke der Stille“, organisiert durch Gudrun Kießner bildeten den besinnlichen Teil der Veranstaltung. Für den Sonntagsgottesdienst mit Eucharistiefeier in der Hauskapelle konnte Militärfarrer Martin Roth vom Standort Kaufbeuren gewonnen werden.

Ein insgesamt positives Feedback erwartete Reinhard Kießner zum Abschluss der Veranstaltung. Nicht zu unrecht. Denn hinter der reibungslosen Veranstaltung, die gleichzeitig seine letzte als GKS-Kreisvorsitzender war, steckte viel Organisationsarbeit im Verborgenen. Auch ich schließe mich dem Lob der anderen Teilnehmer an. Für mich und meine Familie war es ein rund herum gelungenes Wochenende. □

(Foto und Text: Uwe Henning)

GKS-Kreis Wildflecken

Vater-Kind-Camp 2010

Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS), Kreis Wildflecken hat vom 23. bis 25. Juli 2010 auf dem Truppenübungsplatz Wildflecken erstmalig ein Vater-Kind-Wochenende durchgeführt.

Sechs mutige Väter mit ihren insgesamt 13 Kindern versammelten sich am Freitag um 15:00 Uhr in der Rhönkaserne, um von dort geschlossen zu einem Zeltplatz auf dem Truppenübungsplatz zu verlegen. Trotz des schlechten Wetters wurden die Zelte mit vereinten Kräften zügig aufgebaut, so dass Regen und Wind den Teilnehmern nichts anhaben konnte.

Die verantwortlichen Organisatoren der Veranstaltung, Hauptfeldwebel Christan Hüfner und Stabsfeldwebel Dieter Vorndran führten dann nach soldatischem Vorbild eine Einweisung in den geplanten Ablauf durch – das Leben im Camp konnte beginnen.

Als alle mit gegrillten Steaks und Würstchen gestärkt waren, wurde die von den Kindern selbst gestaltete Lagerfahne gehisst. Danach versammelte man sich am gemütlichen Lagerfeuer, um den ersten Tag mit Gitarrenmusik und Gesang ausklingen zu lassen.

Nach einer erholsamen Nacht in freier Natur wanderte die wackere Gemeinschaft nach einem ausgiebigen Frühstück gemeinsam in das nahe gelegene Freizeitbad. Anschließend wurden nach ausgedehntem Badevergnügen

im Camp die Energiereserven mit Eintopf, Würstchen und Getränken wieder aufgefüllt, so dass man für den Abend gerüstet war:

Unsere tapferen Helden begaben sich nach Einbruch der Dunkelheit auf eine spannende Schatzsuche, die nach zweistündigem Fußmarsch über sechs Kilometer in einem Bachbett ihren krönenden Abschluss fand. Ausgelassen wanderten die Abenteurer im Fackelschein ins Camp zurück und müde, aber glücklich verkrochen sie sich in die Schlafsäcke.

Am Sonntagmorgen wurde gemeinsam ein Feldgottesdienst vorbereitet, ein selbst gezeimertes Birkenkreuz durfte hierbei nicht fehlen. Pünktlich zum Mittagessen trafen der Militärpfarrer Stefan Frank und sein Pfarrhelfer Achim Blum aus Hammelburg ein. Ebenso erschienen auch die Mütter bzw. Ehefrauen unserer mutigen Männer.



Nach dem nachmittäglichen Gottesdienst – besonderer Dank gilt hier Pfarrer Frank für die kindgerechte Durchführung – wurde die Lagerfahne eingeholt. Zum Abschluss gab es Kaffee und Kuchen und danach trennten sich unsere Wege, jedoch nicht ohne sich das gegenseitige Versprechen zu geben: Diese tolle Veranstaltung muss auch nächstes Jahr wieder stattfinden. □

(Foto und Text: Dieter Vorndran)

GKS-Kreis Mainz

Feldgottesdienst im „Kloster“

Die Katholische Militärkirchengemeinde Mainz feierte am 23.10.2010 den diesjährigen Feldgottesdienst in der ehemaligen, vor ca. 200 Jahren säkularisierten Zisterzienser Abtei Kloster Eberbach im Rheingau

Darüber hinaus wurde die Heilige Messe in der Absiss der mehr als 800 Jahre alten, jedoch noch vollkommen erhaltenen Klosterkirche gefeiert. So ging auch Militärpfarrer Hans-Richard Engel in der Predigt auf die Standfestigkeit der Kirche ein, mit der Aussage, dass Werte der Vergangenheit auch in Zukunft noch gelten würden. Zudem sei die Kirche auch Mittelpunkt des klösterlichen Lebens, „denn hier hat Gott Wohnung genommen“ schilderte Militärpfarrer Engel.

Nach dem Gottesdienst begann eine mehr als einstündige Führung durch das ehemalige Kloster die, wie könn-



te es auch anders sein, mit einem Glas Riesling Wein aus dem Rheingau im Weinkeller begann.

Bei dieser Führung wurden uns interessante, historische Erkenntnisse bekannt gegeben. Erbaut wurde das Kloster in den Jahren 1135 bis 1178. Nach der Säkularisierung wechselte das Kloster mehrfach die Besitzer, über Herzöge und Grafen bis zum heutigen Besitzer, dem Bundesland Hessen. Deshalb gelangten auch die Weinberge in hessischen Besitz. Noch einmal bekannt werden sollte das Kloster, denn vor 25 Jahren wurde hier der Film „Im Namen der Rose“ gedreht.

Der Mainzer Wahlspruch „Weck, Worscht und Woi“ (Brötchen, Fleischwurst und Wein; Anm der Red) bildete den Abschluss bei schönem Wetter im „Kirchenkaffee“ auf der Wiese neben der Klosterkirche. □

(Text und Foto: Heinrich Dorndorf)

GKS-Kreis Lingen

Statt Kirchenabriss – Kulturforum

Die Stadt Lingen hatte als Garnison bis zu 2.000 Soldaten in der Kaserne. Mit den Familienangehörigen war dies eine stattliche Anzahl von katholischen Gläubigen. So verwunderte es nicht, dass der Bund zu einer neuen katholischen Garnisonskirche viel Geld dazugab, damit die Katholiken ihre eigene Militärgemeinde hatten. Im Jahre 1968 wurde diese Kirchengemeinde St. Michael geweiht. Engagierte katholische Laien haben mitgeholfen, dass dies eine lebendige Gemeinde wurde, die Gemeinschaft Katholischer Soldaten gründete einen Kreis. Dann kam der Zusammenbruch des Warschauer Paktes, Auslandseinsätze wurden zum Allgemeingut, die Bundeswehr ging in die Transformation. In der neuen Bundeswehr war für die Garnison Lingen kein Platz mehr, man beschloss bis zum Ende des Jahres 2007 den Standort aufzulösen. Das Bistum wollte die Kirche St. Michael schon im Jahre 2002 abreißen.

Dies war die Stunde der Laien. Man demonstrierte bei verschiedenen Gelegenheiten für den Erhalt der Kirche, unter anderem auch, weil die Laien sich stets mit persönlichem Einsatz eingebracht hatten. Angenehme Gespräche mit den organisierten Laien hatte der junge Bischof Bode nicht. Ein Teilerfolg war die Einstufung der Kirche als Denkmal: War sie doch die erste nach-konziliare Kirche,

die für weitere Sakralbauten im Umfeld als Beispiel diente. Der Denkmalschutz allein hätte den drohenden Abriss nicht verhindern können, denn auch der Denkmalschutz ist kein Sanktuarium.



In Lingen gab es ein Musikforum, das es sich zur Aufgabe gemacht hatte, die klassische Musik der Bevölkerung nahe zu bringen. Unterstützt wurde dieses Forum durch den Unternehmer Dipl.-Ing. Harald Müller¹, in dessen Verwaltungs-Räumlichkeiten in seinem Industriebetrieb die Konzerte stattfanden. Diese Veranstaltungsräume waren klein und die Verengung auf klassische Musik ließ den Interessentenkreis schrumpfen. Neue Ideen und neue Räumlichkeiten wurden gesucht. Durch Kontaktaufnahme des GKS-Kreis Vorsitzenden Wilhelm Terhorst mit Harald Müller wurde die Rettung von St. Michael Wirklichkeit. Der Unternehmer Harald Müller beschloss, das ganze Genre Musik, sowie Literatur, Schauspiel und Malerei zu fördern. Der Kirchenraum von St. Michael bot bis zu 380 Personen gut Platz und die katholischen Laien konnten einen Verwendungszweck für ihren Kirchenbau nachweisen. So wurde das Kulturforum gegründet, die sakralen Gegenstände und Vorrichtungen wurden entfernt, eine Bühne entstand im Altarraum (Bild) und St. Michael erlebte die Wiedergeburt als Stätte der kulturellen Begegnung im Emsland. Der Jugendkulturpreis 2009, mit 16.000 € der am höchsten dotierte Jugendkulturpreis Deutschlands, gehörte zu den vielen Höhepunkten, die das Kulturforum St. Michael hatte. Zweifellos zählt auch das jährliche Adventskonzert des Bachorchesters des Gewandhauses aus Leipzig zu diesen Höhepunkten.

Dies alles war möglich durch den engagierten Einsatz nicht nur der katholischen Laien, sondern auch durch den evangelischen Christen Harald Müller. So wirkungsvoll kann gelebte Ökumene an der Basis sein! (BB)

¹ Dipl.-Ing. Harald Müller ist Chef der Erwin Müller Gruppe in Lingen, zu der die Marken novus, emco und die Firma Dahle gehören

GKS-Kreis Bonn

Familienwerkwochenende im Klaukenhof in Lennestadt/Sauerland

Böse Zungen mögen behaupten, dass das Sauerland nur Kegelklubs und Betriebsausflügler anlocken und dabei eine Zielgruppe eher im Rentenalter ansprechen würde. Dass dies so nicht richtig ist, bewiesen 45 Teilnehmer des GKS-Kreises Bonn, die schon wiederholt in den Klaukenhof bei Lennestadt fuhren, um hier ihr Familienwochenende zu verbringen.

Und auch diesmal im September durften mehr als 20 Kinder und Jugendliche durch eine professionelle Kinderbetreuung den Spaß an der Natur erleben. Somit konnten sich die Eltern voll auf die thematische Arbeit konzentrieren. Unter dem Thema „Selbstmanagement - Softskills für die aktive Gestaltung von Alltag und Beruf“, das durch Major Dr. Ulrich Müller in eindrucksvoller Weise näher gebracht wurde, galt es, neben Handreichungen zur Bewältigung von Alltagssituationen, vor allem eigene Erfahrungen einzubringen.

Über die Psychologie des Menschen und den Versuch der Gruppierung verschiedener Menschentypen in Nähe- oder Distanzmenschen sowie in Dauer- oder Wechselmenschen, erläuterte Dr. Müller sehr eindrucksvoll die Struktur der Persönlichkeit und die Möglichkeit, zielgerichtet auf verschiedene Menschentypen zuzugehen. Ziel war es, durch Anwendung des Riemann-Thomann Modells mit der richtigen Strategie eine treffsichere Zuordnung verschiedener Stereotypen zu treffen und damit einen optimalen Umgang untereinander zu erreichen. Nachdem es den Teilneh-



mern gelang, verschiedene Berufsgruppen vorgegebenen Stereotypen zuzuordnen, galt es anschließend, das Vier-Farben-Modell nach Max Lüscher und die damit verbundenen Möglichkeiten der Wahrnehmung zu erfahren. Der Mensch ist hierbei stetigen Sinnestäuschungen unterlegen, die es galt, zu analysieren und unter Berücksichtigung des Aufbaus des menschlichen Gehirns zuzuordnen. Nach den sehr eindrucksvollen Ausführungen des Referenten und Vorstellung der Maslowschen Bedürfnispyramide sowie dem Modell von Herzberg war allen Teilnehmern schnell

klar, dass Hygienefaktoren und Motivatoren zur persönlichen Zufriedenheit führen würden.

Neben der Psychologie wurde aber auch die Physiologie unter die Lupe genommen. So staunten alle Teilnehmer darüber, wie viel Energie in Watt pro Stunde notwendig ist, um bestimmte Bewegungsabläufe oder Tätigkeiten im täglichen Leben absolvieren zu können. Nach jeder Belastungsphase sei auch eine Regeneration nötig. Dies konnten alle Zuhörer bestätigen, wobei der Einfluss der verschiedenen Schlafphasen, Arbeitspausen und einer notwendigen „Ich-Zeit“ jedem Teilnehmer wieder bewusst gemacht wurde. Auch bei den Darlegungen zur richtigen Ernährung lauschten die Teilnehmer den Ausführungen. So konnte jeder seinen eigenen Lebensstil an den ernährungswissenschaftlichen Ausführungen des Referenten orientieren.

Am Samstagnachmittag stellte sich schnell heraus, dass nicht nur theoretische Arbeit für alle dieses wertvolle Wochenende ausfüllen sollte. Alle Teilnehmer des Wochenendes von „groß bis klein“ nahmen an der „Sauerländer Olympiade“ teil. Neben Geschick und Raffinesse gehörte auch ein Quäntchen Glück dazu, bei diesem Wettkampf auf dem Treppchen ganz oben zu stehen. Im Wettkampf selber galt es, sich im Holzstammsägen, Hammerweitwurf und Speerwerfen zu messen. Dass hier nicht nur die Muskelkraft zählte, wurde bei der Siegerehrung am Abend deutlich. Eine Vorabendmesse in der sehr idyllisch gelegenen Burbecker Kappelle, geleitet von Militärdekan Benno Porovne, rundete diesen wunderschönen Tag ab.

Wie alle Teilnehmern bestätigten, war dieses Wochenende im Klauenhof unter Leitung des Kreisvorsitzenden, Oberstabsfeldwebel Joachim Lensch, nicht nur erstklassig organisiert, sondern auch sehr harmonisch verlaufen. Darüber hinaus wurde auch neben dem reichhaltigen Programm die Ruhe und das gute Essen im Klauenhof von den Teilnehmern gelobt und deshalb waren sich wieder alle einig: „Auf bis zum nächsten Jahr“. □

(Foto und Text: Andreas Preuss)

Militärpfarramt Bonn

Soldatengottesdienst während des Patroziniums im Bonner Münster

Das Patrozinium feierte Bonn vom 3. bis 12. Oktober 2010 und damit seine Stadtpatrone Cassius und Florentius unter dem Thema „... und was glaubst Du?“

Unter diesem Motto hatte die Katholische Militärseelsorge die Soldaten aus dem Bonner Bereich sowie zahlreiche hochgestellte Persönlichkeiten aus dem öffentlichen Leben am 5. Oktober 2010 mitten in die Bundesstadt, nämlich in die Münsterbasilika, zu einem feierlichen Soldatengottesdienst eingeladen. Dabei durfte Münsterpfarrer und Stadtdechant Wilfried Schumacher circa 150 Soldaten sowie aktive und ehemalige Freunde und Mitarbeiter der Militärseelsorge aus dem Großraum Bonn begrüßen. Diese feierten dann mit Militärdekan Benno Porovne und

Militärpfarrer Heinrich Treier aus Mayen den festlichen Gottesdienst.

In seiner Predigt dokumentierte Militärdekan Porovne die Spuren, die wir im täglichen Handeln an den Anderen, aber auch an uns selbst hinterlassen. „Alles, was ich



mache, macht auch etwas mit mir – alles, was ich mache, macht auch etwas aus mir“ schilderte der Militärdekan und erläuterte, wenn wir uns das bewusst machen würden, könnten wir zur – notwendigen – Vermenschlichung unserer Gesellschaft beitragen. „Wer dem anderen Gutes tut, bewirkt, dass es auch ihm selbst besser geht und er besser wird“ setzte der Militärdekan fort und schlussendlich endete er mit dem Appell: „Machen wir's gut!“

Die Kollekte während des Gottesdienstes wurde der Solidaritätsaktion der deutschen Katholischen Soldaten mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa RENOVABIS zugeführt. Dadurch wollen die Soldaten die Ausbildung von durch den Krieg traumatisierten Jugendlichen zu Handwerkern in Georgien unterstützen. (siehe Bericht über die Woche der Begegnung: Nachbarschaftshilfe des Katholikenrates).

Auch der ehemalige Militärgeneralvikar a.D. Dr. Ernst Niermann konnte dieser Eucharistiefeier beiwohnen. 2009 wollte man sein damaliges Goldenes Priesterjubiläum während des Standortgottesdienstes feiern, aber sein Gesundheitszustand ließ es im vorigen Jahr nicht zu. Umso mehr freute sich nun die versammelte Militärgemeinde über seine Anwesenheit.

Musikalisch umrahmt wurde der Gottesdienst durch Johannes Bresa, Pfarrhelfer Köln II, an der Orgel und OTL Thomas Mayer als Cantor, der die Wechselgesänge während des Gottesdienstes intonierte.

Beim anschließenden Empfang im Bonner Münster-carre mit Stadtdechant Schumacher (Bild) nutzten die Gäste die Möglichkeit zur Begegnung und zum Gespräch miteinander. □

(Text: R. Gradl, Foto: B.Bastian)

GKS West

Familie-Fernbeziehung bewältigen!

Bewährtes wird unter neuen Rahmenbedingungen fortgesetzt. So wurde vom 10. bis 15. Oktober eine Familienwerkwoche im Allgäuhaus in Wertach durchgeführt unter dem Leitgedanken: „Familie–Fernbeziehung bewältigen!“. Unter der Leitung von Albert Hecht trafen sich 16 Familien aus dem neu fusionierten Bereich West.

Das Allgäuhaus ist eine Kolping-Familienferienstätte und liegt in Wertach im Allgäu. Die behaglichen Familienappartements bieten einen wunderschönen Panorama-Ausblick auf die Allgäuer Berge und den Grüntensee.

Ein vielfältiges Programm aus vielen Themenbereichen erwartete die Teilnehmer:

Bildung und Sozialpädagogik wurden behandelt, über die Militärseelsorge und über die GKS / GKS e.V. / FGKS wurde ausführlich gesprochen. Darüber hinaus wurden gemeinsame Unternehmungen, wie Wanderungen und Spiele durchgeführt. Schlussendlich kam auch die Besinnung nicht zu kurz und zudem durften wir einer Heiligen Messe sowie dem Morgenlob beiwohnen. Um als Gruppe in Erscheinung zu treten, hatten die Teilnehmer ein brombeerfarbenes T-Shirt mit silberfarbenem GKS-Aufdruck. Dieses Aussehen zeigte Außenwirkung und fiel auf. „Die GKS kommt!“

Im Rahmen der Sozialpädagogik erarbeiteten Frau Diplom-Sozialpädagogin Martina Müller von der KAS (Katholische Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung) und Herr Franz Rydzewski mit uns das Thema dieser Woche: „Familie–Fernbeziehung bewältigen!“

Als Einstieg wurden in Kleingruppen folgende Fragen ohne Ehepartner diskutiert: Was verbindet mich mit diesem Thema und welche Erfahrung habe ich gemacht? Welche Risiken und Chancen hatte die Fernbeziehung für meine Partnerschaft? Jeder konnte hier seine Erfahrungen einbringen, denn nahezu 80% der Soldaten leben oder lebten in irgendeiner Weise in einer Fernbeziehung durch Veränderungen im Laufe der Jahre, wie z.B. durch die Berufstätigkeit des Partners. „Beim Vergleich der Familie mit einem Mobile müsse eine neue Balance hergestellt werden, sobald ein Element fehlt. Um dieses Gleichgewicht zu erreichen, ist Kenntnis von bestimmten Konstellationen von Bedeutung“ erläuterten die Referenten.

Im Rahmen der Gruppenarbeit wurde erarbeitet, dass bei allen Fernbeziehungen emotionale Entwicklungsphasen stattfanden, je nach Dauer mehr oder weniger ausgeprägt, wie der Anfangsschock und die Abreise, aber auch Erholung und Stabilisierung, die Erwartung der Heimkehr und schließlich die Rückkehr.

Ferner wurde festgestellt, dass die Beziehung in diesen Situationen nur funktioniere, wenn einige Faktoren besonders beachtet würden: Dabei müsse der Kommunikation mit dem Partner eine immense Bedeutung zukommen, zudem sollten dem Partner Freiheiten gelassen werden und es dürfe auch nicht jedes Wort auf die Goldwaage gelegt werden. Worte wie Respekt, Vertrauen und Liebe sowie der Austausch von Erwartungen und Toleranz müssen gelebt werden. Sollten aber Konflikte auftreten, müssen diese of-

fen ausgetragen werden. Verständnis füreinander, Kompromissbereitschaft seien hierbei unabdingbar.

Dabei gelte es besonders, Hilfe von außen zuzulassen, sich Zeit für die eigene Beziehung zu nehmen, gemeinsam an einem Strang zu ziehen, aber auch gemeinsame Wertschätzung und Frustrtoleranz durchzuführen. Schlussendlich konnten wir feststellen: „Eine Beziehung ist dann in Ordnung, wenn ich lieber nach Hause komme als zu gehen!“

An einem solchen Thema konnten die Eltern natürlich nur ungestört arbeiten, wenn die Kinder gut betreut wurden (Bild). So bastelten die Kinder unter fachkundiger Anleitung herbstliche Dekorationen. Darüber hinaus konnten sich die Kinder auf einem Abenteuerspielplatz nach Herzenslust austoben und bei schlechtem Wetter konnten sie auf einem Indoor-Spielplatz über zwei Ebenen ausweichen. Zudem bot die große Sporthalle viele Möglichkeiten für die Jugendlichen mal so richtig auszuflowern, und dies geschah beim Tischtennis, Fußball, Handball oder Tennis.



Die Erkundung der Umgebung ist bei einer Werkwoche selbstverständlich. Dies erfolgte gemeinsam mit der Familie und der ganzen Gruppe und selbstverständlich mit unseren bedruckten T-Shirts als Erkennungszeichen.

Alte Handwerkskunst konnte in der Hammerschmiede bestaunt werden. Die ehemalige Waffenschmiede wurde Anfang des 17. Jh. erbaut. Im Laufe der Jahrhunderte wurde auch landwirtschaftliches Werkzeug hergestellt. In einer Vorführung wurde uns die Funktionsweise gezeigt. Die Wasserkraft aus einem Stauweiher, gespeist von 6 Quellen, treibt die Wasserräder an. Durch Übersetzungen wird der mit Noppen bestückte Wellenbaum betätigt, um den 150 kg schweren Hammer immer wieder auf den Amboss fallen zu lassen. Das Eisen wird in einer Esse auf 1200°C erhitzt und dann vom Schmied unter dem Hammer von allen Seiten bearbeitet, was eine eindrucksvolle Geschicklichkeit erfordert.

Die St. Sebastianskapelle in Wertach ist ein Kleinod und wird als „Kleine Wies“ bezeichnet. Der Chorraum ist von der Architektur der Wieskirche beeinflusst, deshalb der Beiname. Die Kapelle wurde im Jahr 1511 zu Ehren des Heiligen Sebastian geweiht. Der Heilige Sebastian ist der Schutzpatron gegen die Pest, die in den Jahren vor-

her viele Opfer gefordert hatte. Es folgten viele Umbauten und Renovierungen. Besonders beeindruckend sind die zahlreichen Deckenfresken. Diese stammen von dem Maler Franz-Anton Weiß und stellen u.a. Szenen aus dem Leben des Heiligen Sebastian dar.

Schloss Neuschwanstein gehört heute zu den meist-besuchten Schlössern und Burgen Europas. Das Schloss steht oberhalb von Hohenschwangau bei Füssen im südlichen Bayern. Der Bau wurde ab 1869 für den bayerischen König Ludwig II. als idealisierte Vorstellung einer Ritterburg aus der Zeit des Mittelalters errichtet. 1867 besuchte Ludwig II. die eben „wieder aufgebaute“ Wartburg. Dort begeisterte ihn besonders der Sängersaal. So wurden die Wartburg und der Saal Leit motive für Neuschwanstein. Der Architekt Eduard Riedel musste daneben Vorstellungen aus Bühnenbildern verarbeiten, die der Münchner Theatermalers Christian Jank entwickelte.

Nach seiner Vollendung besaß das Schloss über 200 verschiedene Innenräume, inklusive der Räumlichkeiten für Gäste und Bedienstete sowie für die Erschließung und Versorgung. Der Palast beherbergt in seinen unteren Stockwerken Wirtschaftsräume und Dienerzimmer sowie die Räume der heutigen Schlossverwaltung. Die oberen Geschosse beherbergen die Prunkräume des Königs. Der vordere Baukörper nimmt im dritten Obergeschoss die Wohnräume auf, darüber folgt der Sängersaal. Der nach Westen gerichtete hintere Baukörper ist in den oberen Geschossen fast vollständig durch den Thronsaal ausgefüllt. Die Grundfläche der verschiedenen Stockwerke beträgt insgesamt fast 6.000 m². Das Schloss wurde außerdem mit etlichen technischen Raffinessen ausgestattet, die dem neusten Stand des späten 19. Jahrhunderts entsprachen. So verfügt es unter anderem über eine batteriebetriebene Klingelanlage für die Dienerschaft und Telefonleitungen. Die Küchenausstattung verfügt über einen Herd, der den Spieß durch Eigenwärme in Bewegung setzt und somit seine Umdrehungen der Hitze anpassen konnte. Die produzierte warme Luft wurde einer Warmluft-Heizung zugeführt. Auch eine eigene Warmwasseraufbereitung für das fließende Wasser war bereits eingebaut, für damalige Zeiten ebenso ein Novum wie die Toiletten mit automatischer Spülung.

Ludwig II. lebte bis zu seinem Tod 1886 insgesamt nur 172 Tage im Schloss, er verstarb noch vor der Fertigstellung der Anlage. Der Torbau und der Palast waren im Außenbau weitgehend fertig gestellt, der Vierecksturm noch eingestüstet. Die bis 1886 noch nicht begonnene Kemenate wurde bis 1892 errichtet, aber – ebenso wie das Ritterhaus – nur vereinfacht ausgeführt. Ludwig II. wollte das Schloss niemals der Öffentlichkeit zugänglich machen, aber schon sechs Wochen nach seinem Tod wurde das Schloss für Besucher geöffnet. Mit den Eintrittsgeldern wurde ein Teil der Kredite bezahlt. Um einen reibungslosen Besichtigungsverlauf zu gewährleisten, wurden einige Räume und die Hofgebäude noch fertig gestellt. Zunächst durften sich die Besucher frei im Schloss bewegen. Aber rund 1,3 Millionen Menschen jährlich besichtigen „die Burg des Märchenkönigs“. Im Sommer drängen sich im Durchschnitt täglich mehr als 6.000 Besucher durch Räume, die für einen einzigen Bewohner bestimmt waren. Das führt zu erheblichen Belastungen für die wertvollen

Möbel und Textilien, um deren Erhalt sich die Schlösserverwaltung intensiv bemüht. So wird die Besichtigungszeit reglementiert und dem Besucher bleibt nur ein flüchtiger Blick auf die rund 15 fertig gestellten und ausgestatteten Zimmer und Säle. Schade, dass dem zahlenden Gast keine Zeit gegeben wird, die Schätze gebührend zu betrachten!

Das Morgenlob war eine gedankenvolle Einstimmung und Besinnung in den Tag.

Auch ein Streifzug durch die Natur kann besinnlich sein. Was entdeckt man nicht alles, wenn man bewusst alles am Wegesrand beobachtet und die Natur als Gottes Schöpfung betrachtet. Dies ist schon immer ein besonderes Erlebnis.

Das Bingo-Spiel war auch ein unterhaltsamer Programmpunkt der Werkwoche. Viele große Preise gab es zu gewinnen. Wie spannend ist war, wenn bei mehreren Mitspielern nur noch eine Zahl offen stand.

Traditionell ist der Mittwochabend etwas Besonderes. In der St. Sebastianskapelle feierte MilDekan Msgr. Rainer Schnettker eine Familienmesse mit uns. Musikalisch gestaltet wurde die Messe in bewährte Weise von Markus Wolters an der Orgel, begleitet von Mareike Wedekin mit der Querflöte. Selbstverständlich kamen die Messdiener aus unseren Reihen. Der Abend endete mit einem Candlelight Dinner in stilvollem Ambiente und auch hier wurden wieder viele Gespräche geführt.

Diese erste Familienwerkwoche der GKS – West war eine gelungene Veranstaltung. Die nächste Familienwerkwoche des Bereiches West soll in den Osterferien 2011 durchgeführt werden und als Standort wurde auf die Nordseeinsel Borkum mit Gästehaus Viktoria ausgewählt. □

Quellen: www.wikipedia.de und www.neuschwanstein.de jeweils Stand 31.10.2010 (Text und Foto: Hubert Berners)

Dekanatsarbeitskonferenz Süd II/2010

Katholische Militärseelsorge nach der Strukturreform?

Unter diesem Thema stand das Referat des Militärgeneralsvikars, Apostolischer Protonotar Walter Wakenhut, das er den Delegierten im Rahmen der Dekanatsarbeitskonferenz II/2010 vortrug. Diese fand im Haus Chiemgau im oberbayerischen Teisendorf statt, zu der Monsignore Reinhold Bartmann, der Leitende Katholische Militärdekan Süd, eingeladen hatte. Die Delegierten der Militärpfarrgemeinderäte und der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) im Dienstaufsichtsbezirk Militärdekanat München bekamen so einen umfassenden Einblick in die derzeitige Situation und zukünftigen Überlegungen der katholischen Militärseelsorge, gerade jetzt im Hinblick auf die bevorstehenden Veränderungen nach den Ergebnissen und den dann folgenden Entscheidungen zur neuen Struktur der Bundeswehr.

Neben dem Bericht des Leitenden Militärdekans zur Lage im Dekanat und der augenblicklichen Personalsituation, bedankte sich Dekan Bartmann ganz besonders bei

seinem Mitarbeiterstab, für die in jüngster Vergangenheit unter sehr schwierigen Rahmenbedingungen geleistete Arbeit und darüber hinaus bei einigen Delegierten im Plenum, für ihre Zuarbeit und Unterstützung zur Militärseelsorge. Nach Ende der teilweise sehr intensiven Beratungen beschloss jeweils eine Abendandacht den langen Tag. Sich neben aller Sacharbeit wieder zu besinnen, innezuhalten, um sich wieder zum Kern hinzuwenden, der frohen Botschaft und dem Mysterium unseres Glaubens, ist in unserer Zeit sehr wichtig.

Im Rahmen dieser Arbeitskonferenz führte die Gemeinschaft Katholischer Soldaten Süd ihre Bereichskonferenz mit den turnusgemäßen Neuwahlen des Bereichsvorstandes durch.

Die Wahl brachte folgendes Ergebnis:

Vorsitzender	OStFw Peter Strauß
1. Stellvertreter	StFw Herbert Krauß
2. Stellvertreter	OStFw a.D. Reinhard Kießner
3. Stellvertreter	HptFw Franz-Xaver Kreuzer
4. Stellvertreter	HptFw Rafael Sikorski

Anschließend wurde die neue Ordnung verabschiedet.

Zum Abschluss dieser Arbeitskonferenz feierten die Delegierten am Sonntag gemeinsam die Heilige Messe. Nach dem Mittagessen verabschiedeten sich die Teilnehmer bis zur nächsten Dekanatsarbeitskonferenz, die im Frühjahr 2011 in Ellwangen stattfinden wird.

(Text: Georg-Peter Schneeberger)

Seminar 3. Lebensphase Nürnberg

Die Pensionierung

Die Pensionierung, der Übergang in die dritte Lebensphase war Thema unseres Seminars in der schönen Frankenmetropole Nürnberg. Am Mittwoch, den 20.10.2010, nachmittags, kamen zur Pensionierung heranstehende Soldaten mit ihren Lebenspartnern und vielen Fragen im Gepäck aus allen Himmelsrichtungen Deutschlands in der geschichtsträchtigen Stadt zusammen. Mit Kaffee und Kuchen wurden wir im Caritas-Pirkheimer-Haus durch OStFw a.D. Johann Schacherl begrüßt, dem Haushaltsbeauftragten der Gemeinschaft der Katholischen Soldaten (GKS), der diese Veranstaltungen in der GKS organisiert. Eine kurze Einführung über die Organisation der Militärseelsorge, die Entstehung und der Aufbau der GKS folgten. Für den reibungslosen Ablauf der gesamten Veranstaltung zeichnete OStFw a.D. Friedrich Mirbeth verantwortlich. Der Leiter der Veranstaltung, Prof. Dr. Heimo Ertl folgte danach mit der Einführung in den Veranstaltungsort des Seminars und einem Film über die Geschichte der Caritas Pirkheimer, der starken Frau von Nürnberg und Namensgeberin der Akademie. Die abendliche Vorstellungsrunde im Gruppenrahmen mit verschiedenen Lebensbildern, die von den einzelnen Personen ausgewählt und danach in Bezug auf ihr Leben kommentiert wurden, beendete den ersten Seminartag. Selbst vom Bundesvorstand der GKS nahmen zwei Soldaten, OTL Arthur Ernst

und StFw Klaus Feineis, deren aktive Dienstzeit demnächst enden wird, mit Ihren Ehefrauen an dieser Veranstaltung teil. (Bild)

Am Donnerstag wurden wir mit Themen konfrontiert, wie „Hilfe das Leben beginnt!“ durch Prof. Dr. Ertl und „Altern als Schicksal und Chance“ durch Dr. Klaus Bender, Oberarzt für Innere Medizin an der Universitätsklinik



Erlangen. Nicht alles, was da zur Sprache kam, hat uns gefallen, ja - wir bekamen sogar etwas Angst vor der Zukunft. Zur Auflockerung war bei sonnigem Wetter in den frühen Nachmittagsstunden eine Führung durch den historischen Stadtkern Nürnbergs organisiert, denn wir haben ja gelernt „Bewegung hält gesund“. Frau Ursula Gölzen brachte uns zu den wichtigsten Sehenswürdigkeiten innerhalb der alten Stadtmauern. Zu allen Gebäuden, Plätzen, Brunnen usw. konnte sie eindrucksvoll erzählen. Viele Anregungen für eigene Unternehmungen und Besuche der Sehenswürdigkeiten, Museen und gastronomischen Einrichtungen wurden dabei geweckt. Nach dem Abendbrot traf man sich in der Weinstube zum geselligen Beisammensein mit Erfahrungsaustausch.

Am Freitag machte die Gruppenarbeit mit dem Thema „Der Reisende ohne Fahrkarte“ den einen oder anderen nachdenklich. Was könnte die bevorstehende Pensionierung bringen? Die Informationsflut zum Versorgungs- und Sozialrecht in lebendiger, abwechslungsreicher Art und Weise durch Regierungsamtmann Thomas Hörmann unterrichtet, brachte neue Erkenntnisse für viele unserer Gruppe. Am Abend überraschte das vor der Weinstube aufgebaute, schmackhafte, abwechslungsreiche Buffet die Seminarteilnehmer. Der Erfahrungsaustausch mit anderen Ehepaaren, das Gespräch über bereits gemachte Erfahrungen und viele gute Vorsätze für den Ruhestand/Unruhestand waren nur einige Bestandteile der Unterhaltungen, die von den Seminarteilnehmern diskutiert wurden.

In der futuristischen Kapelle der Caritas-Pirkheimer-Akademie feierte Militärdekan Alfons Hutterer am Samstagmorgen mit uns einen Gottesdienst. Ein spiritueller, mystischer Teil „Die großen Leute verstehen nie etwas“ beschäftigte uns für den Rest des Vormittags. Nach dem Mittagessen konnten eigene Erkundungen im mittelalterlichen Stadtkern von Nürnberg angestellt werden. Das schöne Wetter begünstigte die Unternehmungen für den zur freien Verfügung stehenden Nachmittag und Abend. Ob Kaiserburg und Hauptmarkt, ob Stadtmauer und Germanisches Nationalmuseum oder Fischmarkt und Shop-

pingtour, alles war bis in die Abendstunden möglich. Ein Teil der Gruppe machte sich auf, die historischen Felsengänge und das unterirdische Labyrinth in einer spannenden Führung zu entdecken.

Am Sonntag nach dem Frühstück stand nochmals schwere Kost auf dem Programm. Das Thema „Vorsorge durch Betreuungsvollmacht/Patientenverfügung“ von Prof. Dr. Heimo Ertl nahm die Aufmerksamkeit der Gruppe voll in Anspruch. Die anschließende Eucharistiefeier mit Pater Ludwig Schuhmann, der uns täglich schon mit dem Morgenlob auf das interessante Seminar vorbereitete, rundete den Sonntagvormittag ab. Mit einer Nachbetrachtung und der Anregung, sich nach etwa zwei Jahren Ruhestand in Nürnberg erneut zu treffen, um dann die Erfahrungen im Ruhestand auszutauschen, gingen wir nach dem Mittagessen auf die Heimreise. Wir denken, dass diese Tage in Nürnberg uns auf viele Fragen der dritten Lebensphase Antworten gegeben haben.

Zum Schluss bleibt mir Dank auszusprechen an alle Organisatoren und an das gesamte Personal des Caritas-Pirkheimer-Hauses für die gute Betreuung und den reibungslosen Ablauf dieser Veranstaltung. Wir haben die Zeit hier sehr genossen. □

(Text und Bild Stefan Schreiner)

Seminar 3. Lebensphase Cloppenburg

„Rad des Lebens: Erinnern – Erleben – Erwarten“

Katholische Akademie Stapelfeld in Cloppenburg

Was kommt am Ende meiner Dienstzeit auf mich zu? Die Pensionierung! Es trifft uns alle, die wir Berufssoldaten geworden sind. Die Kleinen und die Großen, die Dicken und die Dünnen. Wir haben Jahrzehnte Zeit, uns

darauf vorzubereiten und trotzdem kommt sie plötzlich, die Pensionierung. Die Armee trennt sich von uns, die wir ihr jahrelang gedient haben und schickt uns ins Ungewisse.

Aber halt, es gibt die Möglichkeit sich auf die Pensionierung vorzubereiten. Und bei all den Gedanken, die wir uns machen, möchten wir unterstützt, vielleicht auch angeleitet werden. Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten bietet hier über die Konfessionen hinaus Hilfe an. Mit einem Seminar in idyllischer Umgebung, guten Referenten und engagierter Leitung, dem Ehepaar Mathias. Hier trifft der Spruch aus der Vergangenheit „aus der Praxis, für die Praxis“ endlich mal wieder zu. Danke!

17 Soldaten, 13 davon mit Ehefrau trafen sich in der Katholischen Akademie Stapelfeld bei Cloppenburg vom 09.06. bis 13.06.2010 zum Seminar „Rad des Lebens: Erinnern – Erleben – Erwarten“.

Ja, auch die Partnerin ist betroffen, denn nicht nur ich werde pensioniert, sondern meine Partnerin auch. Ihr Leben wird sich ändern, wenn ich jeden Tag zu Hause bin. Es kommt eine Nähe auf, die ungewohnt sein kann. Für beide. Gutgelaunte optimistische Männer treffen auf Ehefrauen, die ihr Leben und das Leben ihrer Familien gut organisiert haben und nun kommt der externe Berater. Hier kann es zu Reibungspunkten kommen. Das Badezimmer kann auch noch später geputzt werden und nicht gerade dann, wenn der Partner in der Wanne liegt; umgekehrt ist es vielleicht nicht angebracht, immer zu den Zeiten ein Bad zu nehmen, welche die Partnerin für das Putzen reserviert hat.

All dies will das Ehepaar Mathias nach Möglichkeit „verhindern“. Die Einbindung der Ehefrau in den Prozess der Pensionierung ist einfach zwingend notwendig. Die eigene und die gemeinsame Zeit bedürfen einer Neustrukturierung. Probleme können sich ergeben, wenn der pensionierte Partner eine starke Fixierung auf seinen Dienst aufgewiesen hat und nun mit der plötzlich frei gewordenen Zeit nicht viel anzufangen weiß. Kommunikation ist das Zauberwort, wie in einer einleitenden Gruppenarbeit getrennt nach den Geschlechtern über Befürchtungen und Hoffnungen nach der Pensionierung herausgearbeitet wurde. Bleiben Erwartungen unausgesprochen, sind Enttäuschungen und Missverständnisse vorprogrammiert. Während ein Partner darauf hofft, endlich gemeinsam ausgedehnte Reisen unternehmen zu können, träumt der andere vielleicht davon, intensiv seinen eigenen Hobbys nachzugehen. Während der eine Partner aufgrund der freigewordenen Zeitressourcen von einer verstärkten Beteiligung am Haushalt ausgeht, fürchtet der andere vielleicht, dies könne als Einmischung empfunden werden. Also miteinander reden. Wohltuend überraschend sind die vielen Sichtweisen, aus der die 3. Lebensphase des Ruhestandes (das Alter, die 4. Phase kommt erst viel später) betrachtet werden kann. Das „Versorgungs-

Während ein Partner darauf hofft, endlich gemeinsam ausgedehnte Reisen unternehmen zu können, träumt der andere vielleicht davon, intensiv seinen eigenen Hobbys nachzugehen. Während der eine Partner aufgrund der freigewordenen Zeitressourcen von einer verstärkten Beteiligung am Haushalt ausgeht, fürchtet der andere vielleicht, dies könne als Einmischung empfunden werden. Also miteinander reden. Wohltuend überraschend sind die vielen Sichtweisen, aus der die 3. Lebensphase des Ruhestandes (das Alter, die 4. Phase kommt erst viel später) betrachtet werden kann. Das „Versorgungs-



recht der Berufssoldaten“ mit Ruhegehalt, Einmalzahlungen, Hinzuverdienstmöglichkeiten, Hinterbliebenenversorgung und Beihilfavorschriften wurde ebenso angesprochen wie die Möglichkeiten, die der Sozialdienst der Bundeswehr bietet bei Beratung und Unterstützung des ausgeschiedenen Soldaten und seiner Angehörigen.

Die Wichtigkeit einer Vorsorge- und Betreuungsvollmacht wurde durch einen Fachmann des „Betreuungsvereins Cloppenburg“ – stellvertretend für viele andere örtliche Betreuungsvereine – erklärt. Die Hausaufgaben müssen gemacht werden, um im Fall des Falles das zu erreichen, was ich will. Sei es die rechtliche Vertretung oder die Entscheidung über lebenserhaltende medizinische Maßnahmen.

Mit ausgewählten Bildern von Hieronymus Bosch und Casper David Friedrich trug der Kunsthistoriker der Akademie dazu bei, unterschiedliche Sichtweisen auf das Leben zu versinnbildlichen durch die Bildersprache der Maler. Die Bedeutung der Gesundheit für den Pensionär, was wir essen und nicht essen sollten, wurde illustrativ dargestellt. Rückenschule mit der ganzen Gruppe unter den Bäumen als gutes Beispiel am lebenden Objekt – in den Vierfüßlerstand – den rechten Arm und das linke Bein strecken und dann unter dem Körper Knie und Ellenbogen berühren. Das hat schon was.

Wichtige Elemente des Seminars unter dem Oberbegriff „Spiritualität“ und „Natur und Kultur“ waren eine Radwallfahrt zum Wallfahrtsort Bethen, in der die Stationen des Kreuzweges sich aus dem entwickelt haben, was in der Natur vorgefunden wurde. Der Stein, der an die Ostergeschichte erinnert, die Wegekreuzung, die an das Leiden Christi erinnert. In Bethen eine Führung durch die kleine Basilika und ein Blick auf das Gnadenbild „Mutter der sieben Schmerzen“, die den vom Kreuz genommenen Leichnam ihres Sohnes auf dem Schoß trägt. Bethen ist der nördlichste Marienwallfahrtsort Europas. Der Leitende Militärdekan Mitte Monsignore Hartmut Gremler aus Erfurt feierte mit uns einen Gottesdienst in der Kapelle der Akademie (Bild).

Eine Märchenerzählerin erklärte uns mit der irischen Geschichte von Paddy Ahern, wie wichtig es ist, eine gute Geschichte erzählen zu können. Keine wollte etwas mit Paddy zu tun haben, weil er nichts erzählen konnte, denn Mär bedeutet gute Nachricht und Unterhaltung. Es wurde von der Bedeutung der älteren Menschen für die Gesellschaft erzählt. Das Leben in der Gemeinschaft funktioniert nicht, wenn die älteren Menschen auf eine Insel abgeschoben werden. Nur der Großvater, der in einem Keller versteckt wurde, kann dem König helfen, seinen Dämon, der ihn niederdrückt, zu vertreiben. Im Märchen werden Bilder für ein gelungenes Leben weitergegeben: der Reichtum, den der Held der Geschichte erlangen kann, die errungene Königswürde und die Hochzeit mit dem Traumpartner Prinz oder Prinzessin gehören dazu.

Aber auch die Begegnung und der Austausch gehören zu einem guten Seminar, die Begegnung untereinander und die Begegnung mit einem Ehepaar, die die Pensionierung des Ehemannes schon hinter sich hat. Wenn der Garten im Topzustand ist, die Fahrradtouren gemacht sind, muss

man sich nach neuen sinnvollen Aufgaben umsehen. Die Erfahrung zeigt, es gibt Schlimmeres als zu Arbeiten. Freiräume müssen erhalten werden. Die gegenseitige Anerkennung darf nicht vergessen werden, das Leben sollte strukturiert sein und wir müssen auch neue Rollen annehmen.

Mir bleibt nur Dank zu sagen im Namen der Semiar-teilnehmer an Brigitte und Hans-Jürgen Mathias, an die Akademie Stapelfeld, die Referenten, die Gemeinschaft Katholischer Soldaten und die katholische Militärseelsorge für diese engagierte und ansprechende Vorbereitung auf den Ruhestand.

(Text: Jürgen Schulze, Foto: Hans-Jürgen Mathias)

Kurznachrichten

Terroraktion durch keine Religion begründbar

Wichtige Vertreter der Kirchen, des Judentums und muslimischer Verbände haben mit Blick auf die Terrorwarnungen dazu aufgerufen, nicht in Hysterie zu verfallen und niemanden unter Generalverdacht zu stellen. In einem am Freitag in Berlin veröffentlichten gemeinsamen Schreiben erklärten sie, „das bestehende gesellschaftliche Miteinander und Füreinander“ dürfe nicht gefährdet werden. Zugleich riefen sie zur Wachsamkeit auf.

Die Unterzeichner des Briefes sind der katholische Kardinal Georg Sterzinsky, der evangelische Bischof Markus Dröge, die Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Lala Süsskind, die Vorsitzende des Ökumenischen Rates Berlin-Brandenburg, Präpstin Friederike von Kirchbach, Saadettin Pinarbas vom Verband der Islamischen Kulturzentren und der Berliner Landesvorsitzende der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion (Ditib), Fatih Eroglu.

Keine terroristische Aktion könne sich zu Recht auf irgendeine religiöse Überzeugung, Lehre, Tradition, Hoffnung auf jenseitige Belohnungen oder auf irgendein religiöses Ziel berufen, heißt es weiter. Terroristische Anschläge seien Verbrechen gegen die Menschen und gegen menschliche Gemeinschaften. „Wir bitten und beten darum, dass diejenigen, die – aus welchen Gründen auch immer – meinen, terroristische Anschläge seien ein notwendiges Mittel zum Zweck, sich von diesem Weg abkehren“, so die Vertreter der Religionen. Sie selbst stünden jederzeit für „diejenigen, die zum terroristischen Umfeld gehören oder darüber Informationen haben“, für seelsorgerliche – auch vertrauliche – Gespräche zur Verfügung. (KNA)

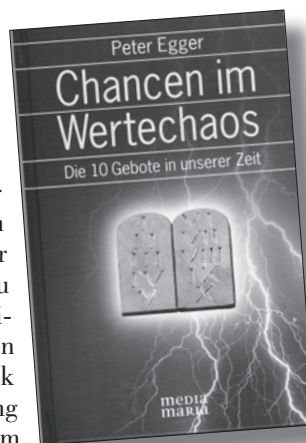
Buchbesprechung:

Chancen im Wertechaos – Die 10 Gebote in unserer Zeit

Im Vorwort von Christa Meves zu diesem Buch von Peter Egger wird festgestellt, dass die jungen Leute heutzutage elektronische Unterhaltungsgeräte und das dazugehörige Vokabular geradezu grandios beherrschen. Aber wieviel Gebote es gibt und diese auch noch aufzuzählen, das schafft diese Generation nicht oder nur ganz mäßig. Die 10 Gebote sind aus der Mode gekommen. Dem Autor ist es zu verdanken, dass in diesem Buch in einer griffigen Form die Gebote dargestellt und in das moderne Leben transformiert werden. Wen wundert es, dass dabei das fünfte und sechste Gebot in der Umsetzung in die heutige gesellschaftliche Situation den größten Raum einnehmen? Im fünften Gebot behandelt Peter Egger den Umgang mit Drogen (Alkohol und Nikotin inbegriffen) ebenso wie die Euthanasie und Abtreibung. Leicht und begreifbar erläutert er die Haltung der Kirche zu

diesen Themen, die in der Öffentlichkeit kontrovers, aber meist ohne Tiefgang diskutiert werden. Im sechsten Gebot erklärt der Autor von der Liebe als Sakrament ausgehend, die Haltung der Kirche zu solch strittigen Themen wie die Zulassung von Wiederverheirateten zur Eucharistie. Er bringt in seinem Buch leicht lesbar die Haltung der Kirche zu Themen wie der Künstlichen Befruchtung in allen Abarten zum Ausdruck genau so wie die Haltung zur Pädophilie oder dem Gender Mainstreaming. Die wichtigsten Aussagen in seinem Buch belegt er mit Verweisen auf die Bibel einerseits und auf den Katechismus der Katholischen Kirche anderer-

seits, ohne aber den Katechismus ersetzen zu wollen. Er will auch kein Kompendium des Katechismus sein, er will die 10 Gebote im Kontext der heutigen Zeit darstellen und dies gelingt ihm ausgezeichnet. Das Wertechaos, das von mancher Seite beklagt wird, etwas schwächer formuliert, der Werteverfall der jetzigen Gesellschaft könnte durch einfachen Befolgen dieser einfachen Regeln aufgehalten, ja sogar wieder repariert werden. Die zahlreichen Leser, die dem Buch zu wünschen sind, müssen es nur wollen.



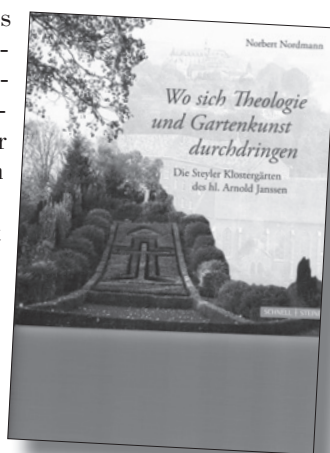
Peter Egger, Chancen im Wertechaos – Die 10 Gebote in unserer Zeit, Media Maria Verlag, Illertissen 2010, ISBN 978-3-9813-0030-7

Buchbesprechung

Wo sich Theologie und Gartenkunst durchdringen

Die Steyler Klostergärten des hl. Arnold Janssen

Norbert Nordmann wendet sich in diesem Buch einem völlig unbekannten Aspekt der Klostergärten zu – dem Theologischen Aspekt. Kennt man doch Klostergärten als Hort von Kräutern und Gewächsen, die sowohl der Heilung der Menschen bei Hildegard von Bingen als auch der Geschmacksverbesserung von Speisen dienen, wobei Letzteres auch heute noch bekannt ist. Theologie im Garten aber ist unbekannt. Deshalb beginnt Nordmann sein lesenswertes Buch mit geschichtlichem Hintergrund. Zuerst stellt er die handelnden Personen vor und die Zeit, in der diese Menschen ihre Vorstellung von Gartenbaukunst – entgegen aller Meinungen – durch- und umsetzten. So erfährt der Leser/die Leserin die Geschichte des Dorfes Steyl und die Ansiedlung der kirchlichen Schwes-



tern und Herren dort. Vom Auf und Ab der Handelsbedeutung, vom Anwachsen der kirchlichen Menschen als im Nachbarland Deutschland der „eiserne Kanzler“ Bismarck gegen die Kirche agierte, bis hin zum heute. Das Ganze untermauert durch historische Fotos sowie Zeichnungen aus dem Nachlass und Luftbilder aus der heutigen Zeit lassen einem diese Gegend geradezu heimisch werden.

Der Autor be-
gibt sich nicht nur in der Heimatgemeinde in Steyl auf die Spuren des hl. Arnold Janssen und seines „Gartenarchitekten“ Pater Gerard Rademan, sondern er untersucht akribisch die Niederlassungen des Ordens

in Wien, St. Wendel und Nysa (Polen) und zeigt auf, wie Pater Janssen und Rademan dort überall Einfluss nahmen. Die handwerklichen Spuren von P. Rademan, die er in den zahlreichen Grotten und Brücken in den Anlagen hinterließ, sind durch Fotografien dokumentiert, in Verbindung mit den abgebildeten Luftbildern der Anlagen machen das Buch Appetit, diesen Spuren zu folgen. Besser als der Provinzial des Ordens Dr. Bernd Werle SVD in seinem Grußwort für das Werk kann man es nicht ausdrücken: „Möge sein Buch Anregung sein, diese Gärten als Stätten der Gottesnähe und der Begegnung mit dem unsagbaren Gott in der Schönheit und Vielfalt seiner Schöpfung neu zu entdecken.“

Norbert Nordmann, Wo sich Gartenkunst und Theologie durchdringen. Die Steyler Klostergärten des hl. Arnold Janssen, Verlag Schnell und Steiner GmbH, Regensburg 2010, ISBN 978-3-7954-2318-6



Der Königsteiner Engel

Der »siebte Engel mit der siebten Posaune« (Offb 11,15–19) ist der Bote der Hoffnung, der die uneingeschränkte Herrschaft Gottes ankündigt. Dieser apokalyptische Engel am Haus der Begegnung in Königstein/Ts., dem Gründungsort des Königsteiner Offizierkreises (KOK), ist heute noch das Traditionszeichen der GKS, das die katholische Laienarbeit in der Militärseelsorge seit mehr als 40 Jahren begleitet.



Das Kreuz der GKS

Das »Kreuz der GKS« ist das Symbol der Gemeinschaft Katholischer Soldaten. Vier Kreise als Symbol für die GKS-Kreise an der Basis formen in einem größeren Kreis, der wiederum die Gemeinschaft versinnbildlicht, ein Kreuz, unter dem sich katholische Soldaten versammeln.

Impressum

AUFTRAG ist das Organ der GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS) und erscheint viermal im Jahr.

Hrsg.: GKS, Am Weidendamm 2,
10117 Berlin
www.katholische-soldaten.de

Redaktion: verantwortlicher Redakteur
Bertram Bastian (BB),
Paul Schulz (PS), Oberstlt a.D., Redakteur,
Klaus Brandt (bt), Oberstlt a.D., Redakteur
Rainer Zink (RZ), Oberstlt a.D., Redakteur

Zuschriften: Redaktion AUFTRAG
c/o Bertram Bastian,
Alter Heerweg 104, 53123 Bonn,
Tel: 0177-7054965, Fax: 0228-6199164,
E-Mail: redaktion-auftrag@kath-soldaten.de

Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Namensartikel werden allein vom Verfasser verantwortet. Nicht immer sind bei Nachdrucken die Inhaber von Rechten feststellbar oder erreichbar. In solchen Ausnahmefällen verpflichtet sich der Herausgeber, nachträglich geltend gemachte rechtmäßige Ansprüche nach den üblichen Honorarsätzen zu vergüten.

Druck: Verlag Haus Altenberg GmbH,
Carl-Mosterts-Platz 1, 40477 Düsseldorf.
Überweisungen und Spenden an:
GKS e.V. Berlin, Pax Bank eG Köln,
BLZ: 370 601 93, Konto-Nr.: 1 017 495 018.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe. Nachbestellung gegen eine Schutzgebühr von EUR 10,- an den ausliefernden Verlag.

ISSN 1866-0843